Visionen brauchen Fahrpläne -

Sicherheit, Umweltschutz, Qualität und Zufriedenheit stehen nicht zwangsläufig modernen Mobilitätserfordernissen und wirtschaftlicher Entwicklung entgegen. Um zu einer nachhaltigen europäischen Verkehrspolitik zu gelangen, muss diese jedoch als Teil einer gesellschaftlichen Gesamtstrategie für ein ausgewogenes Verhältnis von sozialen, ökologischen und ökonomischen Belangen gedacht werden.

Helmuth Markov

Ökologische Folgen des mobilen Wettbewerbs

Die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes hat in den letzten Jahrzehnten zu einem immensen Anstieg des Mobilitätsbedarfs und des grenzüberschreitenden Verkehrs innerhalb der EU und mit den Nachbarstaaten geführt. Die Liberalisierung des Verkehrsmarktes beschleunigt den anhaltenden Prozess der Verlagerung von Güter- und Personenbeförderung auf Straßen (und Luftwege) zulasten von Schienen- und Wasserwegen. Ökonomischer Hintergrund dieses Verkehrswachstums sind Veränderungen im Prozess der Erzeugung von Waren und Gütern. Aus betriebswirtschaftlichen Erwägungen heraus werden deren Komponenten während des Fertigungsprozesses zum Teil mehrfach quer durch die EU transportiert und die Verkehrsträger als preiswerte rollende Lagerhallen genutzt. Diese Veränderungen im Produktionsprozess ziehen zwangläufig weitere gesellschaftliche Veränderungen nach sich. Aufgrund der verheerenden Situation auf den Arbeitsmärkten und der Konzentration von Industriegebieten sind Arbeitnehmer - besonders aus wirtschaftlich schwachen Regionen - gezwungen, immer weitere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen. Da der öffentliche Personenverkehr im Verhältnis zunehmend unattraktiver und zu teuer erscheint, ist auch hierbei das Auto der bevorzugte Verkehrsträger.

Es trifft zwar zu, dass sich seit 1970 der Ausstoß von Abgasen je Kraftfahrzeug wesentlich verringert hat, jedoch wird dieser positive Aspekt durch das schnelle und ständige Wachstum im Verkehrsaufkommen mehr als kompensiert. Der Ausstoß an CO₂ im Verkehrssektor in Deutschland erhöhte sich von 1990 bis 2002 um 9%. Das Klimaschutzziel der Bundesregierung, den CO₂-Ausstoß von 1990 bis 2005 um 25% zu reduzieren, kann u. a. deshalb kaum noch erreicht werden. Ähnliches gilt für die deutschen Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll. Die Folgen sind allgemein bekannt: Belastungen der Gesundheit durch Lärm und Abgase, Klimaveränderungen und Naturkatastrophen als Folge von Umweltbelastungen, unaufhaltsame Vernichtung nichtregenerativer natürlicher Ressourcen, Unfälle, Ver-

spätungen und Staus. Die durch angeblich wachstumsund wohlstandssteigernde Mobilität anfallenden sogenannten "externen Kosten" im Gesundheits-, Umweltund Infrastrukturbereich zahlt jedes einzelne Mitglied der Gesellschaft - in Form von Steuern, Versicherungen, Gesundheitsschäden, mangelnder Lebensqualität oder einfach nicht verfügbarer Leistungen der Daseinsvorsorge.

Verkehrspolitik der EU - Alter Wein in neuen Schläuchen?

In Ansätzen lassen eine Reihe offizieller Dokumente erkennen - beispielsweise das Weißbuch der Kommission "Die europäische Verkehrspolitik bis 2010: Weichenstellungen für die Zukunft" (2001) oder Erklärungen der EU-Gipfeltreffen von Cardiff und Wien 1998, Köln 1999 und Göteborg 2001 -, dass es ein gestiegenes Bewusstsein für Umweltbelange gibt. Zielstellungen wie "Entkoppelung von Verkehrs- und Wirtschaftswachstum, Schaffung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen den Verkehrsträgern, Internalisierung von Sozial- und Umweltkosten, Förderung der Verlagerung von Transporten auf Schiene und Wasserwege, Berücksichtigung der sozialen Dimension" lassen zunächst erstaunt fragen, ob die Europäische Union sich in den letzten Jahren etwa einer "nachhaltigen" Politik verschrieben oder ob vielleicht jemand heimlich PDS-Positionen in solche Papiere hineingeschmuggelt hat. Wäre da nur nicht das Problem, dass diese schönen Erklärungen nur zum Teil von konkreten Aktionen zur Umsetzung begleitet werden, die von politischem Handlungswillen zeugen oder etwas über die allgemeine Akzeptanz umwelterhaltender Zielstellungen oder gar einen Paradigmenwechsel bezüglich der Prioritätensetzung aussagen würden. Tatsächlich sucht man vergeblich nach konkreten Maßnahmen für die Erreichung der selbstgesteckten Ziele. Allenfalls lässt sich bei der Realisierung der EU-Verkehrsstrategie eine Verlangsamung des Verkehrswachstums im Verhältnis zum ungewissen Wirtschaftswachstum erwarten. Eine grundsätzliche Trendwende aber ist nicht vorgesehen. Wie sonst kann die Schlussfolgerung interpretiert werden, dass den oben genannten negativen Erfahrungen mit der Liberalisierung im Straßenverkehr mit "radikalem Wettbewerb" auf der Schiene begegnet werden soll? Erwartet man etwa, Schienennetze, Bahn und ÖPNV würden sich so ganz von selbst in attraktive Alternativen verwandeln, wenn sie den Regeln des freien Marktes unterworfen werden?

Um nicht immer das Extrembeispiel der Britischen Eisenbahn bemühen zu müssen, will ich hier kurz die Situation in den ländlichen Gebieten in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg ansprechen: Während Landstraßen, Umgehungsstraßen und Autobahnen unter anderem mit Mitteln aus EU-Strukturfonds neuund ausgebaut worden sind, wurden Bahnstrecken stillgelegt, der individuelle und der Güterverkehr somit

auf die Straßen umgeleitet. Gleichzeitig werden Schulen und Kindergärten wegen der sinkenden Kinderzahlen geschlossen, Einkaufsmöglichkeiten finden sich fast nur noch in Gewerbegebieten auf der grünen Wiese, von Anfahrtswegen zur Arbeit, zu kulturellen Einrichtungen, zum Arzt usw. ganz zu schweigen. Man kann unter diesen Bedingungen nur sehr begrenzt kritisieren, dass sich in Regionen wie diesen jeder, der es sich irgendwie leisten kann, mit 16 ein Mofa, mit 18 ein Auto anschafft. Zu erwarten ist, dass sich diese Entwicklungen fortsetzen und auch in den neu der EU beitretenden Ländern so ablaufen werden. Solche Entwicklungen sind kein Naturgesetz, sondern Folge politischer Prioritätensetzung zugunsten rein marktwirtschaftlicher Interessen

Ökologische Verkehrstrategien als Teil europäischer Raumordnungspolitik

Da Verkehr heute in fast allen Bereichen des täglichen Lebens eine wichtige Rolle spielt, kann eine langfristige Lösung der damit zusammenhängenden Probleme nur im Rahmen einer Politik gefunden werden, die die Verkehrsproblematik als Bestandteil von Raumordnung und gesellschaftspolitischer Entwicklung begreift. Obwohl sinnvoll und notwendig, reicht es nicht, staatliche und europäische Fördermittel auch nach ökologischen Kriterien zu vergeben, also beispielsweise für neue Technologieentwicklungen bei umweltschonenderen Kraftstoffen und Verkehrsmitteln oder für den Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN). Es ist gleichzeitig notwendig, den Schutz der Umwelt als ideelles Ziel im Sinne globaler Gerechtigkeit an den Mann oder die Frau zu bringen. Mal ehrlich: Wer fährt denn aus ökologischen Gründen weniger; wie viele Leute leisten sich den etwas teureren Ökostrom; welcher Autobesitzer radelt zum Einkaufszentrum; wer schmeißt seit der Einführung des Dosenpfands nun nicht statt Dosen hin und wieder die weniger bepfandeten Glasflaschen in die Mülltonne; was soll bitte Urlaub auf dem Ökobauernhof, wenn die Anreise per Flugzeug erfolgt? Umweltbewusstes Verhalten im Alltag muss immer wieder eingefordert werden, aber zusätzlich ist politische Unterstützung nötig ist.

Erforderlich wären aus meiner Sicht Maßnahmen wie Wegekostenanlastung nach dem Verursacherprinzip, steuerliche Begünstigung von Biokraftstoffen, Förderung der Intermodalität zwischen Verkehrsträgern, eine funktionstüchtige LKW-Mauterhebung, die Erhaltung und Modernisierung des ÖPNV und der Eisenbahn unter staatlicher Aufsicht bzw. der Aufbau einer koordinierenden Europäschen Bahnagentur. Durch solche Maßnahmen könnte sinnlose Energieverschwendung durch Staus, Leer- und Lagerfahrten vermieden werden.

Zugleich ist es unumgängliche politische Aufgabe gerade auch für die Politik der EU - den Aufbau regionaler Kooperation und Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen. Das beinhaltet die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen oder der ökologischen Landschaftsplanung und Landwirtschaft ebenso wie den Erhalt und die Schaffung von sicheren Qualitätsarbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen in Wohnnähe. Es muss für Unternehmen und Arbeitnehmer wirtschaftlich und qualitativ attraktiver sein, lange Transport- und Anfahrtswege zu vermeiden, Produkte aus der Region zu produzieren und zu konsumieren, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen und erneuerbare Energieträger einzukaufen. Letztlich läuft eine so ausgerichtete Politik darauf hinaus, den Mobilitäts- und Energiebedarf zu senken, nicht aber Freizügigkeit und Lebensqualität einzuschränken. Zugleich müssten kommunale und regionale Entscheidungskompetenzen erweitert und der kommunikative Austausch zwischen Kommunen untereinander, aber auch zwischen den verschiedenen Gebietsund Politikebenen erweitert werden, denn vor Ort lässt sich sicher am besten abschätzen, was konkret und vordringlich notwendig ist. Allerdings kann Gemeinschaftspolitik in Europa nur funktionieren, wenn positive und negative Erfahrungen geteilt werden, die Vorteile in einer Region nicht zum Nachteil der anderen werden. Die meisten richtungsweisenden Entscheidungen bezüglich Verkehrs-, Wettbewerbs- und Förderungsregelungen werden längst auf europäischer Ebene getroffen. Umso wichtiger ist es, dass die PDS auch weiterhin im Europäischen Parlament für einen Politikwandel im beschriebenen Sinne streitet. Ein Grund mehr, zur Europawahl am 13. Juni 2004 zu gehen.

Die Studie "Europa braucht eine neue Verkehrspolitik" von Helmuth Markov und Thomas Raeck kann abgerufen werden unter: http://www.pds-europa.de/download/studien/verkehrspolitik.pdf

Helmuth Markov ist PDS-Europaabgeordneter und kandidiert bei der Wahl zum Europaparlament 2004 erneut

Leitfaden Verkehr

Gangolf Stocker

Nur wer die Faktoren kennt, aus denen sich Verkehr zusammensetzt, kann wirksame Maßnahmen gegen die verheerenden Folgen ergreifen.

Warnung! Bei genauer oder sinngemäßer Anwendung der nachfolgenden Ratschläge kann es zu erheblichen Sympathieverlusten und zu Feindseligkeiten Dritter kommen.

Diese scherzhafte Warnung soll verdeutlichen, daß es der Autolobby, den mit ihr verbundenen politische Gruppen und Parteien (und welche sind es nicht?) und auch dem größten Teil der sog. Verkehrswissenschaft gelungen ist, über Jahrzehnte hinweg einfache, jedermann/frau verständliche Fakten so zu tabuisieren, daß einem bei ihrer Darstellung heute ungläubiges Staunen widerfährt. Und dann, wenn es um die richtigen Maßnahmen geht, gibt es heftigen Widerstand, läuft doch die richtige Therapie unseres Verkehrssystems auf Abstinenz hinaus. Sowenig der Alkoholismus mit Alkohol bekämpft, der Junkie mit Drogen geheilt werden kann, sowenig können Verkehrskollapse mit mehr Verkehr bekämpft werden. Genau aber das tut die heutige (besser: vorgestrige) Verkehrsplanung. Allerdings - um nochmals auf die Warnung zurück zu kommen - ist Entzug mit Schmerzen verbunden, mit Veränderung des Verhaltens, und muß je nach physischem Zustand des Patienten anfangs noch mit Ersatzdrogen versucht werden. Aber der physische Zustand unserer Städte und der Landschaften ist hundsmiserabel und rasches - vor allem aber richtiges Handeln geboten.

Was ist Verkehr?

Wenden wir uns erst einmal der Frage zu: Was ist Verkehr? Das Maß für Verkehr ist die von Menschen in einer bestimmten Zeit zurückgelegte Entfernung, egal ob per Fuß, mit dem Radl, dem Auto oder dem Kamel. Man nennt das die Verkehrsleistung.

Diese Verkehrsleistung entsteht durch viele einzelne Bewegungen, die - einzeln betrachtet - aus den Faktoren Reisezeit/Unterwegszeit und Geschwindigkeit resultiert. Ist ein Mensch länger unterwegs, legt er eine größere Strecke zurück; ist ein Mensch schneller unterwegs, legt er auch eine größere Strecke zurück, ist er länger und schneller unterwegs, wird seine Verkehrsleistung noch respektabler. Das gilt natürlich auch umgekehrt.

Jetzt fehlt uns nur noch der dritte Faktor, nämlich wie oft sich der Mensch auf den Weg macht, und schon haben wir die Formel für Verkehr:

Verkehr = Gesamtverkehrsleitung in km = Anzahl der Wege/ Tag x Unterwegszeit x Geschwindigkeit

Wieso gibt es z.B. immer mehr Kfz-Verkehr trotz ungebrochenen Straßenneubaus, ersticken immer mehr Kommunen im Verkehr, trotz immer neuer Umgehungsstraßen?

Die gewaltige Verkehrszunahme seit den 50er Jahren muß ihre Ursache darin haben, daß einer, zwei oder alle drei Faktoren der o. a. Formel eine Zunahme erfahren haben.

Seit mehr als hundert Jahren wird die Anzahl der Wege/ Tag erfasst; diese Zahl ist seit hundert Jahren gleich geblieben, konstant zwischen 2,8 und 4,2 Wege/Tag, je nach Alter, Ausbildungssituation, Berufstätigkeit etc. Die Aussagen über die Veränderungen der Unterwegszeiten (auch "Reisezeitbudget" genannt) sind fast ähnlich: relativ konstant, lediglich leichte Zunahme durch gestiegenen Freizeitverkehr.

Es muß also am dritten Faktor liegen, der seit den 50ern zunehmenden Geschwindigkeit der Verkehrsmittel. Diese höhere Geschwindigkeit der Verkehrsmittel führt zu längeren Reiseweiten und damit höherer Verkehrsleistung und nicht, wie uns die vereinigten Ver-

kehrsmittelbauer, -planer und -politiker immer einreden wollen, zu kürzeren Unterwegszeiten, zu Zeiteinsparungen also.

Ein Auto, das 250 km/h fahren kann, nützt aber nichts, wenn der Verkehrsweg nicht entsprechend ausgebaut ist. Eine Betrachtung dieses Straßenbaus der letzten 50 Jahre und seiner Auswirkungen auf unsere Landschaften und Städte, über die Zersiedlungswirkung, Flächenversieglung, klimatischen Auswirkung und so weiter erspare ich mir an dieser Stelle.

Festzuhalten ist: Soll die Verkehrsleistung verringert, muß der Faktor Geschwindigkeit reduziert werden.

Ha! Lächerlich, höre ich schon, und dies nicht nur vom ADAC und der IHK, wir stehen doch sowieso nur im Stau, da können wir ja gleich zu Fuß gehen! Richtig, das wäre ein Beitrag zur Entschleunigung des Verkehrs. Aber so ist der Zwischenruf ja nicht gemeint; er soll vielmehr beweisen, daß die Geschwindigkeit nicht die Ursache des Problems sei und man dringend etwas tun müsse, damit es wieder schneller vorangeht. Gesagt, getan, gehandelt. Eine Umgehungsstraße wird gebaut, eine Autobahn oder andere schnelle Verbindung, der Verkehr wird wieder schneller, es werden wieder längere Reisewege möglich und gefahren, die Verkehrsleistung nimmt zu, und bald tönt allenthalben wieder der Ruf nach Umgehung, Ausbau und Neubau! Und so weiter.

Was ist also zu tun?

Vorsorge: Wer keinen Verkehr ernten möchte, darf keine Dinge planen oder bauen, die mehr Verkehr zur Folge haben

- · Alle Einrichtungen, die Nutzungen zentralisieren oder/und auf hohe Besucherfrequenzen angewiesen sind, wie z.B. Groß(sport)hallen, Einkaufszentren, sog. Urban-Entertainement-Center (UEC) usw. sind verkehrserzeugend. Sie brauchen große Einzugsgebiete und lösen somit Verkehr aus. Stattdessen ist die Infrastruktur der Landschaften und Städte wieder kleinteilig zu planen bzw. zurück zu planen.
- · kein Neubau und Ausbau von Straßen; Innerstädtische Straßen oder Autobahnen sind zurück zu bauen. Die o.a. Ursache der Verkehrszunahme, die gestiegene Geschwindigkeit, gilt im übrigen auch für den öffentlichen Verkehr: Wird der öffentliche Schienenverkehr schneller (Ausbau der S-Bahn oder ähnliches), werden weitere Wege mit der Bahn zurückgelegt und wird damit zur weiteren Zersiedelung und Flächenversiegelung beigetragen. Ein Ausbau des öffentlichen (Nah-)Verkehrs ist nur zur kleinteiligen Erschließung vertretbar, weil er damit das ÖV-Netz näher an den/die NutzerIn heranbringt, ihn/sie aber nicht (bei gleicher Reisezeit) über eine größere Entfernung transportiert.

Planungshoheit: Nicht der Investor darf bestimmen, was wo gebaut, produziert oder gehandelt und welche verkehrliche (und sonstige) Infrastruktur dafür vorgehalten wird. So ist leider der Alltag in den bundesdeutschen Kommunen. Jede Kommune steht mit jeder Kommune im Wettbewerb um Investoren - das "Tot-

schlagargument" für alle Fälle und Einwendungen lautet "Arbeitsplätze". Für Sozialisten sollte es dabei selbstverständlich sein, danach zu urteilen, wie viele "Netto-Arbeitsplätze" tatsächlich neu entstehen (wie viele entstehen, wie viele werden woanders abgebaut, bezogen auf Vollarbeitsplätze), was sind dies für Arbeitsplätze?

Korrekturen früherer Fehler:

- · Nicht nur die Betriebe, auch die Verwaltungen, Bildungs- und andere Einrichtungen wurden in der Vergangenheit aus Kostengründen zentralisiert. Diese Zentralisierungen erzeugten erheblichen zusätzlichen Werk-, Schul-, Behörden- und anderen Verkehr. Das Ziel muß sein, diese Zentralisierungen wieder zurück zu entwickeln.
- · Als Folge der den Verkehr auslösenden bzw. vom heutigen Kfz-Verkehr profitierenden Trennung und Zentralisierung der Funktionen Arbeit, Wohnen, Einkauf, Kultur, Bildung usw. entstanden von den jeweils anderen Nutzungen völlig entleerte Stadtquartiere. Diese Entwicklung gilt es ebenso rückgängig zu machen. Notfalls muß dies über gezielte Förderung und Subventionierung von Einrichtungen geschehen (z.B. Subventionierung von Einzelhandelsgeschäften).

Was tun bei hoher Verkehrsbelastung von Anwohnern?

Wenn, wie oben erläutert, Straßenneubau oder -ausbau, auch Umgehungsstraßen keine tauglichen Mittel gegen den Verkehr sind, ja sogar kontraproduktiv, was soll man/frau dann in den Fällen vorschlagen, in denen ganze Häuserzeilen und Quartiere verwüsten und veröden, weil der Staub-, Lärm- und Abgasterror von den Anwohnern nicht mehr auszuhalten ist und sie vertreibt.

Es ist ganz einfach: Dafür sorgen, daß weniger Autos durch die betreffende Straße fahren. Große Einigkeit bei allen Diskutanten und Entscheidern! Es wird schon ein wenig schwieriger, daß dies ja bedeutet, die Straße zurück zu bauen. Die Befürworter von Umgehungsstraßen versprechen zwar hoch und heilig, daß danach, also wenn die neue, breite Umgehungsstraße gebaut und der Verkehr wieder "flüssig" geworden ist, daß dann … So oft versprochen, genau so oft gebrochen!

Ganz schwierig wird es aber erst, wenn man/frau fordert, die Straße zurück zu bauen (oft ist das Problem ja auch dadurch entstanden, daß die Straße immer breiter und immer näher an die Häuser gerückt ist) und keine neue Umgehungsstraße zu bauen, weil diese Umgehung das Problem vergrößert, statt verkleinert, nur anderswo. Diese neue Umgehungsstraße würde den Verkehr von A nach C um B herum wieder schneller machen und dadurch neuen Verkehr induzieren, der dann die gleichen Probleme woanders verschärft. Die Gesamtverkehrsleistung würde zunehmen. Nur Straßenrückbau wäre die richtige Entscheidung; sie wird aber (noch) nicht verstanden und erntet Proteste und Gelächter. Dagegen könnte ein "Kompromissvorschlag" helfen, nämlich der Bau einer Umgehungsstraße unter der

Bedingung, daß die Verkehrskapazität beider Straßen, nämlich der alten und der neu zu bauenden, nicht größer ist als die der jetzigen (alten) Straße vor dem Rückbau. Wer gegen diesen Vorschlag ist, wird nicht mehr bestreiten können, daß der klassische Umgehungsstraßenbau mehr Verkehr zuläßt, ja zulassen soll, und ergo erzeugt.

Der Parkplatz vor der Haustüre: Die Autofalle!

Die Garage bzw. der Stellplatz vor der Haustüre ist der fundamentale Fehler. Der Mensch fällt von der Haustüre direkt ins Auto, und die Falle schnappt zu: Er wird erst am Ziel(parkplatz) sein fahrbares Wohnzimmer wieder verlassen. Die freie Wahl des Verkehrsmittels ist eine Chimäre. Erst wenn Garage/Stellplatz gleich weit von der Wohnung entfernt sind wie der ÖPNV-Anschluß oder ein anderes Verkehrsmittel, herrscht Chancengleichheit bei Wahl des Verkehrsmittels.

Eine mögliche Lösung: Neben den z.T. bekannten Versuchen, Neubau-Quartiere autofrei oder autoarm zu planen und zu bauen, besteht aber das Problem hauptsächlich in den "alten" Quartieren der Stadt, im Bestand. Die Lösung könnte darin liegen, daß neben Haltepunkten des öffentlichen Nahverkehrs zentrale Parkierungen und car-sharing-Stützpunkte eingerichtet und parallel dazu die Stellplätze im Quartier sukzessive verteuert werden. So ist zwar niemand gezwungen, sein "heiligs Blechle" aufzugeben, aber das Parken vor der Haustüre wird immer teurer. Aber er kann sein Auto auch kostenlos in der Zentralparkierung abstellen: Dann ist sein Weg zu seinem Auto genau so weit, wie zur ÖV-Haltestelle, und er hat eine echte Wahl des Verkehrsmittels. Er kann aber auch sein Auto verkaufen und im Falle, daß er nun doch mal ein Auto braucht, am Haltepunkt des Öffentlichen Verkehrs ein car-sharing-Auto nehmen.

Und zum Schluß: Sind wir ohne schnelle Verkehrsmittel weniger mobil?

Unter Mobilität wird im Allgemeinen die Fähigkeit und das Recht (Grundrecht auf Mobilität!) verstanden, jederzeit und möglichst schnell überall hin fahren bzw. fliegen zu können und dabei viel Spaß zu haben. Dies sei Fortschritt. Es ist dies zumindest die Definition der an dieser Art von Mobilität verdienenden Automobilund Flugzeugbranche.

Allerdings hat sich diese Definition der Mobilität ihres Zwecks entledigt, der Frage, wozu wir einen Weg gehen, fahren oder fliegen. Am Ende eines jeden Wegs liegt ein Ziel, das die Befriedigung eines Bedürfnisses bedeutet, ein Zweck also. Mobilität ist daher richtiger zu definieren als die Fähigkeit und Möglichkeit, alle zur Befriedigung der Grundbedürfnisses (im weitesten Sinn) notwendigen Wege innerhalb kurzer Zeit zurücklegen zu können, also die Dinge in der Nähe zu haben. Ein langsames System braucht und hat deshalb alles in der Nähe; insofern ist ein langsames System wahrscheinlich das mobilste.

Europawahlprogramm der PDS

Textpassagen zur Ökologie

Wir wollen eine Europäische Union, die mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik bricht und stattdessen auf nachhaltiges Wirtschaften setzt und neue Wege der Verzahnung von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik beschreitet.

Wir wollen eine Europäische Union, die als Teil dieser einen Welt gleichberechtigte internationale Beziehungen fördert und zur Schaffung solidarischer internationaler Wirtschaftsbeziehungen beiträgt.

Wir wollen eine Europäische Union, die ihren Verpflichtungen zur Lösung der globalen Probleme des Umwelt- und Klimaschutzes gerecht wird und umfassenden Verbraucherschutz sicherstellt.

Für die PDS steht im Zentrum eines notwendigen Strategiewechsels im Binnenmarkt eine moderne Politik zur Stärkung regionale Wirtschaftskreisläufe und des ökologischen Wirtschaftens mit dem Ziel, einen höheren regionalen Beitrag der Versorgung mit Energie, Lebensmitteln, Freizeit, Kultur, Tourismus, Verkehr etc. zu erreichen. Dies würde auch die EU-Binnenwirtschaft stärken und sie ausgewogener entwickeln sowie den Fernverkehr reduzieren.

Die PDS setzt sich für einen Strategiewechsel im Energiebinnenmarkt der EU ein. Und zwar

- weg vom grenzüberschreitenden Handel mit möglichst billigen Energieträgern, der die umweltpolitisch gebotene drastische Senkung des Energieverbrauchs und damit der klimaschädlichen Emissionen nicht fördert,
- hin zur Ausrichtung auf eine dezentralisierte Energieerzeugung auf der Grundlage erneuerbarer Energien, auf maximale Ausschöpfung von Energiesparpotenzialen.

Die PDS setzt sich für Wettbewerbsregulierungen auf der Energieerzeuger- und

- verteilerebene ein, damit Kleinverbraucher nicht weiterhin benachteiligt werden.

Die PDS fordert den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie, die Beendigung des Exports von AKW und AKW-Technik, die Einstellung des Betriebs atomarer Wiederaufbereitungsanlagen und den Stop von damit verbundenen Atommülltransporten.

Eine sichere, umweltgerechte und komfortable Mobilität für die Menschen kann nur erreicht werden, wenn der öffentliche Personenverkehr staatlich finanziert, verbilligt und ausgebaut statt privatisiert, verteuert und abgebaut wird. Die PDS wendet sich gegen die Benutzung der Autostraßen als rollende Lager der Großkonzerne und -speditionen sowie gegen die rücksichtslose "Freie-Fahrt-für-freie-Bürger"-Mentalität der Konservativen

Die Nutzung umweltfreundlicher, wenig lärmender und verschmutzender Verkehrsarten ist steuerlich zu fördern.

Die PDS setzt sich dafür ein, daß sowohl die Produktionsprozesse als auch die Produkte selbst umweltverträglich gestaltet werden. Dazu wird ein europäisches Gesetz zur ökologischen Produktverantwortung gebraucht, das die Verantwortung des Herstellers für das Produkt über den ganzen Lebenszyklus einschließlich der Entsorgung regelt.

Die EU braucht eine Abfallstrategie, die eine klare Hierarchie verankert: Vermeidung vor Wiederverwendung vor Wiederverwertung. Dies beinhaltet u.a. einen schrittweisen Ausstieg aus der Müllverbrennung.

Die PDS steht für einen umfassenden Schutz vor möglichen ökologischen, biologischen und gesundheitlichen Risiken der grünen Gentechnik und die Ausweitung der Risikoforschung, was angesichts des weltweiten Wachstums gentechnischer Produktion und der Zunahme der Importe von gentechnisch veränderten Lebensund Futtermitteln zum Schutz der Landwirte und Verbraucher der EU unerläßlich ist. Da mit einem Anbau gentechnisch veränderter Organismen unkalkulierbare Gefahren für die Biodiversität verbunden sind, ihre unkontrollierte Ausbreitung auf gentechnikfreie Flächen nicht verhindert werden kann, gehören diese Organismen nicht auf die Felder der EU.

Kontakt: Ökologische Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin www.oekologische-plattform.de

Die Zeitschrift der Ökologischen Plattform "tarantel" erscheint vier Mal im Jahr. Bestellen Sie ein Probeexemplar!



Ökologische Politik

Aus dem Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus

Profitorientierte Wachstumsinteressen stellen die Naturgrundlagen menschlichen Lebens in Frage. ... Wir wollen die Sackgasse eines sozial und ökologisch zerstörerischen Wachstums verlassen. ... Eine radikale Ökologisierung der Gesellschaft ... bedarf einer alternativen Produktions- und Lebensweise. Die PDS setzt sich für eine Politik ein, die die Grenzen traditioneller ökologischer Reparaturpolitik überwindet ... Notwendig ist die Abkehr von der Vorstellung, selbst oberhalb eines bestimmten Wohlstandes den Verbrauch immer weiter steigern zu können. ... Umweltverträgliche alternative Lebensweisen sollen deshalb unterstützt werden. ... Ökologisch verträgliches Handeln muss ab sofort finanziell belohnt, ökologische Schäden verursachendes Handeln belastet werden.

Die verbliebenen Reste zusammenhängender Naturräume wie die Antarktis, die Weltmeere und die Regenwälder müssen völkerrechtlich bindend vor weiterer Ausplünderung geschützt werden. Das erfordert, Handlungsräume internationaler Konzerne einzuschränken und die Zahlungen des "Nordens" an den "Süden" zu erhöhen. Die PDS fordert umweltgerechte internationale Arbeitsteilung.

Wir drängen darauf, dass der Kohlendioxid-Ausstoß in der Bundesrepublik bis 2010 im Vergleich zu 1990 um 35 Prozent reduziert und die Voraussetzungen für den weiteren schnellen Rückgang geschaffen werden. ... Klimaschutz und zu erwartende Energieknappheit erfordern, die solare Energierevolution ins Zentrum einer neuen sozial-ökologisch orientierten Technologiepolitik zu rücken und eine umweltfreundliche Verkehrswende zu erreichen. ... Energieeinsparung, erhöhte Energieeffizienz und die Entwicklung erneuerbarer Energien weisen den Weg aus der Sackgasse atomar-fossiler Energiewirtschaft. Notwendig dafür ist eine sozial gerechte, atomare und fossile Energie belastende Primerenergiesteuer. ... Ein schnellerer Ausstieg aus der Atomenergie als gegenwärtig geplant ist unumgänglich. ... Für eine ökologische Wende in der Verkehrspolitik müssen Verkehrs-, Struktur- und Regionalplanung endlich zusammengeführt werden. Wirtschaftsund Lebensweise der Menschen müssen sich dadurch auf kürzere Wege einstellen.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser von hoher Qualität und die ökologische Abwasserentsorgung zu sozial verantwortbaren Tarifen sind Schwerpunkte der PDS-Umwelt- und Sozialpolitik. ... Der ökologische Land- und Waldbau muß ausgeweitet werden. ... Die PDS tritt für ein deutschland- und europaweites kohärentes Schutzgebietssystem zur Erhaltung der Biodiversität ein, für umfassenden und wirksamen Tierschutz, dafür, daß der Respekt vor anderen Lebewesen gewahrt wird. Die PDS fordert für Umweltorganisationen, Verbraucherverbände, Gewerkschaften, Vereine und andere zivilgesellschaftliche Kräfte demokratische Planungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte in ökologischen Fragen.

Kontakt: Ökologische Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin www.oekologische-plattform.de

Die Zeitschrift der Ökologischen Plattform "tarantel" erscheint vier Mal im Jahr. Bestellen Sie ein Probeexemplar!



10 Jahre Ökologische Plattform - wie weiter?

Manfred Wolf

Als vor nunmehr 10 Jahren an der Gründungserklärung der Ökologischen Plattform gestrickt wurde, war für die Initiatoren und die ersten Aktivisten zumindest dreierlei klar:

- 1. Die zunehmende Bedrohung menschlicher Existenz, die von ungehemmtem Naturverbrauch und ungehemmter Naturverunreinigung ausgeht, bedarf in unseren Breiten dringend einer Umkehr, eines grundsätzlich anderen Verhältnisses des Menschen zur Natur.
- 2. Die für diesen bedrohlichen Zustand verantwortlichen Industrieländer sind auch als erste in der Pflicht für die umgehende Einleitung einer Rettungspolitik.
- 3. Die PDS kann und muß in dem dafür in Deutschland notwendigen Umdenkungs- und politischen Prozeß eine aktivere, treibende Rolle spielen.

Es heißt deshalb auch in der Erklärung vom 24.6.94, daß "die Ökologische Plattform bei der PDS Fragen und Zusammenhänge, die sich aus der existentiellen Bedrohung der Menschheit … ergeben, zum Ausgangspunkt ihrer theoretischen, programmatischen und politischen Arbeit machen will. Sie will dadurch vor allem erreichen, daß diese Fragen stärker als bisher ins Blickfeld der PDS und ihres Umfeldes gerückt werden und ihren Niederschlag im politischen Wirken dieser Partei finden."

Die Initiatoren befanden sich mit dieser Absicht im guten Einvernehmen mit dem damals geltenden Programm der PDS, in dem es hieß: "Die ökologische Krise spitzt sich in raschem Tempo zur weltweiten Überlebensfrage zu. Sie entspringt dem immer expansiveren Austausch zwischen Mensch und Natur, dem ausbeuterischen Charakter des kapitalistischen Produktionsund Konsummodells und der Zerstörung traditioneller Lebensformen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern. In den nächsten Jahren drohen regionale und globale Zusammenbrüche der Ökosysteme. Deshalb muß alles getan werden, damit die Zeit zum radikalen Umbau der Produktions- und Lebensweise nicht unwiederbringlich verloren geht."

Mit diesem Anspruch war klar, daß die Arbeit der Plattform nicht nur in eine Richtung gehen konnte. Neben Einflußnahme auf Programmatik und Politik der PDS durch die Entwicklung von Konzeptionen zu ökologischen Schwerpunktfragen sollte durch Informationsund Bildungsarbeit das Umweltbewußtsein der Mitglieder und Symphatisanten der Partei gestärkt werden. Durch Öffentlichkeitsarbeit sollte auch außerhalb der PDS stärker erkennbar werden, daß diese Partei für alle ökologisch Engagierten die bessere Lösung ist. Sie erschien uns für diese Rolle absolut geeignet. In der Tatsache, daß die PDS als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien keinen ökologiefeindlichen Profitinter-

essen verpflichtet ist, sahen und sehen wir immer noch, wie es in der Gründungserklärung heißt, "eine besondere Aufgabe und Verantwortung, nicht zuletzt auch eine besondere Chance".

Die Bewegung hin zum demokratischen Sozialismus, den sich die Partei als Fernziel auf ihre Fahnen geschrieben hat, kann nach Auffassung der Plattform nur funktionieren, wenn zu ihren wesentlichen Komponenten ein radikaler ökologischer Umbau der Gesellschaft gehört. Die Partei, deren Programmatik traditionell sehr stark sozial geprägt ist, was wir auch nicht in Frage stellen wollen, müßte also nicht nur einen grünen Faden in ihr Erscheinungsbild aufnehmen. Für eine solche zusätzlich Orientierung bedurfte es nach Ansicht der Gründer der Plattform der Bündelung aller in diese Richtung denkenden und tätigen Kräfte. Die Plattform wollte dafür zunächst alle Funktionsträger gewinnen, die sich in der Partei mit ökologischer Politik befassen, und darüber hinaus natürlich alle Mitglieder und Symphatisanten, die sich auf diesem Gebiet engagieren

Soviel zur Ausgangssituation. 10 Jahre danach dürfte der Versuch gerechtfertigt sein, zu einer Bewertung dieses - so hoffe ich immer noch - ersten Arbeitsdezenniums der Plattform zu gelangen. Dabei kann es sich hier nur um eine ganz persönliche und daher mit allen Schwächen, Unvollständig- und Einseitigkeiten behaftete Sicht handeln.

Einige Kriterien böten sich für eine Bewertung an:

- 1. Stand und Wirksamkeit der Plattform innerhalb der PDS
- 2. Widerspiegelung der ökologischen Problematik im Parteiprogramm.
- 3. Die ökologische Wirksamkeit der PDS nach außen.

Zu 1. Ein wichtiger Hinweis auf die Wirksamkeit unserer Arbeit wäre eine klare Antwort auf folgende Forderungen: In einem von der Plattform eingebrachten Beschluß der ersten Tagung des 4. Parteitages zur Arbeit auf dem Gebiet der Ökologie, das war Anfang 1995, heißt es, daß die PDS die ökologische Problematik "nicht mehr weiter als Randproblem", sondern als "integralen Bestandteil" ihrer Politik betrachten will. Eine "entschiedene Hinwendung der PDS zur Wahrnehmung ihrer historischen Verantwortung auf ökologischem Gebiet" sollte eingeleitet werden. Fünf Jahre später, Ende Oktober 1999, sagte Dieter Klein als Hauptredner auf der von der Plattform initiierten ökologischen Konferenz der PDS: "Die PDS muß sich für eine dezidiert stärkere ökologische Ausprägung ihres sozialistischen Profils entscheiden, programmatisch und alltagspolitisch." Soziale und ökologische Nachhaltigkeit müßten, so D. Klein, Dreh- und Angelpunkt einer von der PDS zu erarbeitenden und zu vertretenden Reformalternative sein.

Sind diese Forderungen erfüllt? Mit einem eindeutigen Ja würde die Antwort wohl zu positiv ausfallen. Und aus der Sicht dessen, daß sich einige der Gründer der Plattform, darunter auch ich, damals so etwa für die Zeit nach 10 Jahren eine richtige rot-grüne Partei gewünscht

haben, sind wohl auch tatsächlich einige Abstriche an einer zu positiven Einschätzung zu machen. Ich meine, daß sich die Frage auch jeder selbst beantworten muß. Immerhin darf man, das glaube ich schon, feststellen, daß die Arbeit der Plattform beachtet, zunehmend akzeptiert wird und auch ihre Erfolge aufzuweisen hat. Das kann selbstverständlich nur in dem Maße so bleiben, wie ihre Qualität und Sachbezogenheit weiter zunimmt, wie sich auch die Aktivität unserer MitstreiterInnen weiter erhöht. Die großen (Grundsatz-) Fragen sind mit der Annahme des neuen Parteiprogramms wieder einmal für eine Weile entschieden. Sie können von uns jetzt nicht mehr nur vordergründig und abstrakt gestellt werden, sondern immer im Zusammenhang mit konkreten Politikangeboten. Aber gerade in diesen Zusammenhängen müssen sie weiter gestellt werden. Dafür gibt es nach wie vor Bedarf und auch gute Möglichkeiten nicht zuletzt durch unsere Zusammenarbeit mit der im vergangenen Jahr gegründeten BAG Umwelt, Energie und Verkehr, die hoffnungsvoll begonnen hat. Was unsere Bemühungen um die Gewinnung der Herzen und Hirne über den Kreis unserer MitstreiterInnen hinaus für die ökologische Problematik betrifft, so ist Erfolg oder Mißerfolg natürlich schwer einzuschätzen. Sicher dürfte aber sein, daß sie innerhalb der PDS immer noch ohne größere "Konkurrenz" und ergo unbedingt notwendig sind. Die Aufgabe kann nur darin bestehen, diese Bemühungen mit noch mehr Engagement und Findigkeit fortzusetzen.

Zu 2. Diese Frage wurde in der vorigen Ausgabe der Tarantel schon in drei Beiträgen behandelt. Dem könnten sicher auch noch andere Meinungen hinzugefügt werden. Ersichtlich wurde, daß sich wohl jeder an mancher Stelle des Programms auch noch bessere Formulierungen vorstellen könnte bzw. gewünscht hat. Dennoch schätzen es nicht wenige in unseren Reihen als akzeptabel ein. Und ich glaube, daß auch Enttäuschte unter uns entschlossen sind, auf dieser Grundlage weiter zu arbeiten und seine Intentionen durchzusetzen. Auch das wird alle Kräfte fordern. MitstreiterInnen der Plattform haben jedenfalls von Anfang an aktiv in die Programmdebatte eingegriffen, so z.B. Elke Wolf als Mitglied der Programmkommission; in vielen Diskussionsrunden wurden Teile der verschiedenen Programmentwürfe beraten, Positionen erarbeitet und vorgeschlagen. Es würde also dieser Arbeit nicht gerecht zu sagen, daß Vorstellungen der Plattform im Programm keinen Niederschlag gefunden hätten. Wenn also nicht in dem von uns gewünschten Ausmaß, dann haben wir Grund, weiter zu arbeiten aber auch über die Gründe dafür nachzudenken.

Zu 3. Unsere Anfangsvorstellungen von der Entwicklung der PDS zu einer rot-grünen Partei haben sich nicht verwirklicht. Die Notwendigkeit einer solchen Entwicklung wurde von den Vorständen und Parteitagen nicht gesehen, warum auch immer. Haben wir als Plattform an dieser Stelle versagt? Ich glaube, daß uns das auf Grund unseres realen Einflusses niemand vorwerfen wird. Aber sollten wir uns deshalb in unseren

Ansprüchen bescheiden? Möglicherweise hätten wir mit einer radikaleren grünen Politik, die ja sonst in diesem Staate keiner mehr macht, viele Symphatisanten gewonnen. Das könnte immer noch geschehen. Wenn es positive Signale ökologischer Politik der PDS geben sollte, können die z.Z. nur von unseren Vertretern in der Landes- oder kommunalen Politik ausgehen. Diese sind aber in der Regel an die von anderen Parteien vorgegebene Tagesordnung sowie an andere Sachzwänge gebunden. Ihnen bleibt meist nur die Möglichkeit, in diesem Rahmen bessere Vorschläge im Interesse der Menschen und der Natur vorzulegen. Und ich bin sicher, daß diese Politik der PDS-Vertreter so wie in Mecklenburg-Vorpommern auch in vielen anderen kommunalen Vertretungen von den Bürgern entsprechend erkannt und honoriert wird.

Für eine grundsätzliche Wendepolitik müßten die Impulse aber zentral ausgelöst werden, auch dann, wenn sicher ist, daß zunächst das politische Kräfteverhältnis für ihre Realisierung fehlt. Die PDS müßte sich dessen bewußt werden, daß wirklich ökologische Politik in diesem Staat von anderen Parteien nicht mehr gemacht wird und daß sie dafür die Initiative übernehmen könnte. In den Verbänden hätte sie gewichtige Verbündete. Doch der Anpassungsdrang war und ist immer noch dominierend. Das allgemeine Vertrauen auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der uns schon irgendwie erlösen wird und dem sie sich angeschlossen hat, könnte sich bald als verhängnisvoll erweisen.

Wie also nun weiter mit der Arbeit der Plattform? Die Frage wurde gestellt, macht die Weiterarbeit in und mit der Plattform eigentlich noch Sinn? Mancher ist zu uns gekommen in der Hoffnung, die ökologische Politik in der PDS zu finden, die "Die Grünen" aufgegeben haben, und mancher von diesen hat die PDS wieder verlassen, weil er in eben dieser Hoffnung enttäuscht wurde. Das macht schon traurig. Neuerdings kommen Bestrebungen hinzu, die anfängliche Pluralität der PDS, mit der sie ein Jahrzehnt gut gefahren ist, weiter einzuschränken. Dennoch kann ich die eingangs gestellte Frage nur positiv beantworten. Die Aufgaben, die die Plattform vor 10 Jahren gesehen hat, stehen immer noch. Und wenn wir damals am Anfang standen, sind wir jetzt eben doch ein Stück weiter, manchmal mit wirklich Erreichtem, manchmal auch in der Erkenntnis darüber, was z.Z. leider noch Illusion bzw. was erreichbar ist. Wir haben mit der Plattform eine Struktur bei der PDS geschaffen, die sich inzwischen im Bewußtsein nicht nur der Mitglieder und Symphatisanten der Partei etabliert hat. Ihr Verschwinden wäre für Ökologiebewußte, die dazu noch gewisse Hoffnungen mit der PDS verbinden, sehr bedauerlich und der PDS selbst abträglich. Das kann man nicht aufgeben, zumal es in der PDS gebraucht wird. Es kann nur darum gehen, in kameradschaftlicher Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit allen Ökologiefreunden in der Partei unseren Part weiter zu spielen und zwar möglichst so, daß es den leider immer zu wenigen Aktiven auch noch Spaß macht. Es bleibt für die Plattform noch genug zu tun.

Ökologische Plattform: 1994 gegründet

Gedanken zu einem Politikwechsel in der PDS und zu ökologischem Engagement in der Partei

Marko Ferst

Am 7.2.1994 gab es bei einer Veranstaltung mit Diskussion zwischen Andre Brie und mir, die Idee von Manfred Wolf eine Ökologische Plattform in der PDS zu gründen, die bei mir spontan auf Zustimmung stieß. Das war der Keim, der am 24.6.1994 zur Gründung führte. Es gab 1999 eine große Konferenz für eine ökologische und soziale Zeitenwende der PDS, die maßgeblich von der Ökologischen Plattform mitorganisiert wurde. Ein Parteitag setzte sich zwei Stunden mit dem ökologischen Thema auseinander, freilich sollte es eigentlich deutlich umfangreicher geschehen, laut Beschluß der Delegierten. Über einen längeren Zeitraum gab es öffentliche monatliche Veranstaltungen. Besonders gut besucht war eine Gedenkveranstaltung zu Rudolf Bahro 1998 und der Workshop zur alternativen Lebensweise 2001. Als sinnvoll haben sich die jährlichen größeren Veranstaltungen erwiesen. Zuletzt war dies der Workshop zur Sicherung der Welternährung, der in Kooperation von vier Arbeitsgemeinschaften/ Plattformen organisiert wurde. Aus den Readern "Ökovision" ab 1994 und später der Blattsammlung "tarantel" hat sich inzwischen eine interessante Zeitschrift entwickelt, die vier Mal im Jahr erscheint. Zahlreiche Anträge auf Parteitagen erhielten immer mal wieder auch die Zustimmung der Delegierten, so zum Beispiel der Hochwasserschutzantrag 2002. Intensiv mit viel Material brachten wir uns in die Programmdebatte ein. Die Ergebnisse konnten nicht befriedigen. Konstituierend war auch, daß man häufig mit Parteivorständen zu tun hatte, die sich um ökologische Belange wenig scherten. Ausnahmen wie Dieter Klein als Vorstandsmitglied gab es wohl, der in dem Band "Reformalternativen" Positionslichter für eine ökologischere PDS absteckte. Seit im Karl-Liebknecht-Haus 1998 hauptamtlich das Thema Umwelt nicht mehr bearbeitet wurde, mußte die Arbeit der Plattform komplett ehrenamtlich organisiert werden. Dies hat vorteilhafter Weise zu mehr Selbstorganisation geführt. Neue Mitstreiter kamen hinzu, die auch organisatorisch mithalfen. Das gelegentlich auch einiges hakt, ließ sich an der lange Zeit nicht betreuten Homepage sehen oder anderen Mängeln. Freilich ersetzen konnte die hauptamtliche Funktion niemand und schon gar nicht nach der verlorenen Bundestagswahl von 2002, wo dann auch noch Eva Bulling-Schröter als Ansprechpartnerin wegfiel. Presseerklärungen aus der Ökologischen Plattform z.B. zu den Castortransporten gab es gelegentlich. Jedoch wenn Vorstände meinen, ökologische Kompetenz und Politikintervention ergäbe sich von selbst, ohne dies strukturell und personell

intelligent absichern zu müssen, dann hat man den jetzigen wenig erbaulichen Zustand, trotz der neuen parlamentarischen BAG Umwelt.

Die PDS insgesamt ist in sehr schwieriges Fahrwasser geraten. Wie ist es denn vermittelbar, wenn die Partei auf der einen Seite die Fahrpreise für sozial schwache drastisch erhöht, das Blindengeld kürzt, verkontete Studiengebühren einführen will und auch an vielen anderen sozialen Abbrüchen mitwirkt, auf der Bundesebene aber erklärt sie sei gegen die Arztgebühr? Gewiß die Agenda Sozial der PDS und damit verbundene Aktivitäten sind sehr zu begrüßen, ebenso Initiativen gegen das Bombodrom. Für eine politische Partei wie die PDS ist ein gewisses Maß an Klientelpolitik auch notwendig. Ein Problem entsteht aber dann, wenn immer mehr sich der Eindruck verstärkt, diese Kritik an der Politik der anderen Parteien ist auch ein Stück weit Fassade, hinter der die eigenen mißlungenen Politikergebnisse versteckt werden müssen. Das sollte freilich niemanden daran hindern die PDS-Protestkarte gegen die Arztgebühr der Gesundheitsministerin zu schicken. Ich habe das auch gemacht.

In der Partei hat sich eine moderne Spielart des Opportunismus richtig breitgemacht, sie paßt sich immer stromlinienförmiger den gängigen Parlamentswegen an. Der Prozeß der Verstaatlichung und Verparlamentarisierung, so wie er bei den ursprünglich sehr viel kritischen GRÜNEN stattgefunden hat, ist auch bei der PDS in hohem Tempo vorangeschritten. Die PDS wandelte sich von innen her zunehmend mehr in eine Apparatepartei. Der Entscheidungsgang wird von oben nach unten durchgesetzt, die Basis ist nur noch Zahlmasse. Alternative Politikvorstellungen und gesellschaftskritische Themen wie man sie in den Anfangsjahren der PDS noch finden konnte, sind immer mehr verschwunden. Nicht wenige Funktionäre in der Partei und die Mehrheit im Parteivorstand setzt einen Politikkurs fort, der schon 2002 zum Debakel bei der Bundestagswahl führte.

Auf Grund der Altersstruktur und mangelnder Regenerationsfähigkeit wird die Mitgliederzahl in der PDS in wenigen Jahren auf 20.000 - 30.000 abstürzen. Zwischen 1998 und 2002 lag der jährliche Mitgliederschwund bei 6000 Leuten. Ende 1998 gab es noch rund 94.600 Mitglieder. Bis Ende 2002 waren davon noch 70.800 übrig geblieben. Schätzungsweise nicht mehr als 63.000 Mitglieder dürften es derzeit noch sein. Vieles deutet darauf hin, daß es 2003 und anhaltend eine große Austrittswelle bei der PDS gibt. Mündlich übermittelte Zahlen liegen mir aus dem Bundesland Nordrhein-Westfalen vor. Anfang 2003 gab es dort rund 1300 Mitglieder. Ende 2003 sank der Mitgliederstand auf fast 900. Insgesamt gibt es noch keine offiziellen Zahlen für Ende 2003, auf Nachfrage bei der Bundesgeschäftsstelle erhielt ich die Auskunft nach vorläufigen Schätzungen muß man von etwa 7% Reduktion gegenüber Ende 2002 ausgehen.

Es ist absehbar, daß für eine politisch nicht mehr zuordbare PDS das Totenglöcken 2006 zur Bundestagswahl läutet. Gewiß wird die PDS als ostzonales Residuum noch eine Weile überleben, als sozialistische Bundespartei ist sie vielleicht jetzt schon tot. Gebraucht würde ein **grundsätzlicher Politikwechsel in der PDS**. Wir müssen wegkommen von der Opportunitis hin zu konstruktiver inhaltlicher Arbeit, mit der Konsequenz, daß gescheiterte politische Projekte wie in Berlin endlich zu Fall gebracht werden.

Lehrstück aktuell wieder: Die PDS in Sachsen-Anhalt (und nicht nur dort) betätigt sich als Fürsprecher bei gentechnisch bestückten Feldern, entgegen der Beschlußlage im Europawahlprogramm und obwohl mindestens 70% der Bevölkerung gegen Gentech votieren. Die Aufstellung der einseitigen Kandidatenliste zum Europaparteitag und die Reaktion der Mitglieder in unzähligen Leserbriefen zeigt, es wird eine Politik verfolgt gegen die Mehrheit der Basis. Glücklicherweise konnte der Schaden durch die Entscheidung der Delegierten zu mehr Pluralismus korrigiert werden.

Notwendig ist eine kooperativere Arbeitsweise des rechten Parteiflügels und verschiedener Netzwerke im Funktionärsbereich. Alles ist völlig auf die Durchsetzung des eigenen Machtanspruchs und die Ausgrenzung des Restes der Partei bedacht, so als ob die gute alte SED zurückgekommen wäre. Die Partei selbst sitzt nur noch auf den Zuschauerrängen. Diese Entwicklung bedeutet für die PDS eine Sackgasse. Gewiß auch bei den GRÜNEN konnte sich neoliberaler Zeitgeist und parlamentsgängiger Reduktionismus salonfähig etablieren. Trotz des großen Krötenschluckens im Laufe der Bundeskoalition, werden respektable Wahlergebnisse erreicht. Doch auch sie waren zuvor schon mal aus dem Parlament für vier Jahre hinauskomplimentiert worden. Kopiert die PDS den Weg der GRÜNEN, kann das jedoch genausogut machtechnisch im Fiasko enden.

Wir brauchen eine Erneuerung der PDS hin zu mehr Bürgernähe, weg von Funktionärsarroganz, weg von politischer Beliebigkeit und faulem Reformzauber. Substantielle sozialökologische Zukunftsvorsorge ist nötig, die PDS braucht wieder ein klar erkennbares und verläßliches Profil, unverwechselbaren Gebrauchswert für den Wähler. Als sozialdemokratische Ersatzmannschaft, um bei den anderen Parteien und Institutionen gut anzukommen, verfehlt sie ihre Aufgabe. Eigentlich hätte eine soziale und ökologische Partei in Deutschland sehr viel Spielraum bei der jetzigen Regierungspolitik, Stimmen könnten wie von selbst zufließen. Sieben oder acht Prozent dürften eigentlich keine Hürde sein. Man müßte sich nur aufraffen und der neoliberalen Windigkeit im eigenen Haus den Kampf ansagen. Das wird nur in Form eines konstruktiven aber eindringlichen Dialogs

Kommen wir zurück zur Ökologie. Ich denke, die Ökologische Plattform muß versuchen ihre Öffentlichkeitswirksamkeit auszubauen, gepaart mit vermehrter Sachkompetenz und gesellschaftskritischem Bezug. Bei ausschließlich ehrenamtlichen Ressourcen ist das gewiß nicht einfach. Aber wir sollten öfter im ND, in der "jungen Welt", im "Disput" und anderswo in Erscheinung treten. Nicht immer dieselben Namen, sondern bunter und vielfältiger. Sinnvoll wäre es auch, wenn

es gelänge engere Kontakte zu den verschiedenen Umweltaktiven in den Verbänden, an Universitäten etc. zu bekommen, sie einzuladen zu Vorträgen etc. Wir arbeiten noch zu isoliert, zu sehr nach innen zentriert. Bezugspunkt dürfen nicht nur Parteivorstände und Abgeordnete sein.

Wir müssen in Zukunft verstärkt darauf achten, daß wir unsere Arbeitsressourcen und finanziellen Grundlagen in der Partei nicht durch Unachtsamkeit unsererseits weiter dezimieren lassen. Käme es zum Beispiel zu einer Situation, wo wir als Arbeitsgemeinschaft nicht mehr anerkannt sind (siehe Brief S.31 f.), könnten wir nicht mal mehr die "tarantel" herausbringen oder einen Referenten wie Wolfgang Sachs o. ä. zu einer Konferenz einladen. Wir würden zwar existieren, dazu braucht man gewiß keine Finanzen, aber frei von jeglichen weitergehenden Arbeitsmöglichkeiten. Auch ohne diese Gefahr: Wir hatten vor einigen Jahren mal 8000 DM zur Verfügung und haben für 2004 noch 2000€. Wer sollte verhindern, wenn in ein, zwei Jahren die parlamentarische Umwelt-AG anteilig nicht nur 500€ wie in diesem Jahr (zu Lasten der Plattform) sondern die Hälfte erhält? Darüber hinaus ist zu erwarten, daß die Zuwendungen für die Zusammenschlüsse künftig weiter wie schon in der Vergangenheit sinken werden.

Es ist wichtig zu analysieren, welche Positionen in ökologischen Fragen bei den GRÜNEN vertreten und wie sie politikpraktisch gehandhabt werden. Trotz der gewaltigen Anpassungsdrücke, findet man oft genug noch Aussagen, wo wir in der PDS dagegen ziemlich blaß aussehen. Wichtig ist aber auch, daß die Ökologische Plattform für Nichtmitglieder und ausgetretene Mitglieder ein offenes attraktives Forum bleibt, in dem wir nicht technokratisch-pseudogrünen Thesen das Wort reden.

Elke Wolf schreibt in ihrem Austrittsschreiben aus der PDS Ende 2003: "Ökologie wird schlagwortmäßig erwähnt (in der PDS) und hat in der Konsequenz doch nur den Stellenwert eines Reparaturressorts. Wer sich intensiv und kritisch mit dieser Thematik beschäftigt muß konstatieren, daß wir weit hinter den in Umweltverbänden oder auch im universitären Bereich vorhandenen und diskutierten Erkenntnissen sowie einer notwendigen anderen Lebenspraxis zurückstehen. Wir agieren auch hier entsprechend des Mainstream, sind kompatibel mit Konzerninteressen. Eine tolle Leistung."

Zum Schluß noch ein paar Gedanken zur globalen Situation, wie sie sich mir 10 Jahre nach Gründung der Plattform darstellt, gleichwohl vieles, was in der Gründungerklärung steht, Bestand haben dürfte. Seit etwa 30 Jahren wissen die Gesellschaften um die ökologischen Risiken. Immer deutlicher zeichnete sich ab, daß die bisherige Zivilisationsentwicklung nicht haltbar ist und die Stabilität der Ökosysteme existentiell unterminiert wird. Etliches deutet darauf hin, daß ein glimpflicher Ausgang dieses Konfliktes kaum noch zu erwarten ist, sondern vielmehr das globale soziale Verwerfungen im Zuge des Götzendienstes für den totalen Markt gefährlichen zusätzlichen Brandstoff anhäufen, ganz zu

schweigen von riskanten militärischen Strategien. Globalisierte soziale Degradation, immer mehr Weltbevölkerung gleitet in Armut ab und auf der anderen Seite rabiatere Formen parasitärer Aneignung treffen auf das Erfordernis, mit einem Bruchteil der heutigen Industriegesellschaft auskommen zu müssen. Das kann u.a. schnell zu Systemwechseln und totalitär-tyrannischen Strukturen führen. Einige Voreinstellungen dafür hat, glaube ich, Carl Amery in "Hitler als Vorläufer" aufschlußreich analysiert, gleichwohl das Problem, wie er auch selbst deutlich macht, von gewöhnlichen Regierungen ausgeht. Einige deutliche Denkanstöße findet man auch in dem Roman "GO! Die Ökodikdatur" von Dirk C. Fleck, gleichwohl für sein Szenario keine rechte Republik, sondern nur ganz gewöhnliche Regenten vorausgesetzt sind.

Gewiß würde mir eine Perspektive, in dem Spektrum wie ich sie in dem Zukunftskapitel in dem Band "Wege zur ökologischen Zeitenwende" beschrieben habe, wesentlich sympathischer erscheinen. Aber wenn es so ist, daß eine vollständige solare Energiewende, Energiesparen etc. womöglich nur noch die Zeitachse strecken, dann entsteht folgende Aufgabenstellung: Wie können bei so einem Abrutschungsprozeß, die schlimmsten gesellschaftlichen Entgleisungen vermieden werden? Es kommt dann sehr auf die kulturelle und geistig-seelische Beschaffenheit der Gesellschaften an, gleichwohl diese auch an die systemischen Strukturen rückgekoppelt ist. Zu eng scheint mir der Blickwinkel von Herbert Gruhl, wenn er sagt - Untergang und Ende. Das wird eine völlige neue Phase in der Menschheitsgeschichte einleiten, einen Absturz in ein dunkles Jahrtausend. Uns drohen weltbürgerkriegsartige Zustände. Das alles erübrigt jedoch keineswegs nach ökologischen Lebens- und Produktionsweisen zu suchen. Aber viele gesellschaftliche Konventionen werden zusammenkrachen wie ein Kartenhaus. Dazu gehört ganz sicher auch, wie heute Parteien meinen das Zivilisationsthema Ökologie als eher unwichtiges Politikfeld abhandeln zu können. Die Idee gegenwärtige soziale und wirtschaftliche Interessen mit dem globalen Naturhaushalt in Übereinstimmung zu bringen, übersieht, unsere ganze produktivistische industrielle Kultur ist zur Debatte gestellt. Die heutigen Modi von Wohlstandsansprüchen und plutokratischen Wirtschaftswundertaten sind eine "braune Revolution" gegen die zukünftigen Generationen und ihre elementaren sozialen Lebensinteressen. Wir alle sind schuldig. Ich sehe mich als Mittäter. Geistig und kulturell völlig neu konzipiert werden muß eine grüne Systemwende. Gerade wenn wir in ein Zeitalter des Niedergangs der bisherigen Ordnungen, in eine totale Krise hineingleiten, ist es wichtig, daß neue Wege und Ideen bei den gesellschaftlichen Minderheiten entwickelt werden. Sonst kommt auch in den Jahrhunderten des Untergangs, die jeweils schlimmste gesellschaftliche Lösung zum Zuge. Und eines ist klar: Unsere Gesellschaften sind auf diesen historischen Bruch überhaupt nicht vorbereitet und verdrängen die Probleme auf vielfältige Weise. Die große Mehrheit geht immer noch davon aus die Erde ist eine "Scheibe".

Umweltsendungen TV/Radio

Tipp: Viele Redaktionen bieten Vor- und Rückschauen, Manuskripte und weitere Informationen im Internet an.

Umweltsendungen im Fernsehen

ZDF.umwelt

So 13.15-13.55, ZDF

Internet: www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/

0,1872,1020478,00.html

Dschungel

Umwelt- und Verbrauchermagazin

Di, 21.00-21.45, Westdeutscher Rundfunk (WDR)

Internet: www.wdr.de/tv/dschungel

Ozon

Umweltmagazin

RBB, neuer Start Dienstags 27.4., 22.15 Uhr, monatl.

Internet: www.orb.de/ozon

Unser Land

Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Fr 19.00-19.45, Bayrischer Rundfunk (BR)

Internet: www.br-online.de/umwelt-

gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute

Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayrischer Rundfunk (BR)

Internet: www.br-online.de/umwelt-

gesundheit/sendungen/unkraut

service: natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk (HR)

Internet: www.hr-online.de/fs/servicenatur

Arte-Umweltsendungen

Mo 19.00-19.45, Arte (3. Mo im Monat: Sylva - von

Bäumen und Menschen)

Internet: www.arte-tv.com/emission/

emission.jsp?node=-1801

Netz Natur

Do 20.00-21.00 (etwa alle 6 Wochen), SF1 (Schweiz)

Internet: www.sfdrs.ch

Übersicht: Naturthemen

Vorschau für die nächsten vier Tage

Internet: http://nafoku.de/naturtv.shtml

Umweltsendungen im Rundfunk

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk

Internet: www.dradio.de/cgi-bin/es/neu-umla

Natur und Wissenschaft

Mo-Fr 11.05-11.45, DeutschlandRadio

Internet: www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/

natwi.html

Umweltforum

Fr 17.05-18.00, HR 2 (Hessischer Rundfunk

Internet: www.hr-online.de/hf/hr2/umwelt

Landwirtschaft und Umwelt

Mo-Fr 11.00-11.25, Bayern 2

Internet: www.br-online.de/umwelt-

gesundheit/unserland

Úmweltmagazin

letzter Mo im Monat 16.05-16.30, Bayern 2

Radio Rainbow

Do 20.00-21.00, Radio LORA München 92,4 (freies

Internet: http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm

Zusammenstellung: Matthias Bauer, Marion Busch (Achtung: Die Übersicht ist neun Momate alt, so daß interessant sein dürfte, wieviel Sendungen noch existieren)

Bundestreffen der Ökologischen Plattform am 8. und 9. Mai 2004

Hallo liebe MitstreiterInnen,

wie schon in der Tarantel Nr. 23 angekündigt, findet das diesjährige Bundestreffen der Ökologischen Plattform in der Jugendherberge "Kurt Ritter" Ehrenfriedersdorf auf den Greifensteinen statt. Dazu laden wir Euch auf diesem Wege herzlich ein, auch neue Interessenten können mitgebracht werden. Die Tagesordnung könnte, wenn alle einverstanden sind, wie folgt aussehen:

Sonnabend, 8.5.2004		18.00 Uhr	Abendesse
10.00 Uhr	Eröffnung, Begrüßung	19.00 Uhr	geselliger
10.15 Uhr	Vortrag und Diskussion zum Thema	interessanten Gesprächen	
Referent:		Sonntag, 9.5.2004	
12.00 Uhr	Mittag	8.00 Uhr	Frühstück
12.30 Uhr	Wanderung mit dem Förster ins	9.00 Uhr	10 Jahre (
Greifensteingebiet		kussion zur weiteren Arbei	
15.00 Uhr	Tätigkeitsbericht zur Arbeit der ÖPF	10.30 Uhr	Zum Entv
15.15 Uhr	Wahlen	der BRD und	l seine Alterna

- Delegierte zum 9. Parteitag

- Parteirat, Koordinierungsrat, Sprecherrat

Frühstück

10 Jahre Ökologische Plattform, Dis-

geselliger Abend mit Lagerfeuer und

Zum Entwurf des Gentechnikgesetzes

der BRD und seine Alternativen

13.00 Uhr Mittagessen und Abreise

Abendessen

Nun zu den Bedingungen: Ein bischen Geld sollte man dabei haben. Die Übernachtung und Verpflegung kostet bei Vollpension 21,90 €, bei zwei ÜN 20,30 € pro Tag. Da es sich um eine Jugendherberge handelt, sind leider nur einfache Unterkunft und Mehrbettzimmer gegeben. Auf besonderen Wunsch würden wir zu entsprechenden Kosten auch andere Unterkünfte im Ort reservieren. Für Teilnehmer, die nur einen Tag unser Bundestreffen besuchen, kann für diese Zeit die Verpflegung organisiert werden.

Besonders wichtig für die Organisation ist eine Anmeldung unter unserer Postadresse, e-mail: oekoplattform@pds-online.de oder Telefon (030/2411127) bis Ende April. Kurzfristige Entscheidungen werden wir aber sicher noch berücksichtigen können. Für die Anreise aus Berlin-Brandenburg würden wir Fahrgemeinschaften organisieren. Dazu bitte auch Meldungen. Bus-Verbindungen vom Bahnhof Chemnitz nach Ehrenfriedersdorf: Freitag von 12 bis 17 Uhr stündlich zur vollen Stunde (Fahrzeit 48 Minuten), danach 18.15, 19.15 und 21.15 Uhr. Samstag 7.00, 8.15, 10.00, 12.00 Uhr (www.bvo.de). Da der Weg vom Markt Ehrenfriedersdorf bis zur JHB ca. 3 km bergauf geht, würden wir Pendelverkehr organisieren. Bitte daher bei der Anmeldung Ankunftszeiten mitteilen. Für Autofahrer erfolgt die Anfahrt von Chemnitz nach Annaberg-Buchholz bis Ortsmitte Ehrenfriedersdorf. Dort führt rechts eine Straße zu den Greifensteinen (ausgeschildert). Nach ca. 3 km führt links eine Straße zum Naturtheater und der Jugendherberge (siehe Skizze). Bei Reisekosten kann geholfen werden. Da wir in einer landschaftlich schönen Gegend sind, freuen wir uns auf viele Teilnehmer. SprecherInnenrat

DIE TARANTEL-BÜCHERECKE

Mojib Latif

Hitzerekorde und Jahrhundertflut. Herausforderung Klimawandel

Es naht die radikalste Klimaveränderung in der Menschheitsgeschichte. Flutkatastrophen, heftige Gewitter und tropische Temperaturen in Deutschland - die jüngsten Wetterextreme haben uns nachdrücklich vor Augen geführt, dass wir rund um den Globus mit den Auswirkungen eines weitgehend vom Menschen verursachten Klimawandels konfrontiert werden. Und die Wetterprognosen für die Zukunft verheißen nichts Gutes. Der Meteorologe und Klimaforscher Prof. Dr. Mojib Latif erläutert fundiert und leicht verständlich die komplexen Zusammenhänge und Auswirkungen von Ozonloch und Erderwärmung auf unser Klima und macht deutlich, was wir jetzt tun müssen, um das Schlimmste zu verhindern.

160 S., W. Heyne Verlag, 2003, 10€

Holger Strohm Die stille Katastrophe

Mit dem Bestseller "Friedlich in die Katastophe" veröffentlichte der Autor die "Bibel" der Atomkraftgegner. (Stern) In diesem Band sind die neueren Erkenntnisse zum Thema aufgearbeitet. In den 500 Reaktoren weltweit kommt es jährlich zu unzähligen Störfällen. Haarscharf schlitterte die Menschheit mehrfach an schweren Unglücksfällen vorbei. Oft wurden Super-GAUs in letzter Sekunde verhindert. Waffenfähiges Plunonium verschwindet. Alternde Atommeiler sind immer schwieriger zu kontrollieren. Atommüll wird zu einem unlösbaren Problem. Das Buch benennt das Kartell, das den Kreislauf aus Vertuschung, Verharmlosung und Verdrängung routiniert in Gang hält.

568 S., Zweitausendeins, 1999, Bestellen über: www.zweitausendeins.de oder www.sfb.at

Hannelore Gilsenbach u.a. Cantus Terrae "Kranichflug"

CANTUS TERRAE - "Gesang der Erde": drei Musikanten in Zwiesprache mit der Natur. Roter Milan, Kranich, Lerche und Nachtigall sind ihre Gefährten; Frösche, Gewitter oder der Wind. Fast alle Stimmen der Natur klingen in der Nachbarschaft jenes Hauses, in dem diese Lieder enstanden. Die Texte der Lieder stammen von dem verstorbenen Reimar Gilsenbach. Weitere Interpreten sind Nikola Ratzmer und Stephan Rutscher.

2003, Verlag Gilsenbach & Gilsenbach, 12,10 € ohne Versand, Bestellung: Tel. 033362-278,

H-RGilsenbach@t-online.de



Franz Alt Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne

Zu Beginn des 3. Jahrtausends ist der Energieverbrauch der Menschheit größer denn je. Als Folge der Treibhausgase prophezeien Wissenschaftler einen dramatischen Temperaturanstieg für dieses Jahrhundert - mit unabsehbaren Folgen für unsere Gesellschaft. Franz Alt belegt, dass die von den USA nach dem 11. September angestiftete Antiterror-Allianz auch auf die Sicherung der zentralasiatischen Ölvorkommen zielt. Eine Fortschreibung der gegenwärtigen Entwicklung würde jedoch zu weiterem Terror und noch größeren Umweltbelastungen führen. Franz Alt macht ganz deutlich: Nur wenn wir vom Öl wegkommen, wird sich das Klima verändern. Nur mit sanften Energien können wir auf eine friedliche Zukunft hoffen.

345 S., Riemann Verlag, 2002, demnächst als Taschenbuch 8,95€

Heidi Snel u.a.

Permakultur. Landwirtschaft im Einklang mit der Natur

Sepp Holzer hat auf 1500 m Seehöhe eines der wenigen perfekt funktionierenden Permakultursysteme in Europa geschaffen. Zwischen den österreichischen Fichtenmonokulturen legte er ein Teichsystem an, das ihn mit eigenem Strom versorgt, und über 9000 Obstbäume gepflanzt. Um die Bäume herum eine Vielzahl an unterstützenden Pflanzfamilien: 30 verschiedene Kartoffelsorten, viele verschiedene Getreidearten, Früchte, Gemüse, Kräuter und wilde Blumen wachsen, wohin das Auge blickt: im Wald, auf extremen Steilhängen, auf Terassen, auf steinigem Boden, entlang der Wege, auf Hügelbeeten. All das ohne chemische Pestizide, Herbizide oder Dünger. Vielfalt ist ein Schlüsselwort für Holzer, nicht nur bei den Pflanzen, sondern auch im ökonomischen Bereich. Holzer hat eine ganze Reihe von Einnahmequellen: Er verkauft Obstbäume, Früchte, Gemüse, Getreide, Fische, Pilze, alles garantiert biologisch. Auch die Samen von alten wertvollen Kulturpflanzen kann man bei ihm erwerben. Außerdem gibt Holzer nun auch Umstellungsberatungen an Bauern, die ihren Betrieb nach Permakulturmethoden umgestalten lassen wollen.

VHS, PAL, 35 min, 25€, Bestellen: Heidi Snel, Dorfstr. 19, 14806 Hagelberg, www.crystal-lake-video.de

Ein Beitrag zur Atomkraftdebatte

Arbeitsteilung: Die einen sahnen ab, die anderen zahlen. Das Herz der Finsternis

Carl Amery

Inmitten der machtvollen Trotz- und Trauerchöre, die aus der Kernkraftgemeinde ob der grausamen Willkür der rot-grünen Regierung aufsteigen, ist es vielleicht ziemlich, zwei moralischen Problemen Raum zu geben, die unmittelbar mit dieser Kernkraft zu tun haben. Natürlich ist klar, daß sie gegenüber den ehernen Gesetzen der Wirtschaft nicht zählen; aber das Höhere ist uns, wie wir wissen, das Höchste im Leben

Das erste Problem ist, wie bekannt, das der Entsorgung. Es ist schlechthin nicht lösbar, wenn man mit einigem Sinn für Geschichte an sie herangeht. "Sicherer Verschluß" der strahlenden Materien soll da über Äonen hinweg bewerkstelligt werden, deren naturund noch mehr deren humangeschichtliche Entwicklung im völligen Dunkel liegt. Das ist unendliche und törichte Vermessenheit, und die unumkehrbare Schuld der Promoter liegt vor unserer Nase und ist nicht zu leugnen. Das moralisch einzig Mögliche, was uns noch bleibt, ist der Versuch, dem Berg der Lebensfeindlichkeit nicht noch weitere Breiten- und Höhenklafter hinzuzufügen.

Das Uran der Urahnen

Über dieses Problem wurde hinreichend gehandelt, und die militante Anti-AKW-Bewegung hat es gebührend in ihr Arsenal einbezogen. Das zweite Problem beschäftigt wesentlich weniger Gehirne und Gemüter, aber es ist gerade deshalb für den kollektiven Seelenzustand bezeichnend, ohne den die Verwendung der Atomenergie nicht möglich wäre. Es sind die Zu- und Umstände, unter denen der Rohstoff für den ganzen Betrieb gewonnen wird: die Zu- und Umstände des Uranabbaus. Es sind Zu- und Umstände des Genozids und des Ethnozids.

Uran wird in der Regel dort abgebaut, wo sich die Heimat verhältnismäßig wehrloser Gesellschaften befindet. Da im Ostblock (und heute noch im Hoheitsbereich Chinas) so gut wie alle abhängigen Satellitenund Minderheitenvölker wehrlos waren und sind, boten und bieten sich großartige Möglichkeiten. Tibetaner gibt es ohnehin zuviel; und Kasachstan ist vermutlich das radioaktiv am stärksten verseuchte Gebiet der Erde, wenn man von der unmittelbaren Umgebung von Tschernobyl absieht. Auch im sowjet-unterworfe-

nen mitteleuropäischen Sachsen gab es, wie wir wissen, eine Wismut-AG.

Was den freiheitlichen Westen betrifft, so bieten sich die besten, das heißt, die bequemsten Voraussetzungen in den Territorien der sogenannten traditionellen Gesellschaften, also den Territorien der Ureinwohner. Die reichen von Australien über Schwarzafrika bis nach Nord- und Südamerika. Wenn deutsche Atommanager die Auskunft erteilen, daß sie ihr Uran aus "den USA" beziehen, so bedeutet dies, daß dieses Uran unter unglaublichen Bedingungen, von ganz oder teilweise ahnungslosen Indianern, Eskimos, Chicanos wenn nicht gefördert, so doch erpreßt oder erschwindelt wurde. Jede Kilowattstunde Atomstrom, die wir hier verbrauchen, bedeutet mehrere Kubikmeter yellow cake, also strahlenden Abfall in irgendeiner Gegend, die man zynischerweise zur National Sacrifice Area, also zum nationalen Opfergebiet, erklärt. Dieser Abfall liegt ungeschützt und unbedacht im Freien auf Halde und verseucht eine Landschaft, die den wehrlosen Völkern Heimat ist - ihren Boden, ihr Wasser, ihre Ernten. Gut und gern 40.000 Tode pro Jahr werden durch diese Praxis weltweit verursacht. Es ist sinnlos, das zu leugnen - seit dem Herbst 1992, dem "World Uranium Hearing" in Salzburg, liegen die Fakten vor und sind protokolliert in dem Dokumentarband "Poison Fire -Sacred Earth".

Wer den Versuch macht, die verantwortlichen oder zwecks Propaganda abgestellten Herren auf diesen Genozid, diese Fäulnis in den Fundamenten der Atomwirtschaft anzusprechen (der Verfasser hat es des öfteren getan), der stößt auf folgende Reaktionen: Oft wird schlicht gelogen. Der Angesprochene versichert festen Blicks und nicht ohne Vorwurf ob der taktlosen Frage in der Stimme, Uranabbau finde unter strikt kontrollierten Sicherheitsbedingungen statt - zumindest dort, wo man das eigene Uran herbeziehe. Es gibt natürlich auch gewitztere Gesprächspartner. Die stellen sich dumm und erklären, daß sie diese Zustände in fernen Weltgegenden gar nichts angingen. Es sei Sache der Bergbaugesellschaften, wie sie mit den natürlichen und menschlichen Faktoren ihres Gewerbes zurechtkommen. (Daß man den Preis des Atomstroms musterhaft niedrig halten will und teure Sicherheitskosten nicht eben wohlwollend zur Kenntnis nähme, wird dabei nicht erörtert.)

Jenseits davon kann es philosophisch werden. Das läuft dann auf die gute alte Güterabwägung hinaus: die energetische Unersättlichkeit unserer Zivilisation gegen das Leben von weltweit verstreuten und letzten Endes unbrauchbaren Kanaken - wer kann bei solcher Entscheidung zögern? (Es mag interessieren, daß Dr. Jochen Holzer, langjähriger Chef der Bayernwerke und der Viag, in einem Brief an mich sowohl Argument eins wie Argument drei verwendet hat, obwohl sich die

eigentlich gegenseitig ausschließen.) Geschickte Disputanten werden sich auch zunächst vor dem stichhaltigen ethischen Argument verbeugen und es dann sofort ersticken, indem sie es für den Rest der verfügbaren Zeit mit dem üblichen Gerede von Standort, Grundlast und Preisvergleich überrollen. Alle fühlen sich dabei relativ sicher, weil sie sich zu diesem Punkt der Mehrzahl der Kernkraftgegner höchst selten stellen müssen. Der hiesige Anti-Atom Aktivist schleppt ja, ob er es weiß oder nicht, sein eigenes Päckchen Seelen-Imperialismus mit herum, das ihm die Gefahrenmöglichkeiten im eigenen Land lebhaft vorstellt, während die stete Genozidwirklichkeit in TubaCity, Arizona, oder im australischen Outback kaum an sein Gemüt herankommt. Mit anderen Worten: Er gehört der nämlichen Zivilisation an wie sein Gegenüber im AKW-Lager. An dieser Zivilisation hat sich in den letzten zweihundert oder fünfhundert Jahren nichts geändert, jedenfalls nichts Wesentliches. "Ihr Wesen ist packend und scharfsichtig" erfaßt in Joseph Conrads Roman "Herz der Finsternis", "die grausigen Geschehnisse im Inneren Afrikas sind es, die auf der fernen Insel... auf dem Kleinod in der Silbersee, die hohe Moralität und Sensibilität des viktorianischen Zeitalters, seinen nur von hausgemachten moralischen Schattierungen belebten Wohlstand ermöglichen."

Die frommen Frauen der Sklavenhändler und Plantagenherren haben bestimmt seit Cortés' und Pizarros Zeiten im Kirchenchor gesungen und sich mit Beichtvätern über die Feinheiten ihres Seelenhaushalts ausgesprochen. Und es ist zu bezweifeln, ob Leopold von Belgien nachts in Brüssel von den abgehackten Händen der Kongoarbeiter träumte, die ihr Soll nicht erfüllten. Unsere gegenwärtige Gesellschaft ist vielleicht etwas grobkörniger als die des 19. Jahrhunderts - aber das, worauf wir uns nicht wenig einbilden, nämlich das Ende der kolonialen Bestialität, ist eben nichts als das: eine grundlose Einbildung. Wir hacken vielleicht keine Hände mehr ab, wir vergiften die Indianer nicht mehr mit Feuerwasser und pockeninfizierten Decken, aber wir bescheren ihnen dafür raffiniertere Malaisen, die der Produktionsfaktor Wissenschaft halt so als Risiko und Nebenwirkung hervorbringt. Sie haben die Nebenwirkungen, wir die umweltfreundliche, klimaschonende, preiswerte Fülle der Kernenergie. So soll es auch, wenn es nach den güterabwägenden Herren geht, noch möglichst lange bleiben: "Regierungen kommen und gehen, aber die deutsche Kernkraft die bleibt bestehen", wie es Wilfried Steuer, der Präsident des Deutschen Atomforums, so kernig formulierte.

Gift für die Welt

Und eben deshalb ist es dringlich, uns die Wirklichkeit

der Finsternis vor Augen zu stellen. Eben deshalb ist es geboten, neben der Vermessenheit des "Entsorgungs"-Nebels die handfeste Verdrängung des permanenten Genozids durch Uranförderung zu thematisieren.

Ich wünsche allen Funktionären und politischen Büchsenspannern der Atomkraftwerke ein möglichst enges Zusammenleben mit dieser finsteren Wirklichkeit. Ich wünsche Herrn Majewski von den Bayernwerken, daß er morgens, wenn er sich beim Rasieren im Spiegel betrachtet, hinter seiner linken Schulter das aschgraue Gesicht eines leukämiekrankenYakimah-Indianers sieht. Ich wünsche dem baverischen Wirtschaftsminister Wiesheu in gleicher Lage das Gesicht einer sterbenden australischen Ureinwohnerin. Und Herrn Steuer, dem kühnen Vorkämpfer der steckengebliebenen Moderne, wünsche ich deren zwei - eines links, eines rechts hinter seinen Schultern, wenn er den Scherkopf ansetzt. Zwei Lichtlein lassen sich vielleicht anstecken in der Finsternis - das erste am Rohstoffende: Yvonne Margarula vom Stamm der Mirrar, einem Aborigine-Volk in Australien, hat für ihren Widerstand gegen die Eröffnung der Uranmine im Kakadu-Nationalpark im Herbst 1998 den ersten "Nuclear Free Future Award" erhalten - traditionsbewußt in Salzburg, dem Ort der Anhörung von 1992. Das zweite Lichtlein, am ganz anderen, am Konsumenten-Ende: die Gemeinde Schoenau im Schwarz-

menten-Ende: die Gemeinde Schoenau im Schwarzwald, die sich vom Zwang des Atomstromkonsums durch Kauf des Stromnetzes befreit hat, betreibt ihr eigenes E-Werk und ist im Augenblick eine führende Maklerin im Verkauf von Naturstrom in Deutschland. Ich habe dort 1.000 Kilowattstunden gut, vielleicht kaufe ich noch mehr, um mir das zweite Gesicht im Rasierspiegel zu ersparen.

Carl Amery, Jahrgang 1922, Studium der Sprachen und Literaturwissenschaft, Mitglied der Gruppe 47, von 1989 bis 1991 Präsident des P.E.N.-Club der Bundesrepublik Deutschland (Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors)

zuletzt erschienene Bücher:

Die Botschaft des Jahrtausends. Von Leben, Tod und Würde, 1994

Hitler als Vorläufer. Auschwitz der Beginn des 21. Jahrhunderts, 1998

Klimawechsel. Von der fossilen zur solaren Kultur, 2001 (zusammen mit Hermann Scheer)

Global Exit. Die Kirchen und der totale Markt, 2002

Spezialinfo zu Carl Amery: www.umweltdebatte.de

Was will China mit der Hanauer Atomfabrik?

100 neue AKWs in China...

Franz Alt

Warum will China unbedingt die Hanauer Atomfabrik von Siemens? Weshalb spielt Gerhard Schröder bei diesem Geschäft den billigen Jakob und warum schweigen die grünen Bundesminister zu diesem Deal? Und welches Interesse hat Siemens daran, eine Mox-Brennelemente-Fabrik, deren Bau 700 Millionen Euro gekostet hat, für 50 Millionen zu verscherbeln?

Am einfachsten ist die Antwort bei Gerhard Schröder. Er hat sich wohl am wenigsten dabei gedacht außer: Wenn dadurch die deutsche Wirtschaft langfristig ins große Chinageschäft einsteigt, dann soll eine kleine Exportgenehmigung dabei gerne den Türöffner spielen. Und die Grünen sind in der Bundesregierung einfach zu hasenfüßig, um auf die große Chance der erneuerbaren Energien für Chinas künftige Energieversorgung aufmerksam zu machen. Auch die Grünen übersehen, dass China inzwischen weltweit führend ist bei der Produktion von Sonnenkollektoren. Allein im Jahr 2002 wurden auf Chinas Dächern 10 Millionen Quadratmeter Sonnenkollektoren installiert - in Deutschland eine halbe Million. In der Zwei-Millionen-Stadt Kunming zum Beispiel sieht man fast kein Haus mehr ohne Sonnenkollektoren. In Chinas Regierung tobt ein Machtkampf zwischen einer Sonnenenergie- und einer Atomenergiefraktion. Vor diesem Hintergrund war Schröders flotte Zusage in China nicht nur leichtfertig, sie war leichtsinnig.

China mit acht bis 10 Prozent jährlichem Wirtschaftswachstum braucht in den nächsten Jahrzehnten pro Jahr zusätzlich Energie aus drei weiteren großen Kraftwerken. Heute befriedigt das Riesenreich seinen wachsenden Energiehunger zu 80 Prozent mit Energie aus Kohle. Diese Quelle ist aber aus Klimaschutzgründen ausgereizt und steht ebenso wie Öl und Gas in wenigen Jahrzehnten ohnehin nicht mehr zu Verfügung, weil die Vorräte verbraucht sein werden.

Wer 2003 in Chinas Millionenstädten unterwegs war, hat die katastrophale Luftqualität erlebt und erfahren können, dass die Proteste dagegen aus der Bevölkerung zunehmen. Schon heute fehlt es im Reich der Mitte hinten und vorn an Energie. Besonders an der wachstumsstarken Ost- und Südostküste Chinas gibt es zunehmend Stromausfälle, auch in Chinas Boom-Town Shanghai mit 14 Millionen Einwohnern. Ganze Fabriken müssen wegen Stromausfall oft tagelang stillgelegt werden. Bleiben also langfristig nur die erneu-

erbaren Energien oder die Atomenergie als Zukunftsoption übrig. Aber auch die weltweiten Uranvorkommen zum Betrieb von AKWs - so der Weltenergierat in Paris - werden in etwa 45 bis 50 Jahren aufgebraucht sein.

Es gibt eine vage Möglichkeit, das Atomzeitalter zu verlängern. Atomfreunde, die langfristig denken, müssen auf den Schnellen Brüter setzen. Damit lässt sich das atomare Brennstoffpotenzial verlängern. Zudem hat die Atomfabrik aus Hanau auch noch den Vorteil, dass die Atommacht China kostengünstig Atomwaffenmaterial produzieren kann. Dafür ist die MOX-Brennelemente-Technologie aus Deutschland bestens geeignet. Für den schnellen Brüter aus Hanau 50 Millionen Euro zu bezahlen - das ist geschenkt. Der SPD-Energieexperte Hermann Scheer vermutet, dass eine solche Anlage selbst zu konstruieren die Chinesen das Zwanzigfache kosten würde.

Die Endlichkeit der fossilen Energiequellen ist so wenig bestreitbar, wie die Gefährlichkeit von Atomanlagen durch das atomare Restrisiko - also jenes Risiko, das uns täglich "den Rest" geben kann. Ebenso ungeklärt und wahrscheinlich niemals zu klären ist die Frage der Entsorgung des Atommülls, der viele 10.000 Jahre strahlt. Hinzu kommt, dass Terroristen in ihrer zunehmenden Verzweiflung damit spekulieren, dass die heutigen 430 Atomkraftwerke weltweit 430 Angriffsziele für sie sind. Sollen in dieser Situation in China tatsächlich nochmal 100 AKWs gebaut werden? Muss, wer gegen die Pest des Treibhauseffektes ist, wirklich für die Cholera der Atomenergie sein? Jedes AKW irgendwo auf der Welt, ist eine Gefahr für die ganze Welt. Wollen wir den Lernprozess aus Tschernobyl so rasch vergessen und verdrängen? Nur weil 16 Jahre nichts oder fast nichts passierte?

Atom oder Sonne? Das wird die Schicksalsfrage des 21. Jahrhunderts werden. Sie wird in China beantwortet. Japan hat in den letzten 10 Jahren gezeigt, wie rasch der Markt für direkten Solarstrom aus photovoltaischen Anlagen wachsen kann, Österreich hat dank eines Volksentscheides vor 25 Jahren kein einziges AKW und gewinnt heute schon 23 Prozent seiner Primärenergie aus erneuerbaren Quellen; hauptsächlich aus Wasserkraft und Biomasse. Deutschland ist Windenergie-Weltmeister und hat schon heute mehr Arbeitsplätze durch Technologien zur Gewinnung von erneuerbaren Energien als bei Kohle und Atom zusammen. 15.000 Windmühlen ersetzen fünf AKWs.

Soeben - am 1. Januar - hat die Bundesregierung ihr Erneuerbare-Energien-Gesetz für den Bereich Photovoltaikstrom nochmals verbessert - mit Zustimmung der CDU/CSU. Das ist ein Hoffnungszeichen. Und in diesen Tagen schaltet die Bundesregierung deutschlandweit diese Anzeige zugunsten der erneuerbaren Energien: "Deutschland hat unendlich viel Energie: Wasserkraft, Biomasse, Sonnenenergie, Geothermie, Windenergie." Das gilt für alle 200 Länder dieser Welt. Allein die Sonne schickt uns 15.000 mal mehr Energie als zur Zeit alle Menschen verbrauchen. Und das macht sie noch viereinhalb Milliarden Jahre kostenlos. Wir haben beste Voraussetzungen für eine solare Weltwirtschaft und eine solare Weltkultur. Damit würde die ganze Welt erneuerbar.

Seit acht Wochen macht ausgerechnet Arnold Schwarzenegger in Kalifornien Furore mit seiner Ankündigung, bis zum Jahr 2020 bereits 33 Prozent des Stroms im Sonnenstaat der USA aus erneuerbaren Quellen produzieren und solaren Wasserstoff für Autos im großen Stil einführen zu wollen. Der überraschend grüne Schwarzenegger hat beim Ausbau der Erneuerbaren Energien ehrgeizigere Ziele als Rot-Grün in Berlin. Sein Hauptargument neben dem Klimaschutz: Neue zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Sonne, Wind, Wasser, Biomasse, Biogas, Geothermie sowie Wellen- und Strömungsenergie der Ozeane können schon in wenigen Jahrzehnten den Energiebedarf Chinas und der ganzen Menschheit nicht nur für einige Jahrzehnte, sondern für alle Zeit decken: preisgünstiger als heute, wenn die Folgekosten der alten Energieträger mitberechnet werden. Umweltfreundlich, ohne gefährliche Atomenergie und ohne Kriege um Öl.

China mit beinahe einem Viertel der Menschheit wird bei der Energiewende eine zentrale Rolle spielen. Es ist kein Zufall, dass die Welt-Windkonferenz 2004 in Peking stattfindet. In China könnten 150.000 Windräder 100 Atomkraftwerke ersetzen. Noch sind Pekings Weichen nicht endgültig in Richtung Atomstaat gestellt. Vor allem vor diesem Hintergrund sollte die rotgrüne Bundesregierung ihr Geschäft mit China nochmals überdenken. Welche Fraktion innerhalb der chinesischem Regierung will Rot-Grün unterstützen: Die Freunde der erneuerbaren Energien oder tatsächlich die Atomfraktion?

Franz Alt war 20 Jahre Moderator von "Report" und moderierte zuletzt Sendungen über gesellschaftliche Zukunftsthemen. Oft behandelte er ökologische Zusammenhänge.

Mehr zum Autor unter: www.sonnenseite.com

zuletzt erschiene Bücher:

Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne, 2002 Wege zur ökologischen Zeitenwende (zusammen mit Rudolf Bahro und Marko Ferst), 2002 Argarwende jetzt. Gesunde Lebensmittel für alle, 2001

Für oder gegen die Umwelt

Eindrücke von der Umweltkonferenz der Grünen am 8,2.2004 in Berlin.

Götz Brandt

Auch Umweltminister Klaus Müller (S-H) stutzte bei der Themenstellung "Neue Infrastrukturen für die Umwelt". Infrastruktur macht fast immer Schaden in der Umwelt, ist also "gegen" und nicht "für". Aber auf der Konferenz wurden gar keine "neuen Infrastrukturen" vorgestellt, sondern um Vor- und Nachteile bekannter Infrastrukturen gestritten.

Überschattet wird der Kampf der Grünen um umweltfreundliche Infrastrukturen durch "den permanenten Druck zur Liberalisierung und Deregulierung der Dienstleistungen", so Minister Trittin im Eröffnungsreferat. Prof. Radermacher (Mitglied des Club of Rome und Bahnbeiratsmitglied), der ebenfalls ein Hauptreferat hielt, klärte die Grünen über die Ziele der Unternehmer auf. Der Markt sorge nur für Effizienz und kurzfristige Rendite. An einer Umverteilung zum sozialen Ausgleich oder für Umweltaufgaben hat der Markt kein Interesse. Die Globalisierung zwinge nun mal zum Rückbau der Sozialleistungen gegen die Mehrheit der Bevölkerung, egal wer regiert und das sollte man den Wählern ehrlich sagen. Den Rückbau, der stattfindet und unvermeidlich sei, könne man nur "intelligent" machen, woran es hapere. Aber wir können nicht vernünftig handeln, wenn die USA unvernünftig sind und Raubbau und Umweltzerstörung vorantreiben. Es gab keinen Widerspruch zu dieser Analyse. Nur ein Teilnehmer fragte Minister Trittin, warum unsere Regierung nicht ehrlich wäre und das den Menschen sagt. Er erhielt keine Antwort.

Bei der Liberalisierung der Dienstleistungen soll nach Minister Trittin das "Lebensmittel Wasser" auf keinen Fall dem "betriebswirtschaftlichen Kalkül" unterworfen werden und in kommunaler Hand bleiben, was Beifall auslöste. Die Abfallentsorgung ist bereits zu etwa 80% in privater Hand, und hier käme es darauf an, Rahmenrichtlinien für die Umwelt dem Profitstreben entgegenzusetzen. In NRW wird zur Kontrolle und Überwachung im Ministerium eine "Umweltkriminalstabsstelle" eingerichtet. Ministerin Bärbel Höhn, die ein Zahlenfeuerwerk über die Erfolge ihrer 9 Jahre Amtszeit vortrug, berichtete auch über die Förderung von 4 großen mechanisch-biologischen Mülltrennanlagen, die die 16 Verbrennungsanlagen, die 1 Mio t Überkapazität haben, zukünftig ablösen sollen.

Verkehrspolitik hat nach Trittin auch die Aufgabe, dass Alte, Kinder, Behinderte und sozial Schwache, die kein Auto haben, am Leben der Gesellschaft teilhaben können. Deshalb muss "die Bahninfrastruktur in die Breite entwickelt werden". Kontraproduktiv sei der Ausbau weiterer Regionalflughäfen, wie sie Ministerpräsident Koch (CDU) gefordert hat und skandalös sei das Versagen der deutschen Industrie bei der Mauteinführung, weil dadurch Mittel für eine neue Verkehrspolitik fehlen. Ab 2005 werden ÖPNV-Systeme europaweit ausgeschrieben, und davon erhofft man sich Wettbewerbsvorteile gegenüber der Straße.

Die Energiewirtschaft ist im Umbruch, denn in den nächsten Jahrzehnten müssen etwa 40000 KW Kraftwerksleistung ersetzt werden, 50% der Gesamtkapazität. Das ist eine Chance, um den Kohlendioxidsausstoß bis 2050 entscheidend zu senken. Damit die Klimaerwärmung bis dahin nicht über 2°C ansteigt, so Regine Günther (WWF), dürfen keine Kohlekraftwerke mehr gebaut werden, auch wenn die Industrie eine Senkung des Kohlendioxidausstoßes um 30% bei neuen Werken verspricht. Noch hätten wir die Chance einer langfristigen Planung, die aber der Kanzler zunichte macht, weil er in Absprache mit den Energiekonzernen neue Kohlekraftwerke bauen lassen will. Nicht einmal der Ersatz von Kohlekraftwerken durch Erdgaskraftwerke kann uns retten. Denn wenn die durchschnittliche Jahrestemperatur gar über 3°C ansteigt, dann wird es für das Menschengeschlecht kritisch. Die Forderung des WWF ist daher: nur noch Windenergie und Bioenergie als Ersatzkraftwerke die eine intelligente Netzpolitik zu virtuellen Kraftwerken zusammenschließt. Aber da nur wenige Unternehmen den Markt beherrschen und die in einer technologischen Tradition stehen und der Unterstützung durch die SPD sicher sind, wird es keine Energiewende geben.

Daher wird ab 1.6.2004 eine Wettbewerbsbehörde geschaffen, die die Kartelle der Energieriesen aufbrechen und Erzeuger und Netz trennen soll. Regulieren, um Wettbewerb herzustellen, ist das Ziel. Peter Kurth, der Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post, soll nun auch den Strom- und Gasmarkt regulieren, aber nur die Netze und nicht die Produktion. Er schilderte im dritten Hauptreferat seine Erfahrungen bei der Herstellung fairer Wettbewerbsbedingungen, die die Industriekartelle nicht wollen. Zuerst wird erklärt, "das geht physikalisch nicht", dann "geht es technisch nicht" und als letztes Argument "dann brechen die Netze zusammen", wenn Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden sollen. Deregulierung wird immer nur vom Staat und den Kommunen verlangt und die Industrie will ihre Monopolstellungen behalten und verlangt "einen angemessenen Zinssatz" bei der Festlegung von Nutzungsentgelten für die Netze. Die Grünen staunen, dass die Unternehmer gar keinen Wettbewerb und freie Marktwirtschaft wollen, lieber sind ihnen Konzernabsprachen und Monopoldiktatur.

Kritisiert wurde von Minister Trittin, dass die Industrie ihre zugesagten und unterschriebenen Selbstverpflich-

tungen zur Reduzierung der Kohlendioxidreduktion nicht einhält und ihre Ziele bei weitem verfehlt. Hier zeigt sich wieder einmal, dass die Politik der Bundesregierung, der Industrie nur Selbstverpflichtungen abzuverlangen, keine Wirkung zeigt, was auch auf anderen Gebieten der Fall ist.

Klar geworden ist auf dieser Konferenz, dass die "Energiewende" und die "Verkehrswende" der Grünen als Gegner den entfesselten globalisierenden Kapitalismus hat, dem Umweltprobleme lästig sind, weil sie den Profit schmälern.

In 50 Jahren ist alles vorbei

Götz Brandt

Was Otto Reutter für ein Einzelschicksal besang, gilt heute für die Menschheit, zumindest für die Bevölkerung der Industrienationen. Zukunftsforscher haben die Höllenszenarien aufgelistet, die unsere Enkel erwarten: Klimaveränderung und damit Wärmetod, Übervölkerung und damit Hungertod, Umweltverschmutzung und damit Ökotod, Rohstoffkriege und damit Atomtod, Kollaps des neoliberalen Kapitalismus durch Rohstoffmangel.

Dem letzteren Problem wollen wir uns zuwenden, wenn auch niemand sagen kann, ob diese Katastrophe zuerst eintritt. Es gibt aber wissenschaftliche Berechnungen, wann die Rohstoffe, ohne die die Industrie nicht produzieren kann, zu Ende gehen. In 50 Jahren wird es erhebliche Probleme bei der Förderung von Rohstoffen geben. Wahrscheinlich ist aber, dass in 50 - 70 Jahren fast gleichzeitig drei Grenzen erreicht werden: Die Umweltgrenze, die Rohstoffgrenze und die Energiegrenze.

Den ersten Warnschuss erhielten die Industriegesellschaften durch den Bericht des Club of Rome 1972 "Die Grenzen des Wachstums". In diesem Bericht wurde auf die Endlichkeit der Rohstoffe hingewiesen. Als nach 20 Jahren noch kein Unternehmer und keine Regierung diesen Bericht ernst genommen hatten und nach wie vor Wachstum gepredigt wurde, hat der Club of Rome einen neuen Bericht 1992 "Die neuen Grenzen des Wachstums" veröffentlicht. Angesichts der Tatsache, dass Politik und Wirtschaft voll damit beschäftigt sind, die Krise noch zu verschärfen und 80% aller fertigen Produkte nach einmaliger Benutzung weggeworfen werden, war im zweiten Bericht eine Effizienzrevolution vorgeschlagen worden.

Die Ressourcenproduktivität sollte vervierfacht werden, um den Naturverbrauch zu halbieren und den Wohlstand zu verdoppeln. Schmackhaft wurde die vorgeschlagene "Effizienzrevolution" den Unternehmern damit gemacht, dass sie trotzdem rentabel wären. Es wurden 50 Beispiele gebracht, wie das möglich wäre, aber gleichzeitig eingeschätzt, dass "viele der Ideen und Produkte, die wir in diesem Buch vorstellen, … auf den Weltmärkten unter heutigen Bedingungen noch nicht so rentabel sind, dass sich massive Kapitaleinsätze sofort auszahlen würden". "Das Kapital sucht Plätze höchster Gewinnspannen" und die bieten sich nach dem Club of Rome in den phantastischen Möglichkeiten im Bereich der Ressourcenausbeutung.

Weizsäcker, einer der Verfasser des Berichtes, kommt zu dem Schluss: "Leider treten wir damit allen auf die Füße" und weiter: "Selbst objektiv verfügbare Potentiale von Ressourceneffizienz werden von den Kapitaleignern links liegen gelassen, wenn sie noch die Chance haben, ihre Investitionen gewinnbringend abzuschreiben".

Von den Kapitaleignern ist also nicht zu erwarten, dass ein Kurswechsel erfolgt und der Rohstoffverbrauch auf ein Zehntel gesenkt wird, was notwendig ist, um auch späteren Generationen wenigstens etwas von den Rohstoffen übrig zu lassen. "Der begrenzte Zeithorizont der Wirtschaft - Zeit, in der sich Kapital rentiert - ist identisch mit ihrer Gewissenlosigkeit im Umgang mit der Natur und den Nachkommen. Dabei ist zu beachten, dass heute 10 Jahre für ein Jahrhundert und mehr in früheren Epochen steht (Gruhl, H.).

Die Horrorszenarien gelten vor allem für die Nordamerikaner und Europäer. Sie verbrauchen 80% der Weltressourcen bei nur 20% der Bevölkerung. Im Jahre 2000 verfügten nur 16% der Weltbevölkerung über 67% aller in der Welt produzierten Güter und Dienstleistungen. Die reichsten Länder mit lediglich 15% der Weltbevölkerung kontrollieren 80% des Welteinkommens. 50% der Weltbevölkerung erhalten lediglich 5% des Welteinkommens. In unserer heutigen Welt müssen 85% der Menschheit in Armut oder absolutem Elend leben, damit 12% in guten Verhältnissen leben (wozu auch wir gehören) und 2-3% ihren Reichtum genießen können. (Fonseca, R.).

Die Katastrophen, die auf uns zukommen, treffen vor allem die Industrienationen, die ihren Besitzstand durch weitere Ausbeutung der Dritten Welt wahren wollen. "Es wird geschätzt, dass die ländliche Bevölkerung der Dritten Welt 90% ihrer Bedürfnisse durch die in ihrer Region befindlichen biologischen Vorkommen abdeckt und 60% der Weltbevölkerung essentiell von Selbstversorgung abhängt, sowie 80% von ihnen Heilpflanzen zur Gesundheitsvorsorge nutzen" (Jörg, C.)

Die Industriegesellschaften produzieren dagegen fast vollständig auf der Grundlage von nichterneuerbaren Rohstoffen, zumeist Importe. Die Rohstoffkatastrophe wird zu allererst die USA-Industrie treffen, weil sie den größten Anteil am Rohstoffverbrauch hatten. In Prozent am Gesamtverbrauch auf der Welt hatten die USA 1977 folgenden Anteil: Erdgas 63, Kohle 44, Aluminium 42, Molybdän 40, Nickel 38, Erdöl und Kupfer 33, Kobalt 32, Platingruppe 31, Eisen 28, Silber Gold und Zink 26, Blei 25, Zinn und Quecksilber 24: Bei nur wenigen Rohstoffen reicht die eigene Produktion zur

Befriedigung dieses Bedarfes aus (Schuhmacher, E. F.). Diese Situation, die sich in den vergangenen 25 Jahren noch verschärft hat, erklärt die militärische Invasion in "Terroristenländern", die diese Rohstoffe besitzen.

Das wesentliche Rohstoffproblem ist die Energieversorgung. Das jährlich nachwachsende Holz als erneuerbare Energiequelle reicht beim heutigen Lebensstandard für etwa 1 Mrd. Erdenbewohner aus. Es sind bekanntlich sechsmal mehr.

Wie lange reichen noch die fossilen Brennstoffe? In der historischen Perspektive begann der Energieverbrauch erst um 1850 merkbar zu wachsen. Innerhalb von 90 Jahren vervierfachte er sich bis 1940. Erst nach dem 2. Weltkrieg begann der Energieverbrauch an Kohle, Erdöl und Erdgas exponentiell zu wachsen und verfünffachte sich in nur 35 Jahren. Die fossilen Brennstoffe reichen beim gegenwärtigen Verbrauch noch etwa 150 Jahre, wobei Erdöl und Erdgas in etwa 60 Jahren zur Neige gehen. Letztere decken zurzeit etwa ²/₃ des Energiebedarfs.

Die Kohlevorräte reichen zwar noch länger, aber sie werden dann nach dem Ende der Ölausbeute verstärkt genutzt und mit ihrer Kohlendioxidproduktion die Atmosphäre überlasten.

Seit 1945 hat sich der Brennstoffverbrauch verdreifacht, und in den nächsten 30 Jahren wird er sich von jährlich 7 Mrd. t Steinkohleeinheiten wiederum verdreifachen auf 21 Mrd. t (Schuhmacher, E. F.)

Nur 5% der weltweit erzeugten Energie ist nuklearen Ursprungs. Selbst wenn sie in den nächsten 40 Jahren verdreifacht würde, dann wären es nur 7,5% Anteil an der Weltenergieproduktion. Uran wird gleichzeitig wie die fossilen Brennstoffe erschöpft sein und noch etwa 50 Jahre zur Verfügung stehen. Also auch diese Energiequelle ist nicht unerschöpflich. Außerdem hat noch keine Nation das Problem der nuklearen Abfälle gelöst, die noch 25000 Jahre strahlen werden.

Nun gibt es Kritiker der Berichte des Clubs of Rome, die sagen, dass es in der Erdrinde noch Mineralien für tausende Jahre gibt, und man solle die Situation nicht so dramatisieren. Sie vergessen aber, dass die Rohstoffe immer schwerer zugänglich werden, ihr Konzentrationsgrad abnimmt und deshalb höhere Ausbeutungskosten entstehen und damit höhere Rohstoffpreise. "Erschöpft" ist eine Ressource auch dann, wenn sie "unzugänglich oder unerschwinglich teuer" geworden ist (Sakar, S.). Jedenfalls werden die reichsten Vorkommen mit hohem Konzentrationsgrad in 50 Jahren aufgebraucht sein. Es kommt der Zeitpunkt, an dem es mehr Energie erfordern wird, Erdöl und Erdgas zu fördern als im geförderten Rohstoff enthalten sein wird (Trainer). Selbst wenn die Rohstoffvorräte doppelt so groß sind, wie zur zeit angenommen,dann könnte die Industrieproduktion eben noch 20 Jahre länger "wachsen" und der Rohstoffmangel würde sich dann um so deutlicher und schneller einstellen.

Nun wird einwendet, dass uns ja die unerschöpfliche Sonnenenergie zur Verfügung steht und die ersten Solaranlagen schon produzieren. Aber man muss hier zwischen "machbaren" und "lebensfähigen" Technologien unterscheiden (Georgescu-Roegen). Lebensfähig ist eine Technologie, die sich selbst reproduzieren kann. Wenn eine Technologie mehr Energie einer anderen Form verbraucht, als sie direkt produziert, dann ist sie zwar machbar, aber nicht lebensfähig.

Erst wenn ein Solarkraftwerk die Fabrikanlagen betreiben kann, die die gesamte Ausrüstung eines Solarkraftwerkes der gleichen Kapazität und den Ersatz für die eigenen verschlissenen Produktionsmittel herstellt, dann ist es lebensfähig. Dafür wurde bisher der Beweis noch nicht erbracht. Die Energierücklaufzeiten (energy payback time) müssen unter Einbeziehung aller Aufwendungen "von der Wiege bis zur Bahre" errechnet werden (Schmidt, Bleck).

Die gesamten Kosten des Atomstromes einschließlich Abbau der verschlissene Werke und der 25000 Jahre langen Lagerung der strahlenden Abfälle lassen diese Energiegewinnung dann völlig unrentabel erscheinen. Am ehesten wird noch die Biogasgewinnung aus biologischen Abfallstoffen "lebensfähig" sein, weil hier die Sonnenenergie durch die Pflanzen gesammelt wird und nicht durch Kollektoren.

Kunststoffe können nur aus Erdöl hergestellt werden, es sei, die Gentechnik bringt eine Thermoplastproduktion in Maispflanzen zustande. Kunststoffe haben in der Herstellung einen hohen Energiebedarf: Polyäthylen bis zu 14750 kwh, Polystyrol bis 5600 kwh und PVC bis 2000 kwh je Tonne. Auch hier ist dann ein Ende der Produktion abzusehen.

Auch die Landwirtschaft verbraucht endliche Naturschätze. Besonders nach dem 2. Weltkrieg stieg der Mineraldünger- und Pestizidverbrauch stark an, er verdreifachte sich. Die 4 wichtigen Düngemittel sind Kali, Phosphor, Stickstoff und Kalk. Die Kalivorräte reichen noch etwa 50 Jahre, wohingegen Rohphosphat noch etwa 400 Jahre zur Verfügung steht.

Dagegen wird zur Stickstoffproduktion viel Energie gebraucht. 1 Tonne Stickstoff benötigt 1 Tonne Erdöl und 300 Kwh Strom. Wenn dann noch etwa die Hälfte des Stickstoffdüngers verloren geht und sich im Grundwasser wieder findet, wird auch hier die Endlichkeit dieses aus der Luft gewonnenen Rohstoffes durch die künftige Energieknappheit deutlich. Der globale Verbrauch an Düngemitteln steigt gegenwärtig exponentiell. Nach der UNO-Statistik ist heute der Düngemitteleinsatz rund 15mal höher als am Ende des 2. Weltkrieges.

Die Energiezufuhr zur Landwirtschaft ist gegenwärtig 1 cal Energie für 1 cal Nahrung. Weizsäcker ist sogar der Meinung: "Heute verbraucht die moderne Landwirtschaft viel mehr Energie, als wir nachher in Kalorienform zu uns nehmen". Und weiter: "Für fleischreiche Kost liegt die Energieproduktivität bei etwa einem Zehntel, d.h. für 1 cal auf dem Teller werden 10 cal investiert."

Ohne industrielle Landwirtschaft könnten nur etwa 1,5 Mrd. Menschen auf der Erde ernährt werden, soviel

wie um 1850 (1,262 Mrd.), als es noch keine Mineraldünger und Pestizide gab und Pferde und Ochsen die Ackerarbeit verrichteten.

Es besteht auch kaum Hoffnung, die auf der Erde noch vorhandenen Bodenreserven in Nutzung zu nehmen. Es sind 3 - 4 Mrd. ha "bebaubar", aber 1,5 Mrd. ha sind nur bebaut. Aber was jährlich urbar gemacht wird, geht anderenorts durch Erosion, Versalzung und Wüstenbildung wieder verloren.

Aus den vorgelegten Zahlenmaterial geht eindeutig hervor, dass auf industrielles Wachstum nicht nur verzichtet werden muss, sondern dass der Ressourcenverbrauch um 90 % zurückgefahren werden muss. Jetzt gehen wir den Weg der Selbstvernichtung. "Die Menschheit ist bereits in der Lage eines Abgestürzten, es geht nur noch darum, den Aufprall sanfter zu gestalten" (Meadows). "Es ist bereits zu spät", sagt Töpfer im UNO-Bericht über den Zustand der Umwelt. Eine bewusste wirtschaftliche Schrumpfung ist unausweichlich, die aber niemand in die Armut stößt. Wir müssen uns auf eine neue Definition von "Wohlstand" bei viel weniger Verbrauch von materiellen Gütern einstellen. Dem steht die kapitalistische Produktionsweise entgegen. Engels sagte: "Die kapitalistische Produktion kann nicht stabil werden, sie muss wachsen und sich ausdehnen oder sie muss sterben". "Aber Maßnahmen, das bestehende System in Frage zu stellen, sind nicht durchsetzbar" (Brunnengräber). Alle Parteien, auch die PDS, sind sich einig, dass nur endloses Wachstum Stabilität bringt. Dabei müsste heute jedem klar sein, dass nur sorgfältiges Haushalten der Schlüssel zum Überleben

Gruhl sieht das Ende der Menschheit so: "Hat die Industrie keine Rohstoffe und keine Energie mehr, kann sie nicht mehr produzieren. Für die Arbeiter gibt es keine Verwendung mehr. Sie werden kein Leben in Armut führen, sondern sie werden umkommen". Das ist eine sehr düstere Prognose. Aber im Prinzip richtig, denn wir können nur das in Zukunft verbrauchen, was jährlich wächst oder sich sonst irgendwie erneuert. Raubbau ist nur ein einziges Mal möglich. Entweder wir geben jetzt schon etwas von unserem Besitzstand auf oder wir überlassen unsere Enkel dem Chaos.

Viele Autoren, die den Ressourcenverbrauch untersucht haben, sind der Meinung, dass Industrialisierung und Kapitalismus - zwei Erfindungen Europas - Fehlentwicklungen sind, die den Untergang der gesamten Menschheit zur Folge haben können. Dem Wohlstand für einen sehr kleinen Teil der Menschheit für die Dauer von etwa hundert Jahren, einer historisch gesehen sehr kurzen Zeit, folgt der Katzenjammer: Umwelt zerstört, Rohstoffe verbraucht, zu wenig Nahrungsmittel. Der Aufprall wird hart.

Ein Ausweg wäre, einen Ökosozialismus einzuführen, wie er von frühen Grünen und heute von Saral Sakar in seinem Buch "Die nachhaltige Gesellschaft - Eine kritische Analyse der Systemalternativen" vertreten wird. Dafür tritt die Ökologische Plattform bei der PDS ein.

Das Moorschutzprogramm in Mecklenburg-Vorpommern

Auszug aus der Universitätsstudie zur Umweltpolitik in Mecklenburg-Vorpommern seit 1998

Marko Ferst

Mit dem Ende der Eiszeit vor 12.000 Jahren entstanden in den Küstengebieten Europas zahlreiche Moore. In den vergangenen 200 Jahren wurden viele dieser Feuchtgebiete trocken gelegt, so daß nur noch Reste davon erhalten sind. In diesem Ökosystem gibt es im Vergleich zu anderen heimischen Landschaften eine sehr hohe Biodiversität; viele Pflanzen und Tiere, die vom Aussterben bedroht sind, finden hier ihr letztes Refugium. In lebenden, also noch wachsenden Mooren existieren über hundert seltene Pflanzenarten. Adler, Fischotter und andere gegenüber früheren Zeiten stark dezimierte Tierarten haben hier ihre Heimstatt.

Bereits im Dezember 1995 hatte der Landtag die Landesregierung beauftragt, ein wissenschaftliches Konzept zum Bestand und zur Entwicklung der Moore in Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen. 12,6 Prozent des Bundeslandes sind von Mooren bedeckt. 90 Prozent der Moorflächen des Landes, das sind 267.000 Hektar, werden durch den Menschen genutzt. Von daher war es notwendig, die Erfordernisse und die Probleme von Naturschutz und Landwirtschaft kooperativ zu behandeln. Die Flächenangaben des Umweltministers weichen von der Aussage des eben herangezogenen Agrarberichts von 2001 ab: Von den ca. 290.000 Hektar Moorfläche werden 200.000 Hektar seit langem landwirtschaftlich genutzt, so der Minister³

37.000 Hektar landwirtschaftlicher Moorflächen bedürfen der künstlichen Entwässerung durch Schöpfwerke. Sie liegen an der Küste und sind durch Hochwasser überflutungsgefährdet, da ihre Oberfläche unter dem Ostseespiegel liegt. Die Kosten für die Entwässerung und den Hochwasserschutz übersteigen oft den betriebswirtschaftlichen Wert der Flächen um ein Vielfaches.4 Am 7.3.2000 verabschiedete das Kabinett ein umfassendes Moorschutzkonzept. 28 Renaturierungsprojekte auf knapp 4500 Hektar sind seitdem durch einen beim Umweltministerium installierten Beirat angeschoben worden. Für die Maßnahmen konnten bisher 9,5 Millionen Euro bereitgestellt werden, drei Viertel davon durch die EU. Bis 2006 stehen für das Moorschutzprogramm insgesamt 28 Mill. Euro zur Verfügung. Ziel des Moorschutzprogramms ist es, in den nächsten 20 Jahren rund 75.000 Hektar der wertvollsten Moore zu sanieren.⁵ Auf der Jahrestagung der AG Grünland und Futterbau in Rostock am 29.8.2002 sprach Wolfgang Methling von 23 Renaturierungsprojekten auf inzwischen 5.000 Hektar Fläche.⁶ Bereits bis 1998 wurden auf 12.000 Hektar Mooren wieder naturnähere Wasserverhältnisse geschaffen.⁷ Diese Renaturierungen waren zumeist durch EU-Life-Projekte finanziert worden. Daraus ergaben sich Probleme, insofern die Projekte zuerst geplant wurden, dann Geld floß, aber wenn die Eigentümer der Flächen nicht einverstanden waren, Schwierigkeiten in der Umsetzung auftraten. Beim neuen Moorschutzkonzept schaffte man eine freiwillige Teilnahme der Landwirtschaftsbetriebe als Anreiz. Die Ziele sind klarer ausgewiesen, es steht mehr Geld zur Verfügung, und es ist eine differenzierte Vorgehensweise möglich. Orientiert wird auf eine Aufgabe der genutzten Flächen.⁸

Das Moorschutzprogramm wurde bereits in der Legislaturperiode vor 1998 erarbeitet, verblieb jedoch in der Schublade, die vorhergehende Landesregierung wollte das Programm nicht umsetzen. Auch in der rotroten Konstellation war der Landwirtschaftsminister zunächst nicht begeistert vom Vorgehen seines Amtskollegen im Umweltministerium. Michael Succow verweist auf die riesigen CO₂-Senken, die durch das Vernässen der Flächen und das neu beginnende Moorwachstum entstehen. Er sieht in dem Programm einen realpolitischen Ansatz, mehr Naturentwicklungsräume auszuweisen, mehr Wildnis zuzulassen. 10

Durch die Entwässerung der Moore für die landwirtschaftliche Nutzung erfolgt der Abbau der Torfbestandteile. Dabei werden Kohlenstoff und Stickstoff freigesetzt. Je nach Moorart muß mit jährlichen Höhenverlusten von 1 bis 1,7 Zentimetern gerechnet werden. Bei Ackernutzung oder tiefentwässertem Moorwald sind die jährlichen Höhenverluste mit 2-3 Zentimetern noch beträchtlicher.¹¹

Werden die Moore trockengelegt, führt der Abbau von organischer Bodensubstanz zu einer Freisetzung von Klimagasen, konkret von Kohlendioxid, Methan und Lachgas. Bezogen auf alle Moorflächen ist damit eine jährliche Emission von 5 Millionen Tonnen Treibhausgas verbunden. Durch eine maximale Vernässung aller Moore könnte dieses Potential um 4 Millionen Tonnen reduziert werden. Der Moorschutz dient also nicht nur dem Arten- und Biotopenschutz, sondern auch dem Klimaschutz.

Ein Moorgebiet kann nach den in dieser Legislaturperiode gesetzlich fixierten Regeln dann renaturiert werden, wenn die Eigentümer oder Nutzer bereit sind, sich von diesen Flächen zurückzuziehen oder diese moorschonend zu nutzen. Anlaß zum Handeln kann auch sein, wenn Moorgrünland ungenutzt bleibt. Signalisieren Wasser- und Bodenverbände, die Kosten für den Schöpfwerksbetrieb oder die Deichsanierung für die tieferliegenden Moorgebiete werden zu hoch, so führt dies ebenso zum Handeln des Landes. Ein mehrstufiges Beratungsverfahren wird in Gang gesetzt, um zu prüfen, ob das betroffene Gebiet sinnvoll renaturiert werden sollte. Schwer umsetzbare Projekte können dabei abgebrochen, einfach durchsetzbare Projekte beschleunigt werden. 14 Inzwischen gehen mehr Anträge

im Ministerium auf Teilnahme am Programm ein, als Geld zur Verfügung steht. Der Moorbeirat, der die Flächen auswählt, hat bereits die Qual der Wahl. So seien auch die Argumente der Skeptiker des Programms widerlegt, die dies nicht für möglich hielten. 15

Ende Februar 2002 fand eine Tagung mit etwa 100 Experten statt, um den bisherigen Stand beim Moorschutzprogramm auszuwerten. Streitpunkt war nach Auskunft des Umweltministers, ob bei der Wasserstandsanhebung Phosphat aus den Flächen ausgelöst wird und sich damit Nährstoffeinträge erhöhen. Komplexe Untersuchungen und Bewertungen werden vorgenommen, um dies genauer herauszufinden. Andere Wissenschaftler, wie u.a. Michael Succow, meinen, die Phosphate werden zwar ausgelöst, durch die Pflanzen aber aufgenommen und fließen deshalb nicht ab. Ein weiterer Diskussionspunkt war, es werden bei der Vernässung vermehrt die Treibhausgase Methan und Lachgas ausgestoßen. Dies gilt jedoch nur für die Phase der Umstellung, in der Fäulnisprozesse auftreten. Langfristig ist eine Reduzierung von Treibhausgasen abzusehen.16

Inhalt

Vorbemerkung 3

- I. Einleitung (Seite) 6
- II. Wahlprogramme, Koalitionsverträge und Regierungserklärung 7
- III. Nach dem Regierungswechsel: eigenes Umweltministerium wird etabliert und veränderte Schwerpunkte 12

IV. Energiepolitik

- 1. Politik für eine solare Energiewende? 15
- Windenergie 17
- Solarenergie 18
- 4. Förderung der Kernfusionsforschung 19
- V. Klimaschutz, Agenda 21 und Umweltbildung
- Klimaschutz und Agenda 21 20
- 2. Umweltbildung 22

VI. Natur- und Landschaftsschutz

- 1. Naturschutz und die Ausweisung der FFH-Gebiete
- 2. Sölleprogramm und Seensanierung 25
- 3. Alleenschutz, Kormoranbestand u.a. 25
- 4. Moorschutzprogramm 27
- 5. Der Streit um eine Großkiesgrube auf Rügen 28

VII. Land- und Forstwirtschaft

- 1. Ökologischer Umbau der Landwirtschaft 30
- 2. Gentechnik in der Landwirtschaft 31
- 3. Schweinemastanlagen im Großformat 33
- 4. Nachwachsende Rohstoffe 34

5. Entwicklungen in der Forstwirtschaft und die Waldschäden 35

VIII. Verkehrs- und Wirtschaftspolitik

- 1. Autobahnbau zieht schwere Einschnitte in die Landschaftsökologie nach sich 35
- 2. Die Rügenhochbrücke 37
- 3. Bahn und Flugverkehr 39
- 4. Umweltsicherheit im Seeverkehr auf der Ostsee 40
- 5. Abfallpolitik 42
- 6. Wirtschaft 43

IX. Abschluß

- 1. Abschließende "realpolitische" Bewertung 44
- 2. Ökologische Grundsatzfragen 46

Quellen 50

Diese Universitätsarbeit kann man lesen oder sich als PDF-Datei ausdrucken unter:

http://www.pds-online.de/partei/strukturen/ agigs/oepf.htm

Wer Schwierigkeiten hat beim Finden, der kann auch auf die Webseite www.umweltdebatte.de gehen, dort unter Leseproben braucht man nur auf den Link für die Arbeit klicken. Wer keinen Zugriff auf das Internet hat, es gibt auch ganz wenige kopierte Exemplare für 5€ Spende an die PDS und bestelle unter Tel. 03362/882986.

¹ Umweltministerium, Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern; Moorschutz. Ein Konzept zur Bestandssicherung und Entwicklung der Moore in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin,

Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern; Agrarbericht 2001 des Landes Mecklenburg-Vorpommern, http://www.mv-

regierung.de/lm/, 1.10.2002

Wolfgang Methling; Bewirtschaftung von Mooren, Grußwort, 29.8.2002, http://www.um.mv-regierung.de/ pages/rede_29_8_02.html, 28.5.2003

Wolfgang Methling; Bewirtschaftung von Mooren, Grußwort, 29.8.2002, http://www.um.mv-regierung.de/pages/rede_29_8_02.html, 28.5.2003

html, 28.5.2003

Thomas Kirschey; Methlings Moorschutz. Wiedergutmachung an melorierten Niedermooren, Neues Deutschland, 4.3.2002; Hinweis von Ilona Stadler, Pressesprecherin im Umweltministerium

Wolfgang Methling; Bewirtschaftung von Mooren, Grußwort, 29.8.2002, http://www.um.mv-regierung.de/pages/rede_29_8_02. html, 28.5.2003

ntml, 28.3.2003

Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern;Umweltbericht 1998, Schwerin, 1999, S.29

Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11.2002

Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11.2002

Michael Succow; Die Natur bleibt einzige Lebensgrundlage, Neues Deutschland, 3.12.2001

11 Umweltministerium, Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern; Moorschutz. Ein Konzept zur Bestandssicherung und Entwicklung der Moore in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin,

¹² Umweltministerium, Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern; Moorschutz. Ein Konzept zur Bestandssicherung und Entwicklung der Moore in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin,

¹³ Umweltministerium, Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern; Moorschutz. Ein Konzept zur Bestandssicherung und Entwicklung der Moore in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin,

2001, S.14 ¹⁴ Umweltministerium, Landwirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern; Moorschutz. Ein Konzept zur Bestandssicherung und Entwicklung der Moore in Mecklenburg-Vorpommern, Schwerin,

2001, S.15

15 Wolfgang Methling; Bewirtschaftung von Mooren, Grußwort, 29.8.2002, http://www.um.mv-regierung.de/ pages/rede_29_8_02.html, 28.5.2003

¹⁶ Wolfgang Methling; im Gespräch mit Marko Ferst, 29.11. 2002

Vordenker für den Naturschutz in der DDR

Unser Kurt Kretschmann wurde am 2. März 90 Jahre alt. Auch die Ökologische Plattform überbrachte Glückwünsche

Karin Lück

"Unser" - das ist nicht übertrieben. Kurt war Mitglied der SED, ist Mitglied der PDS, Ehrenmitglied der AG Umwelt beim Landesverband Brandenburg. Er ist Pazifist und Pionier und Nestor des Naturschutzes in der DDR, Gründer der Lehrstätte für Naturschutz "Müritzhof" und des "Hauses der Naturpflege" Bad Freienwalde, Praktiker, Gärtner, ein Vorbild für uns alle. Wir verehren ihn. Kurt Kretschmann ist nicht nur für seine Naturliebe weit über Bad Freienwalde und Brandenburg hinaus bekannt. Seit seinem 15. Lebensjahr ist Kretschmann Vegetarier. Damit dürfte er in Deutschland einer derjenigen sein, die nach dieser Ernährungsphilosophie am längsten leben. Auch wenn er heute schwer hört und die Augen nicht mehr so richtig wollen, so engagiert er sich trotz seines hohen Alters immer noch.

Er werde immer wieder gefragt, wie er es geschafft habe, dieses Alter zu erreichen. Dann antwortet er: Durch die Lebensweise, die Ess- und Trinkgewohnheiten! Wir haben einfach und bescheiden gelebt, nichts verschwendet, konsequent vegetarisch. Wenn Geld übrig war, haben wir es in den Naturschutz gesteckt.

Er kann eine ganze Stunde reden, ohne den Faden zu verlieren. So geistig rege ist mancher 40jähriger nicht mehr. Sein Leben im Einklang mit der Natur ist für uns alle bewundernswert. Über sechs Jahrzehnte hat er Gärten bestellt als Selbstversorgergrundlage und Lebensraum für bedrohte Tierwelt. Er besuchte keine Hochschule, doch seine Erfolge sind verblüffend. Im hohen Alter hat er die Mulch-Methode ausprobiert. Der Hintergrund dafür war, daß er Wasser sparen wollte. Nach der Wende waren die Kosten gestiegen. Auf dem Sandberg, so sagten die Erfahrungen, wächst ohne Wasser nichts. Die Niederschläge sind hier sehr gering. In seinem Buch "Mulch total" hat er beschrieben, wie durch das Mulchen das Bodenleben angeregt wurde, die Bodenfruchtbarkeit im wahrsten Sinne des Wortes gesteigert werden konnte. Wissenschaftler haben auf 1 qm über 100 Regenwürmer gefunden. Jeder Gartenbesitzer der den Mut hat seinen Garten nach seinem Vorbild zu errichten, kann es selbst ausprobieren. Der Erfolg stellt sich schon nach wenigen Jahren ein.

Bekannt ist Kurt Kretschmann vor allem als Erfinder der Naturschutzeule zur Kennzeichnung besonders wertvoller Naturräume. 1950 zeichnete er erstmals eine schwarze Waldohreule auf einen gelben Untergrund und stellte das Schild im nahen Oderbruch auf. Im Westen Deutschlands entschied man sich dagegen fünf Jahre später für den Adler zur Kennzeichnung von Schutzgebieten. Mit dieser Zweiteilung war 1991 Schluss. Zur Überraschung vieler entschieden sich die Umweltminister damals für das Eulenschild als gesamtdeutsches Symbol. "Die Eule ist das Zeichen der Weisheit. Der Adler steht dagegen für Macht." Es ist gut, daß das gesamte Deutschland sich für das Zeichen der Weisheit entschieden hat.

Sein größtes Geburtstagsgeschenk hatte Kurt Kretschmann schon einige Tage vor seinem 90. Geburtstag in Augenschein genommen. Der Aussichtsturm am "Haus der Naturpflege" ist erneuert worden. Die zahlreichen Gratulanten wurden zu dem Präsent geführt und konnten ihn besteigen. Man hat aus 13,30 Meter Höhe einen weiten Blick über das Oderbruch. Die Stelle dafür hatte Kurt Kretschmann am Rande seines Gartens schon vor 40 Jahren ausfindig gemacht: 1964 baute er mit seinem Sohn einen ersten Ausguck, der aber wegen seiner ungewöhnlichen Konstruktion schnell einen Spitznamen erhielt: "Wackelturm". Sein Nachfolger aber steht nun sicher und dürfte zu einem neuen Anziehungspunkt in Bad Freienwalde werden. Mitglieder der AG Umwelt der Brandenburger PDS hatten zum Aussichtsturm ein Gästebuch mitgebracht. Die ersten Unterschriften sind von Kurt Kretschmann und Wolfgang Birtler.

Am Nachmittag übergaben der NABU Brandenburg und der NABU Barnim eine Eiche, die Kurts Namen erhielt. Wenige Meter davon steht die Linde, die für Erna Kretschmann gepflanzt wurde, die 2001 starb. Hartmut Kretmar (NABU Brandenburg) erzählte bei der Feierstunde die Sage über Baucius und Philemon. In hohem Alter wurde Philemon in eine Eiche, Baucius in eine Linde verwandelt.

Kurt Kretschmann hat es uns vorgemacht: "Es ist so einfach, wenn man die Natur akzeptiert und ihren Gesetzen folgt. Die Gesetze der Natur lassen sich nicht mißbrauchen noch umgehen. Solche Versuche sind zum Scheitern verurteilt. Wer sich mit diesen Gesetzen verbindet, sie anerkennt, wird reich belohnt."

Buchhinweis: Kurt Kretschmann, Rudolf Behm; Mulch total, 174S., 2003, 16,90€

Berichtigung zum Brief an den RBB

Aus Versehen wurde in der "tarantel" Nr. 23 die erste Entwurfsfassung des Briefes an den RBB zur Umweltsendung "Ozon" abgedruckt. Gegenüber der originalen Fassung sind einige Formulierungen verändert. Der letzte Satz fehlte im geschickten Brief. Wolfgang Methling unterstützte selbstverständlich den Erhalt der Umweltsendung, wollte aber einen eigenen Brief als Minister schreiben. Darüber hinaus sei informiert, daß die erste neue Sendung nach der Sendepause am Dienstag den 27.4. um 22.15 Uhr im RBB laufen wird, die Wiederholung am folgenden Montag um 10.00 Uhr. Es gibt dann monatlich Sendungen.

Eine nachhaltige zukunftsfähige Siedlungsabfallpolitik unter veränderten europäischen und nationalen Rahmenbedingungen

Thesen der BAG Umwelt-Energie-Verkehr der PDS

Präambel:

Aus der auf der Konferenz von Rio de Janeiro als breitem Konsens verabschiedeten Politik der nachhaltigen Entwicklung ergeben sich in logischer Folge Anforderungen an eine Abfallpolitik, die sich auf eine verbesserte Ressourcenökonomie und eine verminderte Umweltbelastung ausrichten muss. Dabei ist zu beachten, dass es nicht die Lösung geben kann; vielmehr sind lokale und regionale Rahmenbedingungen entscheidend für Wirtschaftlichkeit bei geringster Umweltbelastung in der Abfallentsorgung. Mit dem seit 1996 in Deutschland rechtskräftigen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrWAbfG) werden Abfallvermeidung und Abfallverwertung vor der Abfallbeseitigung zwingend vorgeschrieben. Allerdings führt die von zunehmender Liberalisierung gekennzeichnete Politik der Gesellschaft zu Situationen, die diesem Anspruch widersprechen und zum profitorientierten Kampf um den Müll entarten. Gesteigertes Umweltbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger, die Entwicklung neuer Verwertungstechnologien, geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und Kosten einer gesetzeskonformen (Rest-) Abfallentsorgung führen zu neuen Anforderungen an die Abfallpolitik. Es ist an der Zeit, Abfallpolitik klarer zu definieren, Überholtes "über Bord zu werfen", Bestehendes deutlich zu artikulieren und Neuem, Zukunftsweisendem den Weg zu ebnen. Der Beitrag der PDS zu diesem gesellschaftlichen Prozess kann nur in der Formulierung von Handlungsansätzen für die unterschiedlichen Entscheidungsebenen liegen, die einerseits praktikabel, aber andererseits zielorientiert sind, d.h. einer zukunftsfähigen nachhaltigen Entwicklung nicht widersprechen. Ziel der nachfolgenden Thesen ist es, einerseits den PDS-Mitgliedern, Sympathisantinnen und Sympathisanten, die politische Verantwortung auf unterschiedlichen Ebenen tragen, eine Hilfestellung für ihre parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit zu geben. Darüber hinaus wollen wir interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Ansichten der PDS in bezug auf die Abfallwirtschaft darlegen.

A) Wirkungen von EU-Politik

Die letzten Jahre sind von einer stärkeren Einflussnahme der Europäischen Union auf die Entsorgungswirtschaft der einzelnen Mitgliedsstaaten gekennzeichnet. Ohne die vordergründig auf Liberalisierung gerichteten

Anstrengungen außer acht zu lassen, ist deutlich spürbar, dass die Abfallwirtschaft in allen Mitgliedsstaaten (auch in Beitrittsländern) mindestens auf ein Niveau angehoben werden soll, von dem entschieden weniger Belastungen für die Umwelt und nachfolgende Generationen ausgehen. Die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EUGH) führen zu weitreichenden Konsequenzen für die Abfallwirtschaft. Besondere Beachtung haben jüngste Urteile zur Müllverbrennung in thermischen Restabfallbehandlungsanlagen und in Industrieanlagen. Gerade die Kombination der beiden Urteile und die entsprechenden Urteilsbegründungen enthalten eine Sprengkraft für die bisherige deutsche Abfallwirtschaft. So wird einerseits ein Export von Abfall zur Verwertung kaum noch zu verhindern sein, andererseits wird die Verbrennung von Hausmüll grundsätzlich als Beseitigung, die Mitverbrennung aufbereiteter heizwertreicher Abfallfraktionen (d.h. alles, was zu Ersatzbrennstoff verarbeitet werden kann) zur Energiegewinnung als Verwertung eingestuft.

- 1) Aus der Mitverbrennung von Abfällen ergeben sich höhere Anforderungen an die Immissionsschutzbestimmungen der Länder. Allerdings kann die Anpassung der Immissionsschutzvorschriften für Industrieanlagen (einschließlich der Entsorgungsanlagen) die vorhandene Schieflage nur relativieren, da die EU-Richtlinien vielfach noch nicht die niedrigen Schadstoffgrenzwerte von z.B. Deutschland oder Österreich vorschreiben und für einige Beitrittsländer längere Übergangsregelungen gelten. Ziel muss es sein, ein Absenken eines einmal erreichten nationalen Standards nicht zuzulassen und durch Anreize die Anpassungen der anderen Länder zu verkürzen.
- 2) Im Zuge des Beitritts der mittel- und osteuropäischen Staaten zur EU dürfen keine Billigexporte von eigentlich nur noch zur Beseitigung tauglichem Abfall unter dem Deckmantel der Verwertung in diese Staaten zugelassen werden, sonst werden nicht nur in diesen Staaten mittelfristig zusätzliche Umweltprobleme initiert, sondern auch gewachsene Entsorgungsstrukturen insbesondere des Mittelstandes und damit Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland gefährdet.
- B) Bundespolitische Rahmenbedingungen

Die Vorgabe, ab 2005 keine Abfälle mehr ohne Vorbehandlung zu deponieren, sollte eine umweltpolitisch wünschenswerte Neuorientierung der Entsorgung auf Basis technologischer Innovationen anstoßen. Deshalb wurde eine äußerst lange Anpassungsfrist von zwölf Jahren gewährt. Aufgrund einer ungenügenden Änderung der Rahmenbedingungen scheiterten viele Verwertungsansätze an Dumpingpreisen von Deponien. Seit Mitte der neunziger Jahre wird auch die kommunale Entsorgungswirtschaft entsprechend der politischen und finanziellen Rahmenbedingungen umstrukturiert, d.h. Liberalisierung und Privatisierung statt öffentlichrechtlicher Daseinsvorsorge sind parteienübergreifend richtungsweisende und handlungsorientierende Maxime.

Eine überwiegende Orientierung auf eine thermische Restabfallbehandlung führt zu einer ständigen Monopolisierung im Entsorgungssektor, der durch Lobbyismus verstärkt wird und teilweise durch Elemente wie Machtmissbrauch und Korruption gekennzeichnet ist. 3) Um die Stoffströme zu modernen Verwertungs- und

- 3) Um die Stoffströme zu modernen Verwertungs- und Entsorgungsanlagen zu steuern, dürfen keine Ausnahmen für Abweichungen von den gesetzlichen Vorschriften zugelassen werden. Ebenfalls sind Kriterien für den Verwertungsgrad (z.B. stoffliche Recyclingquote) fest zuschreiben, um der Scheinverwertung in billigen Beseitigungsanlagen entgegenzuwirken.
- 4) Entsprechend dem Grundsatz, dass der beste Abfall der ist, der gar nicht erst entsteht, sind die Möglichkeiten für die Entwicklung und Optimierung von integrativen Lösung auf Basis eines Stoffmanagements zu forcieren. Sie wirken sich kostensenkend aus und sind nachhaltiger als "End-of-pipe"-Lösungen.

C) Landespolitik

Wenige Jahre nach dem "Beitritt" der DDR zur BRD wurde insbesondere in den neuen Bundesländern noch von einem Müllnotstand geredet, der zur Planung zahlreicher Entsorgungsanlagen (meist einstufiger Verbrennungsanlagen) führte. Heute existiert ein regelrechter Kampf um zurückgehende Müllmengen, obwohl in der Außendarstellung einiger Müllentsorger (meist Monopole) und von nicht wenigen Politikerinnen und Politikern immer noch vom Entsorgungsnotstand gesprochen wird. Fakt ist, dass in Deutschlands Entsorgungsanlagen noch nie so viel importierter Hausmüll "beseitigt" wurde wie in den letzten Jahren. Die Ursachen dafür liegen nicht nur in der mangelnden Einflußnahme der Landesregierungen, im Gegenteil, durch undifferenzierte Förderpolitik wurden und werden Entsorgungsanlagen der Privatwirtschaft unterstützt. Dadurch sind in einigen Regionen Überkapazitäten entstanden, die jeglicher Vernunft widersprechen. Das forciert den Mülltourismus. Erhöhte Verkehrsbelastung und die Verstärkung des Treibhauseffektes sind weitere negative Folgen.

5) Grundsätzlich sind alle dem Stand der Technik entsprechenden Behandlungsverfahren genehmigungsfähig (einstufige Verbrennung, mechanisch-[biologische] Vorbehandlung mit anschließender Verwertung und mechanisch-biologische Behandlung). Die PDS betrachtet das Konzept der zweistufigen Behandlung kommunaler Restabfälle als Kombination von mechanisch oder mechanisch-biologischer Vorbehandlung und rohstofflicher oder energetischer Verwertung der heizwertreichen Fraktion als die gegenwärtig optimale Variante. Den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern kommunaler Restabfälle ist durch Ausschreibung und Wettbewerb zu ermöglichen, eine Form der zweistufigen Behandlung eigenverantwortlich und zielgerichtet (Verhinderung von Monopolbildung, integrative Lösung auf Basis eines Stoffmanagements durch Kreislaufwirtschaft) zu wählen. Die Landesregierungen sollten in

ihrer Förderpolitik die Möglichkeiten verbessern oder schaffen, bei denen die stoffliche oder energetische Verwertung von Abfallfraktionen, insbesondere der heizwertreichen Fraktion, zu einem höheren Stand der Technik (Verbesserung der Energiebilanz) bei geringster Umweltbelastung führt.

- 6) Die Beurteilung von Konzepten zur Behandlung von Abfällen (insbesondere zur Förderfähigkeit) sollte generell unter Beachtung einer Energie- und einer CO₂-Bilanz erfolgen. Anlagen bzw. Technologien, die eine hochwertige stoffliche Verwertung (kein Downcycling) zulassen, sind einer höheren Priorität zuzuordnen.
- 7) Angesichts der EUGH-Urteile sollte in allen Bundesländern der Status der existierenden und geplanten thermischen Restabfallbehandlungsanlagen dahingehend überprüft werden, ob sie die Kriterien einer Abfallverwertungsanlage erfüllen oder nicht. Falls diese Anlagen die EUGH-Bedingungen für eine Abfallverwertungsanlage nicht erfüllen, sollten ihnen durch einen Erlass des jeweiligen Landesministeriums bzw. durch Verfügung der nachgeordneten Behörden alle verwertbaren Abfälle entzogen werden.
- 8) Die Landesregierungen werden aufgefordert, aufgrund der Geschehnisse in NRW und ähnlicher Tendenzen in anderen Bundesländern "Müll-Task-Forces" einzurichten, mit denen die Vergabepraxis für die Errichtung und den Betrieb von thermischen Restabfallbehandlungsanlagen bundesweit überprüft wird.

D) Kommunalpolitik

Von der Kommunalpolitik hängt letztlich die Realisierung der Entsorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger ab. Wie groß der Entscheidungsspielraum ist, wird direkt (z.B. Gesetzgebung) und indirekt (z.B. Förderpolitik) durch die Bundes- und Landespolitik begrenzt. Nicht selten muss die aktive Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger bei Entscheidungen zur Art und Weise der Entsorgung erstritten werden (z.B. durch Bürgerinitiativen über Bürgerbegehren und -entscheide). Diese Art der Demokratie ist notwendig, da die Refinanzierung der kommunalen Abfallentsorgung über Gebühren durch die Bürgerinnen und Bürger und abfallerzeugenden Unternehmen erfolgt sowie eine "Objektivität" der Kommunalverwaltung und mancher Kommunalpolitiker nicht immer gegeben ist.

- 9) Der Tendenz weiterer vollständiger Privatisierung der kommunalen Abfallwirtschaft muss entgegengewirkt werden. Die Privatisierung entzieht der kommunalen Selbstverwaltung zunehmend Entscheidungsbefugnisse, die letztlich zu höheren Abhängigkeiten insbesondere von "Entsorgungsmonopolen" führen. Unter bestimmten lokalen Besonderheiten kann die Beauftragung Dritter mit kommunaler Abfallverwertung und Beseitigung von Vorteil sein.
- 10) Die Spielräume der Abfallvermeidung beim Endverbraucher können nur durch eine aktive Abfallvermeidungspolitik ausgenutzt werden, d.h. dass die kommunale Abfallberatung personell ausreichend aus-

gestattet ist bzw. eine Kooperation mit Verbraucherverbänden einschließlich dezentraler Genossenschaften besteht. Mögliche Mehrkosten werden durch die Minderausgaben für zu entsorgenden Restabfall kompensiert. Abfallvermeidung wird erschwert, wenn Kommunen langfristige Knebelverträge mit privaten Entsorgern eingegangen sind. Es gibt nicht den besten Entsorger, der kommunale Wettbewerb muss stetig so organisiert werden, dass verschiedene Anbieter vor Ort ihr Entsorgungskonzept nach sozialen und ökologischen Gesichtspunkten entsprechend der sich stetig veränderten Abfallaufkommen der Privathaushalte, Industrie und Gewerbe anbieten.

- 11) Verwertbare Abfälle sollten bestmöglich getrennt erfasst werden, um neben ressourcenökonomischen auch kostensenkende Aspekte zur Wirkung zu bringen. Die Einrichtung von dezentralen Wertstoffhöfen aller Eigentumsformen, z. B. kommunale Eigenregie, gemeinnützige soziale Betriebe, Genossenschaften, Unternehmen, hat einen zusätzlichen positiven Arbeitsmarkteffekt. Besonderes Augenmerk gehört der getrennten Erfassung von Altholz. Die energetische Verwertung von Altholz leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz durch die Nutzung erneuerbarer Energien.
- 12) Die energetische Verwertung von Abfällen, insbesondere von Altholz, sollte aus Gründen einer optimalen Energiebilanz mit Kraft-Wärme-Kopplung durchgeführt werden. Um Problemen durch schadstoffbelastete Althölzer künftig vorzubeugen, sollten schadstoffhaltige Beschichtungen und die Behandlung von Holz mit problematischen Holzschutzmitteln verboten werden. Anlagen zur thermischen Verwertung von belastetem Holz müssen den Anforderungen der 17. BImSchV gerecht werden.
- 13) Realistische Mengenprognosen für eine zielgerichtete Planung neuer Abfallentsorgungsanlagen der öffentlich-rechtlichen oder der von ihnen beauftragten Entsorgungsträger können nur auf der Auswertung von Abfallbilanzen (längstens seit 1996) und unter Berücksichti-gung der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen erstellt werden.
- 14) Die Ausschreibung für kommunale Restabfälle sollte verfahrens- und technologieoffen er-folgen, um den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern (ÖRE) die Möglichkeit zu geben, entsprechend den lokalen Besonderheiten nach dem Preis-Leistungs-Verhältnis zu entschei-den. Vor der Vergabe an Anbieter mit einem wesentlich unter dem Durchschnitt liegenden Entsorgungspreis sollte geprüft werden, ob das Angebotene tatsächlich dem genehmigungsfähigen Stand der Technik entspricht. Um flexibel auf die Abfallmengen in den Folgejahren reagieren zu können, bietet sich eine Ausschreibung in gestaffelten Mengenlosen an, womit eine Bindung an überhöhte Mindestmengen vermieden wird und die Abfallgebührenentwicklung überschaubar bleibt. Eine Beteiligung der ÖRE an der

Entsorgungsanlage sollte offengehalten werden. Langfristige Bindungen sollten aus Flexibilitätsgründen vermieden werden.

- 15) In jedem Fall sollte die Realisierbarkeit dezentraler Entsorgungslösungen geprüft werden, da diese flexibler auf die Abfallentwicklung reagiert können und das Verursacherprinzip zum Tragen kommt, d.h. nur die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Einrichtungen des unmittelbaren Einzugsgebietes bezahlen für ihren "eigenen" Müll.
- 16) Nachhaltige Abfallentsorgung ist nicht zum "Nulltarif" zu erhalten. Es gibt nicht das beste Gebührenmodell, vielmehr können die ÖRE ihr Modell nur in den Grenzen der lokalen Gegebenheiten entwickeln. Ziel ist eine auf Restabfallvermeidung orientierende Gebührensatzung. Bei mehrgliedrigen Satzungen sollten die Grund- bzw. fixen Gebühren und die Mengengebühren so ausgelegt sein, dass die Bürgerinnen und Bürger trotzdem entscheidenden Einfluss auf die Höhe ihrer Gebühr und Kosten haben. Auf jeden Fall muss das Gebührenmodell so transparent sein, dass ohne "große Rechenkünste" von den Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Einrichtungen nachvollzogen werden kann, wie sich die Gebühr zusammensetzt. Nach Erfahrungen vieler Landkreise und kreisfreier Städte sichert die Einführung eines technischen Systems (z.B. Müllschleuse, Ident-Wägesystem) den Spagat des Gebührenmodells zwischen Anreiz zur Vermeidung von Restabfall und sozialverträglicher Gebührenhöhe.
- 17) Das Abfallwirtschaftskonzept (AWIKO) der ÖRE sollte unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger(z.B. durch Vertreter der Lokalen Agenda 21) entwickelt und fortgeschrieben werden. Es ist die legitime Einforderung des Mitspracherechts "Wer bezahlt, soll auch mitbestimmen können". Das AWIKO kann so zu einem Konzept der Nachhaltigkeit in der kommunalen Abfallwirtschaft entwickelt werden. Dabei sollten entsprechend lokaler Besonderheiten Vorschläge für Steigerungen in der Effizienz oder für neue Wege in der Abfallentsorgung (z.B. energetische Verwertung der Bioabfälle) entwickelt werden.
- 18) Ein wichtiger Aspekt der nachhaltigen Abfallwirtschaft ist die geregelte Nachsorge bestehender Deponien. Die ÖRE müssen in ihren Planungen (einschließlich der Bereitstellung der finanziellen Mittel) die Gewähr bieten, dass von bestehenden Deponien die Gefährdungen für Mensch und Natur so gering wie möglich gehalten werden. Die energetische Verwertung des Deponiegases ist ein Beitrag zum Klimaschutz und sollte genutzt werden, wenn die Gasergiebigkeit das wirtschaftliche Betreiben eines Block-Heiz-Kraftwerkes ermöglicht.

Magdeburg, 24.01.2004

Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

Götz Brandt

Wie soll das gehen? Die Antwort: Abschaffung von Zins bei gleichzeitiger Boden- und Steuerreform. Diese Ziele werden mehrheitlich von linken Christen vertreten sowie von Vertretern der "natürlichen Wirtschaftsordnung". Das geht weit über das PDS-Programm hinaus, in dem der Gewinn als Mittel benötigt wird, um politische Ziele umsetzbar zu machen. Den Attacis ist das wieder zu revolutionär; sie verlangen nur eine Tobinsteuer auf den Zins.

Zur Diskussion über Theorie und Praxis der Lehren von Silvio Gesell (in der bayrischen Räterepublik 1919 Volksbeauftragter für Finanzen) und der modernen Fassung dieser Lehren durch Prof. Margit Kennedy, trafen sich Anfang Dezember Aktivisten und Interessierte zum Erfahrungsaustausch in Bad Honnef. Das Katholisch-Soziale Institut der Erzdiözese Köln war Gastgeber.

Religiöses Zinsverbot

Ethische Grundlage des Programms der "natürlichen Wirtschaftsordnung" ist, dass alle bekannten Religionsstifter- und -verkünder , wie z.B. Moses, Jesus, Mohammed, Luther, Zwingli, aber auch Gandhi und selbst schon Aristoteles die sozialzerstörerische Wirkung des Zinses erkannten und gegen Zinsnehmer aufgetreten sind. In der Bibel und im Koran ist ein Zinsverbot enthalten.

Luther predigte: "Darum ist ein Wucherer und Geizhals wahrlich kein rechter Mensch; er sündigt auch nicht eigentlich menschlich, er muss ein Werwolf sein, schlimmer noch als alle Tyrannen, Mörder und Räuber, schier so böse wie der Teufel selbst. Er sitzt nämlich nicht als Feind, sondern als Freund und Mitbürger im Schutze und Frieden der Gemeinde und raubt und mordet dennoch gräulicher als jeder Feind und Mordbrenner". Diese Einschätzung des Zinssystems gilt auch heute noch. Zinsen sind ungöttlich, unchristlich und zerstören auf Dauer jeden sozialen Organismus. Das Zinssystem wird daher als ungerecht, unsozial und verfassungswidrig eingestuft.

Die katholische Kirche hat dieses altchristliche Zinsverbot fallengelassen, weil der Zins in antiken und feudalen Zeiten nicht dasselbe wäre wie in kapitalistischen Zeiten (Heinrichs). Das Zinsverbot ist aus dem katholischen Kirchenrecht aber erst 1916 verschwunden (Becker).

Marx über Geldkapitalisten

FU-Professor Heinrichs hat herausgefunden, dass Gesell und Marx in ihrer Analyse des Geldsystems gar nicht

so weit auseinander liegen. Im 3. Band des Kapital hat Marx klar zwischen Geldkapitalisten und Unternehmern unterschieden: "Es ist in der Tat nur die Trennung der Kapitalisten in Geldkapitalisten und industrielle Kapitalisten, die einen Teil des Profits (der Unternehmer) in Zins (für den Geldanleger) verwandelt und die überhaupt die Kategorie Zins schafft. Es ist nur die Konkurrenz zwischen diesen beiden Sorten von Kapitalisten, die den Zinsfuss schafft." Und weiter: "Diesen Gebrauchswert des Geldes als Kapital - die Fähigkeit, den Durchschnittsprofit zu erzeugen - veräußert der Geldkapitalist an den industriellen Kapitalisten für die Zeit, während der er diesem die Verfügung über das verliehene Kapital abtritt." Heute eignen sich die Geldkapitalisten einen immer größeren Anteil am Mehrwert an. Täglich wachsen in Deutschland 68 Geldmillionäre heran und mehren die schon vorhandenen 730 000 Geldmillionäre.

Die Vertreter der "natürlichen Wirtschaftsordnung" wurden schon von westlinken Antifaschisten angegriffen, sie würden die Nazipropaganda von der "Zinsknechtschaft" wieder aufleben lassen und wären Antisemiten. Aber sind die in Deutschland täglich hinzukommenden 68 Geldmillionäre alle Juden?

Exponentielles Zinswachstum

Eine dauerhafte Zahlung von Zins und Zinseszins ist mathematisch nachweisbar praktisch unmöglich . Exponentielles Wachstum übersteigt gewöhnlich die Vorstellungskraft des Durchschnittsbürgers. Zum Zins und Zinseszins gibt es das bekannte Beispiel des Josephspfennig. Wurde für Sohn Jesus ein Sparbuch mit 5 % Zinsen und 1 Pfennig Einlage zu seiner Geburt angelegt, dann könnte Jesus bei Wiederkehr heute ein Kapital von 163 Milliarden Kugeln aus Gold im Gesamtgewicht unseres Planeten abheben. Langandauerndes

Zinswachstum kann es nicht geben und deshalb muss die kapitalistische Wirtschaft immer wieder notwendigerweise zerstört werden: durch Kriege, Inflation oder Börsencrash. Der Zinsmechanismus wirkt wie Krebs, der auch ein exponentielles Wachstum hat: tödlich.

Gesellschaftliche Wirkungen des Zinses.

"Wer über Geld verfügt, verlangt einen Freigabetribut oder Zins als den Preis für den Geldverleih. Jede ökonomische Maßnahme muss sich daher mit dem Zins, den man auf dem Kapitalmarkt bekommt, messen lassen. Langfristige Investitionen für Umweltmaßnahmen haben dabei keine Chancen. Dieser Zinsmechanismus führt zu einem "pathologischen Wachstumszwang" (Kennedy). L. King drückt es drastischer aus: Der Zins ist die unsichtbare Zerstörungsmaschine der sogenannten Marktwirtschaft.

Solange die Wirtschaft wächst, verändert sich der Anteil von Zins und Lohn am Volkseinkommen nur gering. Bei sogenanntem 0-Wachstum ist das anders: innerhalb von 25 Jahren würde der Zinsanteil auf 63 % ansteigen. Der volkswirtschaftliche Crash ist vorprogrammiert. In Deutschland führte die langandauernde friedliche Entwicklung dazu, dass wir im Durchschnitt 40 % Zinsen oder Kapitalkosten in den Preisen für alle Güter oder Dienstleistungen haben, die wir zum täglichen Leben brauchen. Die 63 % Zinsanteil am Volkseinkommen sind also erreicht. Durch diese Umverteilung des Reichtums werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. "Diese Umverteilung beruht nicht auf Leistung. Sie ist eine andere und weit subtilere Form der Ausbeutung als jene, die Karl Marx zu beheben versuchte. Fraglos hatte er recht, auf die Quelle des Mehrwertes in der Produktion hinzuweisen. In einer arbeitsteiligen Gesellschaft realisiert sich der Mehrwert jedoch erst in der Zirkulationssphäre von Geld und Waren, ja, in immer größerem Umfange ausschließlich in der Geldsphäre", meint Frau Prof Kennedy. Nach ihr ist Zins die größte vorstellbare Ausbeutung und Inflation der größte Betrug.

Während von 1968 bis 1989 in Deutschland das Bruttosozialprodukt auf 423 % gestiegen ist, wuchs das Einkommen der Unternehmer auf 374 % und die Nettolöhne- und -gehälter auf 345 %. Aber die öffentliche Verschuldung stieg auf 850 % und die Zinslasten des Bundes auf 1360 %. Die Zinserträge der Banken stiegen jedoch auf 959 %. Das Einkommen der Unternehmer liegt in der Steigerung nur geringfügig über dem der Lohnempfänger, aber die Zinseinkommen der Banken haben sich verdreifacht!

Hinzu kommt, dass von 1950 bis 1989 der Wert einer Mark durch Inflation auf 28 Pfennig sank. Während das EU-Wirtschaftswachstum um 2 % gestiegen ist, erhöhte sich der Geldumlauf um 25 %.

Der "monetäre Teufelskreis", die Eskalation der Geldvermögen und Schulden, führt zu steigenden Zinsen, zunehmenden Wachstumszwang und rückläufigen Arbeitseinkommen. Und von der Bundesregierung wird dieser Teufelskreis voll unterstützt und angeheizt und kann nach Meinung der Anhänger von Frau Prof. Kennedy nur durch die Abschaffung des Zinses unterbrochen werden.

Komplementärwährungen.

"Ökonomisch alphabetisierte" Christen schreiten zur Tat und warten nicht auf das Jüngste Gericht. Es werden regionale zinslose Währungen geschaffen, nicht nur in Deutschland. Zinslose Währungen hat es schon im kaiserlichen China gegeben und auch im Mittelalter in Europa.

Die theoretischen Vorstellungen zu einem Geldsystem ohne Zinsen und Inflation führen über die Abschaffung von Zinsen als privatem Gewinn zur Ausgabe von verteilungsneutralen Krediten gegen eine Nutzungsgebühr als öffentliche Einnahme. Geld soll auf seine Funktion

als Tauschmittel, Preismaßstab und gleich bleibender Wertspeicher beschränkt werden. Dazu soll die Regierung beschließen, dass die Bundesbank den Umlauf des Geldes statt über Zinsen über eine Nutzungsgebühr sicherstellen soll. Die Gebühren für die Arbeit der Bank und das Risiko sollen 2,5 % nicht übersteigen. Das Bankgeschäft läuft weiter wie bisher.

Die Geldkapitalisten würden sich bei einem solchen Beschluss der Regierung in die Sachwerte stürzen. Deshalb wird zusätzlich eine Bodenreform vorgeschlagen und Maßnahmen, die das Abwandern des Geldes verhindern. Man beruft sich auf Art. 14 und 15 des Grundgesetzes. Das sind natürlich utopische Vorstellungen, wenn man sich das politische Kräfteverhältnis vor Augen hält. Aber man baut auf eine ökonomische Alphabetisierung der Bevölkerung, die eines Tages sich von der Nationalen Front der neoliberalen Kapitalismusparteien abwendet.

Die kritische Frage, die sich Frau Prof. Kennedy selbst stellt, lautet: "Werden jene 10 % der Bevölkerung, für die dieser Mechanismus (von Zins und Zinseszins) gegenwärtig einen Vorteil bedeutet und die an den wesentlichen Schalthebeln der Macht sitzen, es zulassen, dass das Geldwesen geändert wird, da sie dann nicht mehr die Möglichkeit haben, von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ein arbeitfreies Einkommen zu beziehen? Die historische Antwort heißt: Natürlich nicht."

Aber wir haben heute nur die Wahl zwischen ökologischem Zusammenbruch bei Erschöpfung der natürlichen Ressourcen durch das kontinuierliche Wachstum oder einem ökonomischen Zusammenbruch durch das kapitalistische Geldsystem. Eine Entscheidung zwischen Teufel und Beelzebub. "Solange wir den Wachstumszwang und -wahn nicht überwinden, hat die Umwelt keine Chance zur Erholung, selbst dann nicht, wenn wir alle Leistungszuwächse in Umwelttechnologien einsetzen. Wer die Umwelt retten will, muss den Kapitalismus abschaffen" meint Frau Prof. Kennedy.

Regiogeld

Von den linken Christen wird die Einführung einer Komplementärwährung vorgeschlagen und praktiziert, solange sich bei den Abgeordneten und Wirtschaftsbossen nicht die Erkenntnis durchsetzt, dass der Kapitalismus eine ökonomische Fehlkonstruktion ist. In einer Region schließen sich Handwerker, Agrarproduzenten, Lebensmittelverarbeiter, Händler und natürlich die Konsumenten in einem Verein zusammen und geben eine zinslose Vereins-Währung heraus. Als Beispiel seien der "Chiemgauer" und der "Roland" genannt. Die Geldausgabestelle des Vereins verkauft den "Chiemgauer" für 97 Cent an Sportvereine, Schulen, Kindergärten usw., die den "Chiemgauer" für 1 € an ihre Mitglieder bzw. die Eltern usw. weiterverkaufen. Dadurch entsteht für die Zwischenverteiler eine zusätzliche Ein-

nahme. Hier können nicht alle Elemente dieses Geldkreislaufes beschrieben werden. Ziel ist, dass das Geld in der Region bleibt, schnell umläuft, die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärkt, Geldspekulation verhindert, die örtlichen Anbieter stärkt und die Ausgabe von Krediten mit sehr geringen Zinsen ermöglicht.

In Bremen können sich Vereinsmitglieder ein Girokonto, ein Sparkonto mit mindestens 3 Monaten Laufzeit als Depot ohne Verzinsung und ein Darlehenskonto einrichten. Der Verein hat bei einer Bank ein Euro-Konto, auf das die Mitglieder einzahlen und ihr Geld ins "Roland-System" einbringen können.

Die Komplementärwährungen werden von der Bankenaufsicht bisher nur beobachtet. Es gibt zu dieser Problematik noch keine Rechtsprechung. In der Vergangenheit wurden solche Komplementärwährungen von den Notenbanken unterbunden: Geld drucken nur wir.

Nun könnte man einwenden, dass die Einführung von zinslosen Geldsystemen genau so eine Illusion ist wie die Durchführung einer Weltrevolution des Proletariats. Wertvoll ist aber an dieser Bewegung, dass die Menschen lernen, hinter die Kulissen der Geldwirtschaft und des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu schauen, ökonomische Zusammenhänge zu begreifen und eine praktische Lösung für die Probleme Armut, Arbeitslosigkeit, Wachstumszwang und Umweltverschmutzung angeboten wird, um mit 0% Zinsen die Reichen machtlos zu machen.

Termine

18. April 2004, Sonntag Keine Gentechnik in der Landwirtschaft

Auf nach Stuttgart, damit unsere Felder und Kochtöpfe auch zukünftig gentechnikfrei bleiben! Schleppersternfahrt nach Stuttgart. Bunter Zug mit Schleppern und Imkerfahrzeugen auf dem Cityring Suttgart, "Fußgängerdemonstration" von der Tübinger Straße bis zum Schlossplatz, Beginn: 11.00 Uhr, 12.45 Uhr: Kundgebung und Volksfest mit Musik, Promis und Infos; Schloßplatz. Für eine Gentechnikfreie Bewirtung ist gesorgt. Landwirte, Imker und Köche kommen in Arbeitskleidung, alle anderen mit gentechniksauberen Kochtöpfen. www.gentechnik-freie-landwirtschaft.de

8-9. Mai 2004

Bundestreffen der Ökologischen Plattform Ehrenfriedsdorf bei Chemnitz (siehe Seite 12)

20. Juni 2004

Mobil ohne Auto - autofreier Sonntag, mehr Informationen unter www.mobilohneauto.de

Zum zweiten Entwurf einer neuen Vereinbarung für AGs in der PDS

An den Bundesgeschäftsführer der PDS, Genossen Rolf Kutzmutz, dem Parteivorstand und dem Parteirat zur Kenntnis

Am 07.02.2004 fand eine Zusammenkunft von Vertreterinnen und Vertretern aus 10 Zusammenschlüssen der PDS statt (AG Betrieb & Gewerkschaft, Marxistisches Forum, Ökologische Plattform, Kommunistische Plattform, Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog, Bundesarbeitsgemeinschaft Internationalismus, AG Christinnen und Christen, Feministische Frauenarbeitsgemeinschaft LISA, AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik, AG Wohnen). Dieses Treffen war auf Initiative der AG Betrieb & Gewerkschaft, der Kommunistischen und Ökologischen Plattform sowie der AG Bildung zustande gekommen. Ziel war es uns nach der Beratung mir dir(15.11.2004) zum vorgelegten Entwurf einer "Ordnung" und der stattgefundenen Diskussion zu verständigen.

Sowohl das Papier als auch die dazu geführte Diskussion hat Unruhe bei nicht wenigen Zusammenschlüssen ausgelöst, und diese mündete letztlich im bereits erwähnten Treffen vom 07. Februar 2004. Von allen TeilnehmerInnen der Veranstaltung am 07.02.2004 wurde das durchgeführte Treffen begrüßt, nicht zuletzt deshalb, weil deine Einladung zur nächsten Beratung für den 14.02.2004 zwischenzeitlich eingetroffen ist und mit dieser Einladung der 2. Entwurf für die bereits erwähnte Ordnung.

Die TeilnehmerInnen der Beratung haben sich dazu verständigt, dir in Vorbereitung der Beratung am 14.02. die sieben nachfolgende Positionen mitzuteilen (ausgenommen sind Genossin Friederun Fessen von der AG ChristInnen, die gegen die nachfolgend aufgeführten Positionen stimmte, sowie Genosse Sigfried Schlegel von der AG Wohnen, der sehr kurze Zeit an dem Treffen teilnahm. Ohne dass er eine Gegenstimme geltend gemacht hätte, wollen wir ihn nicht automatisch zu einem Befürworter der nachfolgend aufgeführten Positionen machen, da dies möglicherweise einer Vereinnahmung gleichkäme):

- 1. Formal steht dem Parteivorstand natürlich das Recht zu, eine Ordnung zur Behandlung/Unterstützung von Zusammenschlüssen zu beschließen. Aus unserer Sicht wäre es aber politisch sinnvoller, eine Vereinbarung mit den Zusammenschlüssen abzuschließen, welche vom Vorstand und den Zusammenschlüssen gemeinsam erarbeitet wird.
- 2. Wie auch immer ob Ordnung oder Vereinbarung: Ein entsprechender Beschluss kann nur auf der Basis des geltenden Statuts erfolgen. Der vorliegende Entwurf ist nicht statutengerecht. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens vom 07. Februar lehnen jede Möglichkeit ab, dass über die normative Kraft des

Faktischen Statutenänderungen stillschweigend vorweggenommen werden.

3. Die Anwesenden wenden sich prinzipiell gegen die - de facto - beabsichtigte Aufgliederung von Zusammenschlüssen in sachbezogene und weltanschauliche. Noch dazu, da letztere dann aus der erwähnten Ordnung ausgegliedert werden sollen, was bedeuten würde, ihnen bisherige Rechte zu nehmen. Diese unterschiedliche Behandlung sieht das Statut ausdrücklich nicht vor. 4. Es gibt darüber hinaus eine Vielzahl von Einzelkritiken an dem vorliegenden Entwurf einer "Ordnung zur Unterstützung von Arbeits- und Interessengemeinschaften sowie Vereinigungen". Diese sind durch die Sorge miteinander verbunden, die plurale Vielfalt der PDS - eine Einzigartigkeit im Parteiensystem - könne durch formale Eingrenzungen eingeschränkt werden. Es wird durchaus gesehen, dass mit der Vielzahl der Zusammenschlüsse (inklusive Neugründungen) auch Probleme verbunden sind. Diese allerdings können nur gemeinsam besprochen und gelöst werden.

5. Es wird sehr ernsthaft und nachdrücklich darum gebeten, auf keinen Fall vor den Europa-Wahlen diesen oder irgendeinen anderen Entwurf einer Ordnung im Vorstand zu behandeln oder gar zu beschließen. Diesem Papier wohnt zuviel Zündstoff inne. Es wäre nach Auffassung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Treffens vom 07. Februar nicht verantwortbar, im Vorwahlkampf oder gar im Wahlkampf selbst harte innerparteiliche Auseinandersetzungen zu provozieren. Wir benötigen jetzt alle ideellen (intellektuellen) und personellen Kräfte, um den Einzug ins Europaparlament, gute Ergebnisse bei den Landtags- und Kommunalwahlen 2004 erreichen zu können. Selbstbeschäftigung, die auf eine Selbstblockade hinausläuft, ist angesichts der äußerst problematischen gesellschaftlichen Situation in Europa, in der BRD und auch in unserem ureigensten Interesse als einzige linke Partei ein politischer Fehler.

- 6. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehen es als viel wichtiger und notwendiger an, gemeinsam darüber zu diskutieren, wie die Zusammenschlüsse zielgerichteter, entsprechend unseren politischen Anforderungen, in eine kontinuierliche Arbeit auf allen Ebenen miteinbezogen werden können. Hier gibt es durchaus Reserven, die wir gemeinsam erschließen sollten.
- 7. Die Teilnehmer an der Beratung bitten um die Beantwortung folgender Fragen:
- * Welchen Sinn hat eine Neueinteilung der Zusammenschlüsse nach solchen, die in der Ordnung berücksichtigt und solchen, die nicht berücksichtigt werden sollen?
- * Welche Gründe gibt es dafür, im fünfzehnten Jahr der PDS-Existenz erneut eine solche Debatte zu führen (Es hat schon einmal den Versuch gegeben, eine Aufspaltung der PDS-Zusammenschlüsse in ideologische und nichtideologische zustande zu bringen. Auf dem Statutenparteitag in Schwerin 1997 wurde eine solche Aufspaltung von den Delegierten mit Mehrheit abgelehnt)? Wir würden uns freuen, wenn wir die Beratung am Sonnabend dazu nützen könnten, die weiteren Schritte

im Sinne unserer Positionen mir dir abzustimmen.

Mit sozialistischen Grüßen

Für die AG Betrieb & Gewerkschaft Barbara Borchardt Für die Feministische Frauenarbeitsgemeinschaft LISA Anne Koburger Für die Ökologische Plattform Marko Ferst Für die Kommunistische Plattform Ellen Brombacher

Auszug aus dem zweiten Entwurf der Ordnung:

"Fraktionen oder Plattformen müssen weder offen und öffentlich politisch tätig sein noch ihre Bildung oder ihr Wirken dem Parteivorstand anzeigen. Sie werden in dieser Ordnung nicht berücksichtigt, da es dem Parteivorstand nicht obliegt, deren Arbeit zu bewerten. (Laut Statut 3 (1) 11)" (bedeutet keine Mandate für den Parteitag und keinerlei finanzielle Unterstützung, außer der Parteivorstand trifft eine Ausnahmeregelung)

(Aus dem Statut:

- 3. Rechte und Pflichten der Mitglieder
- (1) Jedes Mitglied hat das Recht (...) sich mit anderen Mitgliedern zum Zwecke der gemeinsamen Einflußnahme im Rahmen des Statuts und der Grundsätze des Programms der Partei eigenständig zu vereinigen (in Plattformen, Fraktionen, Foren u.ä.).
- 7. Zusammenschlüsse
- (1) Mitglieder und Gruppen der Partei haben das Recht, sich in regionalen und bundesweiten Zusammenschlüssen zu vereinigen, die sich auf der Basis von gemeinsamen spezifischen sozialen Interessen, bestimmten politischen Themen- und Tätigkeitsfeldern oder Weltanschauungen bilden.
- (5) Für ihre politische Tätigkeit können Zusammenschlüsse im Rahmen der Finanzplanung der entsprechenden Gliederung Mittel beantragen. ...
- 8. Bundesorgane
- (10) Arbeits- und Interessengemeinschaften und ähnliche innerparteiliche thematische Zusammenschlüsse, die von besonderer politischer Bedeutung für den Meinungs- und Willensbildungsprozeß der Gesamtpartei sind, können im Delegiertenschlüssel Mandate für die Entsendung ordentlicher Delegierter zuerkannt werden. ...)
- 3.2 Die AG/IG/V arbeitet öffentlich in Abstimmung mit dem Parteivorstand und ist offen für unterschiedlicheStrömungen; für ein politisches Themenfeld kann es nicht mehrere AG/IG/V geben. (bedeutet das die BAG Umwelt und die Ökologische Plattform sich zusammenschließen müßten, wobei durch W. Methling als stellvertretendem Parteivorsitzendendeutlich gemacht wurde, er hält dies nicht für sinnvoll.)

Siehe dazu auch den Beschluß der Bundesschiedskommission unter www.pds-online.de vom 6. April 2003 zur "Linken Opposition" und den Artikel von Halina Wawzyniak in Disput 1/2004 S.9

Briefe zu den Parteitagsmandaten

Liebe Mitglieder des Parteivorstandes der PDS, liebe Mitglieder des Parteirates der PDS, lieber Mitglieder des Ältestenrates der PDS,

wie wir dem Delegiertenschlüssel entnehmen konnten, kam es zu etlichen Veränderungen bei der Vergabe von Mandaten im Zuge des Übergangs vom 8. zum 9. Parteitag. Während es bei mehreren Arbeitsgemeinschaften Zugewinne gibt an Mandaten, fällt auf, daß bei der Kommunistischen Plattform und bei der Ökologischen Plattform erneut Einschränkungen zu verzeichnen sind. Welche Rechtfertigung gibt es dafür, die Kommunistische Plattform von ursprünglich sechs auf jetzt zwei Mandate zu kürzen? Es mag sein, daß manchem die ein oder andere Auffassung in der KPF nicht gefällt. Für solch einen politischen Willkürakt existiert jedoch keinesfalls eine demokratische Rechtfertigung. Dies ist bei der Ökologischen Plattform nicht viel anders. Scheibchenweise werden uns die Mandate weggespart. Auf dem 7. Parteitag der PDS standen uns vier Mandate zur Verfügung, zuletzt noch drei und nun sollen es nur noch zwei Mandate sein auf dem 9. Parteitag. Ergo kann man sich beinahe ausrechnen, daß die Ökologische Plattform bei der PDS auf dem 11. Parteitag nicht mehr vertreten sein wird. Dabei hätte es der Parteivorstand gar nicht nötig, sich in derart abschüssigem Gelände zu bewegen. Die für Arbeitsgemeinschaften, Plattformen und andere Zusammenschlüsse möglichen 20 Prozent der Delegierten, wie im Statut vorgesehen, sind bei Weitem nicht ausgeschöpft. Also warum bereitet es so große Schwierigkeiten, die Sache zu korrigieren und aus der Welt zu schaffen? Überdies ist die Ökologische Plattform gegenüber Mitte der 90er Jahre eher organisatorisch und personell gestärkt, auch wenn man nicht verlangen kann, daß jeder Plattformer zu Konferenzen, Bundestreffen und anderen Zusammenkünften aus Sachsen, Baden-Württemberg oder Schleswig-Holstein zum Veranstaltungsort anreisen kann und oft nur Delegation möglich ist oder Kommen nach Interesse, angesichts finanziell erheblicher Reisekosten. Nicht zu jedem Workshop wie dem zur "alternativen Lebensweise" der Ökologischen Plattform werden sich mehr als 60 Leute versammeln.

Die Ökologische Plattform wurde vor zehn Jahren gegründet und versucht seitdem, mehr ökologisches Engagement und Sachkenntnis in der PDS in vollständig ehrenamtlicher Arbeit zu verankern. Bei der bekannten Vergangenheit der PDS und nicht immer vorhandenem Erneuerungswillen ist das nicht ganz einfach gewesen. Da kann es nur begrüßt werden, wenn auch auf der parlamentarischen Schiene effektive Arbeitsgremien wiederhergestellt und erweitert werden, die sich dem Thema Umwelt widmen. Jedoch war

die Absprache zwischen der BAG Umwelt -Energie - Verkehr, speziell dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Wolfgang Methling, daß dies nicht zu Lasten der Arbeitsmöglichkeiten und Mandate der Ökologischen Plattform geschieht oder gar eine schrittweise Verdrängung ehrenamtlicher Umweltarbeit vorangetrieben werden würde. So dürfte es schwer zu erklären sein, warum 300 lose assoziierte Plattformer gegenüber einem parlamentarischen Arbeitgremium aus etwa 25 zumeist Abgeordneten und ihren Mitarbeitern, welches ein dreiviertel Jahr alt ist und wo viele ohnehin Mandate von der Basis haben, gleich auf Anhieb drei Mandate erhält, jedoch bei der Plattform gekürzt wird. Ein wenig mehr Augenmaß bei der Verteilung wäre schon zu wünschen.

Über die Bedeutung der Kommunistischen Plattform und der Ökologische Plattform für die Partei wird sich jeder ein eigenes Urteil bilden können. Darüber wollen wir nicht rechten. Der Versuch einer problematisch abgefaßten Ordnung für Zusammenschlüsse trägt jedoch nicht zur Vertrauensbildung bei und ist bei vielen Zusammenschlüssen auf erheblichen Widerspruch gestoßen. Überdies empfiehlt es sich, den Beschluß der Schiedskommission vom 6.4.2003 genau zu lesen, was dort unter dem Wesen einer Fraktionsbildung verstanden wird.

Wir bitten nachdrücklich darum, die bisherigen drei Mandate der Ökologischen Plattform bei der PDS zu erhalten und die fünf Mandate der Kommunistischen Plattform nicht zur Debatte zu stellen.

Mit sozialistischen Grüßen

Koordinierungsrat der Ökologischen Plattform Bei der PDS (Beschluß, 13.3.2004)

Antwortbrief der Bundesgeschäftstelle vom 24.3.2004

Liebe Genossen des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform bei der PDS,

Euer Schreiben vom 15.3.2004 (ohne Unterschriften), als Euer Beschluß vom 13.3.04 deklariert, ist in der Bundesgeschäftsstelle am 17.März 2004 eingegangen. Ich kann nur mit Verwunderung feststellen, welche Aufgeregtheiten Vorschläge und Diskussionen zu manchen Themen erzeugen. Ihr fasst einen Beschluß, für den es zu diesem Zeitpunkt keinerlei Grundlagen gab, der Parteivorstand die Vorschläge weder diskutiert geschweige Änderungen zum vorgeschlagenen Delegiertenschlüssel des 9. Parteitages beschlossen hatte.

Und die Teilnehmer der Ökologischen Plattform an der Beratung mit den AG/IG (u.a. Manfred Wolf und Detlef Franck), in der auch zum vorgeschlagenen Dele-

giertenschlüssel gesprochen wurde, konnten Euch sicher berichten, dass die dort beraten und nichts beschlossen wurde

M.E. ist es wichtig, Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Ich gehe davon aus, dass Euch bekannt ist, dass es lt. Statut kein verbrieftes Recht auf eine feste Anzahl von Mandaten gibt - das ist für die AG/IG immer im prozentualen Verhältnis zu den Delegiertenmandaten der Gliederungen zu sehen. Hinzu kommt der Fakt, dass es weitere Anzeigen von IG/AG-Gründungen gibt. Diese bedeuten natürlich auch eine Veränderung der Mandatszahlen

Mit seinem Beschluß vom 22.03.04 hat der Parteivorstand die neue Anzahl der Mandate für den Delegiertenschlüssel zum 9. Parteitag beschlossen. Die Zustimmung des Parteirates vorausgesetzt, habt Ihr also weiterhin 3 Mandate.

Außerdem kann aus bisheriger Praxis kein verbrieftes Recht auf Dauer für ideologische Gruppierungen abgeleitet werden (lt. Statut gibt es das gar nicht).

Um eine Gleichbehandlung bestehender Gruppierungen sicher zu stellen, wurden als Kompromisslösung weitere Mandate vergeben. Neben der KPF (5) erhielten der Geraer Dialog und das Netzwerk Reformlinke je 3 Mandate.

Mit solidarischen Grüßen Maritta Böttcher Leiterin der Bundesgeschäftsstelle

Zusatzinso für die Leser: Es lag im Februar ein Entwurf des neuen Mandatsspiegels vor, der für die Ökologische Plattsorm nur zwei Mandate vorsah, mit dem Hinweis, daß ihr nach Statut kein einziges Mandat zustünde. Vermutlich hat u.a. ein Brief der Kommunistischen Plattsorm, dasür gesorgt, daß dieser Entwurf Ansang März nicht vom Vorstand beschlossen wurde. Sie kritisierten darin auch die Mandatskürzung bei uns.

Umweltnachrichten

BUND veröffentlicht GRS-Gutachten zu Terrorgefahren für Atomkraftwerke

Berlin: Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat jetzt eine vom Bundesumweltministerium angefertigte Zusammenfassung des bislang geheim gehaltenen Gutachtens der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) zu den Terrorgefahren für deutsche Atomkraftwerke ins Internet gestellt. Die Umweltorganisation will so dazu beitragen, die Öffentlichkeit über die Risiken des Weiterbetriebs der Reaktoren aufzuklären. Der Versuch das Gutachten geheim zu halten, sei gescheitert. Auszüge lägen bereits bei Zeitungsredaktionen und seien von österreichischen Grünen-Politikern verbreitet worden. Das inzwischen ein Jahr alte Gutachten ergab, dass der gezielte Absturz eines Verkehrsflugzeugs bei jedem deutschen AKW zu einem Super-GAU

führen kann.

Dr. Angelika Zahrnt, BUND-Vorsitzende: "Terroristen sind in der Lage, an jedem Atomstandort in Deutschland einen Super-GAU auszulösen. Aufgrund der vielfach höheren Bevölkerungsdichte können seine Folgen weit katastrophaler sein als in Tschernobyl. Die Bundesregierung und die Bundesländer wissen seit langem von dieser Gefahr und bleiben dennoch eine Erklärung schuldig, welche Gegenmaßnahmen sie ergreifen wollen. Stattdessen werden untaugliche Vorschläge wie das Einnebeln von Reaktoren bei einem Flugzeuganflug ventiliert. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf umfassend informiert zu werden. Wenn Bundesumweltminister Trittin und die Landesumweltminister die Geheimniskrämerei um das Gutachten nicht beenden wollen, müssen wir das jetzt tun."

Besonders gefährdet sind laut GRS-Gutachten die neun älteren Anlagen: Obrigheim, Stade, Biblis A und B, Brunsbüttel, Isar 1, Philippsburg 1, Neckar 1 und Unterweser. Hier könnte schon der Absturz eines kleineren Verkehrsflugzeugs die Katastrophe auslösen. Beim Absturz eines großen Flugzeugs auf einen Atomreaktor können aber auch die zehn neueren AKWs außer Kontrolle geraten.

Zahrnt: "Schon immer war den Verantwortlichen bekannt, dass Terroristen eine Atomkatastrophe auslösen können, zum Beispiel durch Einschleusung von Personen ins Betriebspersonal oder durch Zerstörungen von außen mittels tragbarer panzerbrechender Waffen oder mit Sprengstoff. Solche Bedrohungen wurden jedoch nie öffentlich gemacht. Vorsichtsmaßnahmen oder Nachrüstungen können diese Risiken nicht beheben. Die Atomkraftwerke müssen abgeschaltet werden."

Die Zusammenfassung im Netz: http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/grs_gutachten.pdf

Bei Rückfragen: Klaus Traube, BUND-Atomexperte, Tel: 06171-25815, Angelika Zahrnt, BUND-Vorsitzende oder Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressestelle: Tel. 030-27586-425/489, Fax: 449, E-Mail: presse@bund.net, Internet: www.bund.net (Pressemitteilung vom 3. Februar 2004)

Polen wird erneuerbar

Polen wird zum interessantesten Export-Markt für Erneuerbare Energie-Technologien innerhalb der neuen Beitrittsländer zur EU. Das polnische Parlament, Sejm, hat beschlossen, den Anteil Erneuerbarer Energien von heute 2,5 Prozent auf 10 Prozent im Jahr 2010 zu vervierfachen. Bereits beschlossen wurde ein Gesetz zur Regelung des Beimischens von Biotreibstoffen. Damit folgt Polen einer Vorgabe der EU schon vor dem Beitritt.

Im Frühjahr 2004 wird das Erneuerbare Energiengesetz (EEG) verabschiedet. Vom 6. bis 7. Mai 2004 veranstaltet die VDI-Gesellschaft Energietechnik (VDI-GET) in Lodz/ Polen und dem EC BREC (EC Baltic Renewable

Energy Centre) die Fachtagung "Regenerative Energien in Deutschland und in Polen", die die energiepolitischen Rahmenbedingungen zu verstärkten Nutzung regenerativer Energien in Deutschland und Polen, technische Aspekte wie regenerativer Energieanlagen sowie die Finanzierung von Projekten beleuchtet.

Die ersten Bio-Höfe müssen wieder aufgeben

Die Agrarwende bleibt hinter den Erwartungen zurück: Die Konjunkturflaute und ein Preisverfall vor allem bei Milch treiben Bio-Höfe in ausweglose Lagen. Kommt der Rückenwind für die deutsche Agrarwende aus Brüssel? Seit drei Jahren hat Verbraucherministerin Renate Künast (Grüne) den Auftrag des Kanzlers, die Landwirtschaft im Sinne von Verbrauchern, Nutztieren und Umwelt umzubauen. In 2010 sollten 20 Prozent der Äcker und Wiesen biologisch bewirtschaftet werden. Davon ist das Land weit entfernt. Gerade vier Prozent der deutschen Landwirte haben auf Öko umgestellt. Nicht mit den Bauern, und schon gar nicht mit dem Verbraucher scheint die Agrarwende im vorgegebenen Tempo zu machen sein.

Nun kündigt der Brüssler Agrarkommissar Franz Fisch-

ler den möglicherweise entscheidenden Schritt an: Die

EU selbst will mit einem Aktionsplan das Wachstum des Bio-Landbaus in die Hand nehmen, um ihn zu einem "Aushängeschild nachhaltiger Landwirtschaft in Europa" zu machen. Das tut Not vor dem Hintergrund der Einführung der Gentechnik auf Europas Feldern und einer unsicheren Lage auf dem Biomarkt. Sinkende Preise auch für Öko-Ware, vor allem aber der Preiskampf im konventionellen Lebensmitteleinzelhandel lasten auch auf den Bio-Höfen. Zwar ist dort der Erlös-Rückgang 2003 geringer ausgefallen als bei konventionellen Betrieben. Doch auch der bislang boomende Bio-Sektor wird vom so genannten "Strukturwandel" erfasst: Die ersten Bio-Höfe, das gestand auch Künast bei der Vorlage des Agrarberichts zu, geben auf. Betroffen sind vor allem Milchviehhalter, die, wie ihre Kollegen in konventionellen Betrieben, ebenfalls Opfer von Milchüberschüssen in der EU sind. Zudem brachen Märkte weg, weil in anderen EU-Ländern die Öko-Produktion hoch gefahren wurde. In der Folge, so der Bio-Beauftragte der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft, Dietmar Groß, werden die unter Künast vor drei Jahren aufgestockten Öko-Flächenprämien "aufgefressen". Groß: "Trotz staatlicher Prämien machen viele Betriebe Verluste." Zwar steigt die Zahl der Öko-Höfe weiter, aber die Steigerungsraten fallen hinter denen früherer Jahre deutlich zurück: Wuchs die Fläche 2002 gegenüber 2003 noch um fast zehn Prozent, sind es, ersten Trendmeldungen zufolge, im vergangenen Jahr nur noch 4,5 Prozent gewesen, die Zahl der Betriebe gar nahm nur 1,6 Prozent zu. Nur

dort, wo Öko gezielt beworben wird, wächst der Absatz

noch: So verzeichnet das osthessische Lebensmittelun-

ternehmen Tegut, das europaweit als die Nummer eins

bei Bio im Supermarkt gilt, auch in 2003 gegenüber dem Vorjahr ein Umsatzplus bei Öko-Waren von sechs Prozent nach zuvor zehn Prozent.

Quelle: www.frankfurter-rundschau.de

Eine Million Arten vom Aussterben bedroht

Eine Studie von 19 Biologen aus sieben Ländern kommt zum Schluss, dass schon 2050 jede vierte Art ausgestorben sein könnte. Die Studie wurde am 8. Januar 2004 im Wissenschaftsmagazin "Nature" veröffentlicht. Wenn nicht rasch rigorose Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen werden, muss mit einer globalen Erwärmung um etwa 1,8 Grad Celsius bis 2050 gerechnet werden. Chris Thomas, Artenschutzexperte der Universität Leeds in England, schreibt: "Unter der Annahme, dass sich unsere Ergebnisse hochrechnen lassen, legt die Studie nahe, dass deutlich mehr als eine Million Arten in Folge des Klimawandels vom Aussterben bedroht sind." Der Klimawandel kommt so schnell, dass viele Arten ihm nicht folgen können - die Klimazonen verschieben sich zu rasch.

Bislang hatten die Artenschützer die Zersiedelung, Waldrodungen und Umweltgifte als Gründe für das dramatische Artensterben ausgemacht. Zusätzlich und endlich kommt nun auch bei Artenschützern der Treibhauseffekt als größtes Problem hinzu. Bisher wurden weltweit Naturparks gegen das Artensterben eingerichtet. Doch diese bisherigen Maßnahmen bleiben ohne globalen Klimaschutz Stückwerk.

Die neue Studie belegt die These, dass der Klimawandel und damit die Energiefrage die Hauptfrage allen Naturund Lebensschutzes ist. 70 Prozent aller Umweltprobleme sind Energieprobleme. Deshalb sagt der Co-Autor der Studie, Lee Hannuch: "Unsere Studie mache klar, dass der Klimawandel die größte neue Bedrohung für die Arten ist." Diese Erkenntnis ist zwar nicht neu in, aber wichtig und richtig ist sie dennoch. Klimaschutz ist Voraussetzung für jeden Artenschutz. Es geht längst nicht mehr um den Erhalt einzelner Biotope, sondern um das Gesamtbiotop. Es geht ums Ganze. Positiv gewendet schreibt Chris Thomas deshalb: "Mehr Klimaschutz kann eine Million Arten oder mehr vor dem Aussterben retten."

Gentechnik kann sich im Supermarkt nicht durchsetzen

Alle großen Handelsunternehmen und die meisten Lebensmittelhersteller wollen ihre Produkte ohne Zutaten aus gentechnisch manipulierten Organismen (GMOs) herstellen. Das haben über 400 Firmen in Deutschland dem EinkaufsNetz, der Verbraucherorganisation von Greenpeace, versichert. Die Verbraucherschützer stellen auf der Grünen Woche in Berlin den bisher umfassendsten Einkaufsratgeber zu Gentechnik in Lebensmitteln vor. Mit ihm erkennen Verbraucher,

welche Hersteller sie meiden sollten.

"Gen-Food hat auf dem Markt derzeit keine Chance", sagt Corinna Hoelzel vom Greenpeace EinkaufsNetz. "Unsere Umfrage zeigt, dass Handel und Hersteller die Ablehnung der Verbraucher respektieren. Nur wenige Unternehmen müssen noch davon überzeugt werden, dass Genfood nichts auf dem Teller und dem Acker verloren hat. Der Verbraucher hat es in der Hand." Sogar der Handelsriese Metro, der kürzlich noch mit der Gen-Industrie eine Werbekampagne für Gen-Food starten wollte, hat es sich anders überlegt. Dagegen wollen einige Hersteller wie Müller-Milch GMOs in ihren Produkten immer noch nicht ausschließen.

Die Entscheidung der Lebensmittelbranche ist für die Verbraucher derzeit besonders wichtig. Denn der aktuelle Entwurf für ein Gentechnik-Gesetz, den die Bundesregierung vorgestellt hat, reicht nicht aus, um die Interessen der Verbraucher zu schützen. Greenpeace fordert, den Entwurf erheblich zu verbessern. Der Schutz der Landwirtschaft ohne Gentechnik muss Vorrang haben vor den Interessen der Gen-Industrie.

Grosse Firmen und Handelsketten vermeiden Gentechnik mittlerweile auch im Tierfutter. Besonders Bio-Produzenten schließen GMOs in jeder Stufe der Erzeugung aus. Handelsunternehmen wie tegut, Globus, Karstadt und das Gutfleisch Programm von Edeka Nord sowie die meisten deutschen Geflügelmäster können Gensoja im Futter weitgehend ausschließen. Sogar Unilever hat aus der Marke "Du Darfst" das Gen-Soja bereits verbannt. Namhafte Wursthersteller wie Zimbo, DoellingHareico, Gebr. Abraham und Rügenwalder Mühle wollen folgen. Dagegen will Herta-Wurst auch in Zukunft Gen-Soja verfüttern lassen.

Jedes Jahr werden in Deutschland noch immer einige Millionen Tonnen Gen-Soja an Rinder, Schweine und Hühner verfüttert. Hier setzt eine neue Initiative von Greenpeace an: Gemeinsam mit Produzenten wie der Bäuerlichen Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall, Böseler Goldschmaus, Fleming + Wendeln, tegut und Zimbo will Greenpeace Futtermittel ohne Gen-Soja am Markt dauerhaft durchsetzen.

"Über den Verkauf von Fleisch, Milch und Eiern in Deutschland wird auch der massenhafte Anbau von Gen-Pflanzen in den USA und Argentinien finanziert", erklärt Christoph Then, Gentechnikexperte von Greenpeace. "Gegen ihren Willen müssen die Verbraucher derartige Produkte bisher kaufen, da es hierfür keine Kennzeichnungspflicht gibt. Auch hier wird der Einkaufsratgeber von Greenpeace den Verbrauchern helfen." Den Einkaufsratgeber kann man kostenlos bestellen unter Tel. 040-30618-0.

Quelle: www.greenpeace.de

Greenpeace erhebt Einspruch gegen Versuchsanbau in Sachsen-Anhalt

Magdeburg (ots) - Der Anbau von gentechnisch verändertem Weizen in Sachsen-Anhalt stößt auf Wider-

stand. Auf einer Pressekonferenz in Magdeburg hat Greenpeace heute bekannt gegeben, Einspruch gegen den geplanten Versuchsanbau mit Gen-Weizen in Bernburg, Sachsen-Anhalt einzulegen. Auch der Verband der Großbäckereien, Ökobauern aus der Region und der Kirchenpräsident Helge Klassohn protestieren gegen den

Versuch. Über die Freisetzung wird in den nächsten Wochen vom für die Genehmigung zuständigen Robert-Koch-Institut in Berlin entschieden. Heute endet die öffentliche Beteiligung am Genehmigungsverfahren und damit die Einspruchsfrist. Mit diesem Versuch würde erstmals in Deutschland Gen-Weizen im Freiland angebaut. "Gen-Weizen kommt uns nicht in die Tüte!" sagt Henning Strodthoff, für Greenpeace. "Der Versuch ist unsinnig und schadet der Weizen-Region Sachsen-Anhalt." Besonders unberechenbar wird der Gen-Weizen-Versuch dadurch, dass bis heute die Einzelheiten der gentechnischen

Veränderung geheim gehalten werden. Eine Überprüfung der Angaben und

eine Bewertung beispielsweise des Risikos von Allergien durch diesen Gen-Weizen wird somit verhindert. Weizen wird in Deutschland auf rund drei Millionen Hektar angebaut und ist die wichtigste Marktfrucht für Landwirte, außerdem die Grundlage der täglichen Ernährung. Der Verband der Großbäckereien lehnt die Versuche ab, weil er um Qualität und Ruf von Brot und Gebäck fürchtet. Biolandwirte sehen in dem Versuch eine Gefahr, weil Gen-Weizen die gentechnikfreien Felder verunreinigt und die Vermarktung unmöglich macht. Die evangelische Kirche besitzt eine direkt angrenzende Fläche.

Nordwestlich und östlich von Bernburg sollen insgesamt 10.000 Gen-Pflanzen auf 850 Quadratmetern freigesetzt werden. Die Flächen gehören dem Land Sachsen-Anhalt und der Agrargenossenschaft Baalberge eG. Der Gen-Weizen soll sich nach Firmenangaben besser gegen Pilzbefall wehren können. Das entscheidende Gen stamme aus einem

Pilz. Genauere Angaben verwehrt Syngenta jedoch der Öffentlichkeit.

"Syngenta macht Gentechnik zur Geheimsache", erklärt Henning Strodthoff für Greenpeace. "Die Firma nimmt die Bedenken der Öffentlichkeit nicht ernst. Nicht einmal die Eigentümer der umliegenden Flächen in Bernburg wurden über den geplanten Versuch

informiert." Der Gen-Weizen sollte bereits 2003 in Thüringen angebaut

werden. Nach Protesten von Greenpeace hatte Syngenta auf den Versuch im Vorjahr verzichtet. Wie stark die Ablehnung der Gentechnik in Lebensmitteln ist, zeigt auch der Einkaufsratgeber "Essen ohne Gentechnik" von Greenpeace: In ihm werden Firmen aufgelistet, die auf Zutaten aus Gen-Pflanzen verzichten. Vom Ratgeber wurden seit Anfang des Jahres über 500.000 Stück bei der Umweltorganisation bestellt und verschickt.

Rückfragen bitte an den Gentechnik-Experten Henning Strodt-

hoff, Tel. 0171-8780822, oder an Pressesprecherin Svenja Koch, Tel. 0171-8780-828. Internet:

www.greenpeace.de/gentechnik. Ein Hintergrundpapier zu Gen-Weizen oder den Einkaufsratgeber schicken wir gerne zu. Greenpeace, 12.03.2004

Aktueller Kinofilm: Deep Blue - Das Geheimnis der Ozeane

Neunzig Minuten Kinoerlebnis vom Schönsten: Am 29. Januar startete der außergewöhnliche Dokumentarfilm "Deep Blue" bundesweit in den Kinos. "Entdecke das Geheimnis der Ozeane", lautet der Untertitel. Das ist wörtlich zu nehmen. Bis zu 5.000 Meter tief sind die Filmemacher in Spezial-U-Booten getaucht. Mitgebracht haben sie Aufnahmen aus einer Welt, die zu sehen ein normaler Sterblicher kaum eine Chance hat. Regisseur Alastair Fothergill: "Es sind mehr Menschen in den Weltraum geflogen als in die Tiefen unserer Ozeane getaucht." Bei jedem Tauchgang haben die Filmer Lebewesen entdeckt, die bislang unbekannt waren. Unmöglich zu sagen, wie viele Tiere und Pflanzen es noch in dieser Tiefe gibt, die nie vom Menschen entdeckt wurden. Die vielleicht auch niemals mehr entdeckt werden. Denn das riesige Ökosystem der Meere ist bedroht. Greenpeace-Meeresbiologin Andrea Cederquist: "Der Film vermittelt die ungeheure Faszination und Schönheit der Meere und ihrer Bewohner. Aber diese Bilder machen auch klar, was wir zu verlieren im Begriff sind. Die Lebensräume der Ozeane sind durch Überfischung, zerstörerische Fischereimethoden und Ölverschmutzung bedroht." Beispiel Fischerei: 75 Prozent aller Speisefischbestände weltweit sind entweder bereits überfischt oder werden es bald sein. Mit riesigen Netzen und kilometerlangen Leinen räumen die Fischereiflotten die Meere buchstäblich leer. Was sie nicht gebrauchen können, werfen die Fischer tot oder sterbend ins Meer zurück. Rund ein Drittel des weltweiten Jahresfangs besteht aus ungewolltem Beifang. "Weltweite Schutzgebiete und eine ökologisch verträgliche Nutzung sind unerlässlich, wenn wir die Meere und ihre Vielfalt bewahren wollen", so Cederquist. "Auch die Verbraucher können etwas tun: Kaufen Sie nur Fisch, der noch mit gutem Gewissen gegessen werden kann. Welche Arten das sind, steht im Greenpeace-Einkaufsratgeber 'Fisch & Facts 2004'." Sie können den Ratgeber bei Greenpeace bestellen. Aber Sie können ihn unter Umständen auch von Ihrem Kinobesuch mitbringen. In 30 Städten sind Greenpeacer mit Infoständen vor Ort, wenn "Deep Blue" läuft. Vielleicht ist Ihr Kino dabei.

Quelle: www.greenpeace.de

UMWELT (ER)LEBEN-Karikaturen

Auf dem Titelbid unsere letzten Ausgabe (Januar 2004) wurde eine Karikatur aus der Ausstellung UMWELT (ER)LEBEN-Karikaturen des polnischen Künstlers TOMSON (Tomek Wo?oszyn) im Umweltbüro am Weißen See gezeigt (in Koop. mit der Gesellschaft für gute Nachbarschaft mit Polen). Bis zum 7. Mai 2004 kann die aktuelle Ausstellung "Elektrosmog - Reale Gefahr oder alles nur Einbildung?" besichtigt werden. Eintritt frei.

Öffnungszeiten: Mo 13:00 - 16:30 Uhr; Di, Mi 09:00 - 15:00 Uhr; Do 13:00 - 18:00 Uhr

Umweltbüro am Weißen See; Bezirksamt Pankow von Berlin; Abteilung Umwelt, Wohnen und Bürgerdienste Berliner Allee 125; 13088 Berlin

(96 79 30-71, -77 / 2 96 79 30-79

umweltbuero@ba-pankow.verwalt-berlin.de

www.berlin.de/ba-pankow/Verwaltung/umwelt buero.html

tram: 2, 3, 4, 13, 23 / bus 255,259 / Indira-Gandhi-Str.

Leserbriefe zum Programmparteitag

Nachdenken über den Programmparteitag

Begeisterter, langanhaltender Beifall ("standing ovation") und Betroffenheit, beides gehört zur Widerspieglung der Stimmung im Saal nach Bekanntgabe des Auszählergebnisses. Ein Ergebnis, was nicht anders sein konnte, von KritikerInnen des Programmentwurfes erwartet wurde, in seiner realen körperlichen Wahrnehmung dann aber doch schockiert. Zumindest mich. Maßgebend für Zustimmung oder Ablehnung des Programmentwurfes sind die ganz persönlichen Vorstellungen von Fortschritt, Emanzipation, sozialer Gerechtigkeit, Internationalismus, Ökologie, feministischem Denken, Wirtschaft... Es war absehbar, daß Positionen, die nicht zu den Bereichen traditioneller linker Politik gehören, eine Abfuhr erfahren würden. Das

eisige Schweigen und die letzendlich ablehnende Haltung der GenossInnen zur leidenschaftlichen und kenntnisreichen Antragsbegründung von Winfried Wolf, die UNO-Position der PDS betreffend, empfand ich als entsetzlich. Ebenso z.B. die Reaktionen auf die meisten Anträge der ÖPF. Die von den Delegierten mehrheitlich akzeptierten ablehnenden Begründungen durch Mitglieder des Parteivorstandes bzw. des Berliner Abgeordnetenhauses waren in ihrer Argumentation nicht akzeptabel bis banal, aber mainstreamgerecht. Bei den AntragsstellerInnen wird ein Gefühl der Ohnmacht erzeugt, da keine Möglichkeit einer argumentativen Erwiderung besteht.

Was drückt sich darin aus? Im Nachdenken über die diskussionsreichen, themenreichen und unkonventionellen Anfangsjahre der PDS eine inhaltliche Verarmung und eine Anpassung an ein Mainstreamdenken bei paradoxerweise gleichzeitig zum Teil konkreterer Beschreibung von globalen Problemen. Deutlich wird, daß es (bewußt?) keine vertiefenden Debatten über Dissenzpunkte zwischen Vorständen und jenen IG oder AG gab bzw. gibt, die ihre Wurzeln nicht allein im klassischen linken Denken sehen, sondern in außerparlamentarischen emanzipatorischen Eine-Welt-Bewegungen, in der Ökobewegung, in einer sich nicht auf eine gleichberechtigungsorientierte und damit selbst begrenzenden Frauenbewegung... So stand und steht Position gegen Position, ohne daß der ernsthafte Willen nach intensiver Auseinandersetzung erkennbar wurde und wird. Nach wie vor orientiert sich die PDS in der Priorität an den klassischen linken Themen und erarbeitet klassische Strategien einer nachholenden Entwicklung, ungeachtet des Klimawandels, ungeachtet der von gesellschaftskritischer Seite bewiesenen Tatsache, daß das Arbeits- und damit Lebensmodell der westlichen Industriegesellschaften verantwortlich ist für das soziale und ökologische Desaster im globalen Maßstab und damit weltweit nicht verallgemeinerbar. Es wird ignoriert, daß die sozialistische und auch kommunistische Bewegung mehrheitlich einem Fortschrittsmodell huldigen, das sich global als tödlich erweist. Das jetzt mit überdeutlicher Mehrheit beschlossene Parteiprogramm bestätigt ein Festhalten am gewohnten Lebensstil und damit eigentlich die Unfähigkeit, hinter die Kulissen dieser Gesellschaft zu sehen. Es bestätigt, daß das kritische Selbstdenken, jenes keine "Autoritätsmeinung" bedenkenlos akzeptierende Denken, in der Partei nicht den Stellenwert erreicht hat, den es hätte erreichen müssen, wollte man/frau dem formulierten gesellschaftskritischen Anspruch gerecht werden. Es bestätigt, daß ein Zurück zu Hierarchien stattgefunden hat, daß es fast ohne Schwierigkeiten wieder möglich ist, von oben nach unten zu agieren.

"Standing ovation" für das neue Parteiprogramm, ein nicht aus dem Kopf zu bringender Klang, der fast hoffnungslos macht. Oder gibt es Chancen für einen neuen Aufbruch?

Elke Wolf

Programmparteitag: Tagung mit großer Arbeitsfülle

Für mich war der Programmparteitag kein "trauriges Ereignis", wie Marko Ferst in seinem Beitrag in "tarantel" Nr.23 schrieb, sondern eher ein Ereignis mit übergroßer Arbeitsfülle und viel Spannung, welche der außerordentlich zahlreichen und teilweise einander widersprechenden Anträge zum Text des Programms eine Mehrheit finden würden. Ich sehe das Programm als das im Wesentlichen positive Ergebnis unserer angespannten Arbeit an. Es dokumentiert einerseits den Erkenntniszuwachs unserer Partei, aber auch die prinzipielle Vergeblichkeit des Bemühens einer so großen Masse von Köchen, einen idealen Brei zustande zu bringen. Es dokumentiert sich darin auch der Widerstreit der aus der von unserer Partei bejahten Pluralität stammenden schöpferischen Meinungsvielfalt. Die Pluralität wollen wir doch. Oder etwa nicht?

Auch ich habe mich darüber geärgert, dass es nicht gelungen war, trotz Sinnfälligkeit - aus unserer Sicht - unserer Anträge im Plenum dafür die Mehrheit zu gewinnen. Wenn ich nur an das simple (?) Missverständnis zur Rolle von Umweltbildung und naturwissenschaftlicher Bildung in den Schulen denke. Man kann nur sagen: Denkfortschritte: ja, aber in Grenzen. Für mich war dies bei aller emotionalen Berührtheit kein Grund zur Ablehnung des Gesamtprogramms. Ich hätte mich auch nicht an einer Verabredung beteiligt, etwa das Ganze abzulehnen, wenn unsere Anträge oder einige davon keine Mehrheit finden würden.

Doch wen interessieren im Zusammenhang mit der Abstimmung unsere Namen?

Die Berichterstattung bedurfte dieser Klarstellung nicht: Gegenstimmen aus der Kommunistischen und aus der Ökologischen Plattform hieß es in einer Veröffentlichung (die Quelle kann ich nicht mehr genau nennen). Es wurde dort nicht behauptet, es hätten alle Delegierten dieser Plattformen bei der Endabstimmung dagegen gestimmt. Wenn es Grund für eine Richtigstellung (,..., so dass insgesamt die Plattform nicht völlig gegen das Programm votiert hat.") gegeben hätte, dann hätte diese wohl einer anmerken sollen, der dafür gestimmt, nicht einer der dagegen gestimmt hat. Für jeden, der sein Abstimmungsverhalten nicht vorher festgelegt oder abgesprochen hat, hängt dies von manchen Unwägbarkeiten in der Antragsdebatte, von der Wirkung der Argumente dafür und dagegen (sonst wären diese auch überflüssig und die Zeit könnte gespart werden), von Beifalls- oder Missfallensbekundungen aus der Runde und ähnlichem ab. Deshalb ist es grundsätzlich falsch, dem einen oder anderen das Abstimmungsverhalten zu verübeln.

Heinz Preuß

(Auszug aus einem Brief)

Inhalt

Visionen brauchen Fahrpläne Helmuth Markov	1
Leitfaden Verkehr Gangolf Stocker	2
Europawahlprogramm der PDS, Flugblatt Ökologische Politik; aus dem Parteiprogramm, Flugblatt	5 6
10 Jahre Ökologische Plattform -wie weiter? Manfred Wolf	7
Ökologische Plattform: 1994 gegründet Marko Ferst	9
Umweltsendungen TV/Radio	11
Bundestreffen der Ökologischen Plattform 89.Mai in Ehrenfriedsdorf bei Chemnitz TARANTEL-BÜCHERECKE	12 13
Ein Beitrag zur Atomkraftdebatte Carl Amery	14
Was will China mit der Hanauer Atomfabrik? Franz Alt	16
Für oder Gegen die Umwelt Götz Brandt	17
In 50 Jahren ist alles vorbei Götz Brandt	18
Das Moorschutzprogramm in Mecklenburg- Vorpommern Marko Ferst	21
Vordenker für den Naturschutz in der DDR Karin Lück	23
Eine nachhaltige zukunftsfähige Siedlungsabfall- politik (Material der BAG Umwelt)	24
Marktwirtschaft ohne Kapitalismus Götz Brandt	27
Termine	29
Zum zweiten Entwurf einer neuen Vereinbarung für AGs in der PDS Brief zu den Portsitzermendeten	29 31
Brief zu den Parteitagsmandaten Umweltnachrichten Leserbriefe zum Programmparteitag Elke Wolf, Heinz Preuß	31 35

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

bevor unsere nächste Ausgabe erscheint, werden die Wahlen zum Europaparlament bereits Geschichte sein. Bis dahin sollten wir uns für den Wiedereinzug der PDS engagieren, damit die Linksfraktion in diesem Parlament danach nicht schwächer sondern noch stärker sein wird. Linke Kräfte, wozu wir sicher auch die Mehrheit der Ökologen rechnen dürfen, sollten sich nicht von einem möglicherweise noch vorhandenen Desinteresse an diesen Wahlen anstecken lassen, denn eine starke Linksfraktion im EU-Parlament ist immer noch die Gewähr dafür, daß die Stimme für den Frieden, für mehr Demokratie, für höhere soziale und ökologische Standards in Europa überhaupt oder auch noch deutlicher hörbar wird.

Es gilt durch die richtige Entscheidung in dieser Wahl mit dafür zu sorgen, daß Europa nicht nur ein Kontinent der Konzerne sondern einer der Völker wird, die in Frieden mit der übrigen Welt und der Natur leben können. Denn wenn aus Deutschland in diesem Parlament noch jemand für diese Ziele einstehen soll, dann ist es die PDS mit ihrem Programm und mit ihren Kandidaten. Alle anderen Parteien sind dem großen Kapital verpflichtet, werden nichts gegen die Interessen der Konzerne tun, die meistens nicht die der Völker sind. Als Ökologen haben wir für diejenigen unter uns, die auf einschlägigen Veranstaltungen für die ökologischen Ziele der PDS werben wollen, die Hauptgedanken zu dieser Problematik aus dem Programm und dem Europa-Wahlprogramm der PDS in Form von Flugblättern zusammengefaßt, die aus dieser Ausgabe der Tarantel kopiert und vervielfältigt werden können.

Manfred Wolf (Mitglied im SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform)

Kontakt:

Ökologische Plattform bei der PDS, Kleine Alexanderstr. 28 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de oekoplattform@web.de

Die "tarantel" wird herausgegeben vom SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform bei der PDS, technische und ergänzende redaktionelle Arbeit für diese Ausgabe: Marko Ferst

Bitte Artikel in digitaler Form als Word-Datei schicken, ohne Formatierungen, die Arbeit verursachen, und vorher selbst die Fehler korrigieren.

Vorderseite: Grafik aus einem politischen Schnippelbuch der Naturschutzjugend im NABU, 1994